

# Beteiligungsbericht

2006



## Vogelsbergkreis

## IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisausschuss des Vogelsbergkreises  
Goldhelg 20  
36341 Lauterbach  
Telefon 06641 / 977-0

Ansprechpartner: Landrat Rudolf Marx

Redaktion: Dr. Eckhard Köhler-Hälbig, Hannelore Greb  
(Amt für Controlling, Wirtschaftsförderung und  
Naturschutz)

Druck: Vogelsbergkreis, Hausdruckerei

Stand: 31. Dezember 2005

# Vorwort



Im Jahr 2002 hat der Vogelsbergkreis erstmalig - damals noch auf freiwilliger Basis - einen Beteiligungsbericht vorgelegt.

Seit der Änderung der Hessischen Gemeindeordnung im Januar 2005 besteht nunmehr die gesetzliche Verpflichtung zur jährlich aktualisierten Vorlage, um gegenüber den politischen Gremien und der Bevölkerung Rechenschaft abzulegen.

Entgegen den Vorgaben des Gesetzgebers, der nur einen Bericht über privatrechtliche Beteiligungen mit einem Anteil von mindestens 20 % vorsieht, haben wir uns entschlossen, alle Beteiligungen aufzunehmen und abzubilden.

Wirtschaftlichkeit, Bürgernähe, Gleichbehandlung und Information, das sind die wesentlichen Ziele, denen sich die Kreisverwaltung des Vogelsbergkreises - entsprechend ihrem Leitbild - verschrieben hat.

Es ist mir deshalb auch ein besonderes Anliegen, Bürger und ehrenamtliche Politiker im Rahmen dieses Beteiligungsberichtes über „unsere externen Strukturen“ in Kenntnis zu setzen und aufzuzeigen., dass öffentliche Dienstleistungen innerhalb und außerhalb der Verwaltung zum Wohle der Bürger erbracht werden. Dies dient gleichzeitig der Transparenz unseres Tuns und der Ermunterung, sich aktiv zu beteiligen. Im Sinne von Effizienz und Effektivität müssen wir unsere Strukturen laufend auf ihre Sinnhaftigkeit und ihren Nutzen für das Gemeinwesen hinterfragen.

Um den Zugriff auf diesen Bericht zu ermöglichen, werden wir ihn nicht nur, wie in den formalen Kriterien vorgesehen, dem Kreisausschuss und Kreistag vorlegen und in der Verwaltung auslegen, sondern auch via Internet eine kostengünstige und einfache Möglichkeit des Zugriffs für die interessierte Öffentlichkeit schaffen.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

(Marx)  
Landrat

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Herrn Landrat Marx

Seite

## 1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)

1.1	Kommunalrechtliche Voraussetzung einer Beteiligung	1
1.2	Beteiligungsbegriff	5
1.3	Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen	6
1.4	Aufbau eines Beteiligungscontrollings	9
1.5	Erklärungen zur Rechnungslegung	10

	<b>Übersicht über die Beteiligungen des Vogelsbergkreises</b>	<b>13</b>
--	---	-----------

## Verkehr und Versorgung

➤	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	15
➤	Wasserverband Nidda	33
➤	Wasserverband Schwalm	38
➤	Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (plus Beteiligungen)	43
➤	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH	56
➤	Oberhessische Versorgungsbetriebe AG	73
➤	Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	87

## Entsorgung

➤	Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	97
---	---	----

**Soziale Angelegenheiten und Gesundheit**

- NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH 101
- Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH 108

**Freizeit, Sport, Erholung, Natur**

- Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg 124

**Kultur, Bildung, Ausbildung**

- Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. 131

**Wirtschaftsförderung, Tourismus, Kreditinstitute**

- Vogelsberg Consult - Gesellschaft für Regionalentwicklung und  
Wirtschaftsförderung mbH 135
- Region Vogelsberg Touristik GmbH 143
- Sparkasse Vogelsbergkreis 153

Urheberrechte

# 1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)

## 1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz sichert im Artikel 28 Abs. 2 den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der **kommunalen Selbstverwaltung** räumt den Kommunen eigenständige Hoheitsrechte in den Bereichen Personal, Finanzen und Vermögen sowie Organisation ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 31. Januar 2005 hat der hessische Landtag wichtige Neuregelungen im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung beschlossen.

Wesentlich verändert wurden insbesondere die §§ 121/122 HGO.

Weil mit der Novellierung die Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen enger gezogen werden, sind beide Paragraphen nachfolgend aufgeführt:

### § 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1)<sup>1</sup>Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

<sup>2</sup>Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(2)<sup>1</sup>Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

<sup>2</sup>Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

- (3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.
- (4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.
- (5) <sup>1</sup>Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn
1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
  2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.
- (6) <sup>1</sup>Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. <sup>2</sup>Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. <sup>3</sup>Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.
- (7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.
- (8) <sup>1</sup>Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. <sup>2</sup>Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass
1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
  2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und

3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

<sup>3</sup>Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) <sup>1</sup>Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

<sup>2</sup>Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

## **§ 122 Beteiligung an Gesellschaften**

(1) <sup>1</sup>Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

<sup>2</sup>Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) <sup>1</sup>Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft.

<sup>2</sup>Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

- (4) Gehören einer *Gemeinde* mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einer *Gesellschaft*, so hat sie darauf hinzuwirken, dass
1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
    - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
    - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der *Gemeinde* zur Kenntnis gebracht wird,
  2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen § 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die *Gesellschaft* ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.
- (5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine *Gesellschaft*, an der *Gemeinden* oder *Gemeindeverbände* mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen *Gesellschaft* beteiligen will.
- (6) Die *Gemeinde* kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

Nach § 123a HGO besteht nunmehr seitens der Kommune die Verpflichtung jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen vorzulegen zur Unterrichtung der *Gemeindevertretung/des Kreistages* und der Öffentlichkeit.

Entgegen den in § 123a Abs. 2 HGO definierten Mindestanforderungen an den Beteiligungsbericht hat der Vogelsbergkreis sich entschlossen, ein bewusst weiten Beteiligungsbegriff zu wählen und einen umfassenden Überblick über alle Beteiligungen zu erarbeiten und vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht wird dem Kreisausschuss vorgelegt, in öffentlicher Sitzung des Kreistages erörtert und öffentlich ausgelegt.

## 1.2 Beteiligungsbe­griff

Der rechtliche Beteiligungsbe­griff nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften definiert diesen als *„Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen“*.

Die Hessische Gemeindeordnung (HGO) spricht im § 121 von „Beteiligungen an Unternehmen“. In § 126 HGO sind allerdings bereits Formulierungen zu finden, die den Begriff auf „Beteiligungen an anderen privatwirtschaftlichen Vereinigungen“ ausweitet. Eine Beschränkung des Beteiligungsbe­griffes auf „Unternehmen“ als Grundlage für diesen Bereich hätte u.E. die tatsächliche Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Kreises nur unzureichend dokumentiert.

In diesem Bericht haben wir deshalb den Beteiligungsbe­griff bewusst weit gefasst. Wir haben alle maßgeblichen Unternehmen, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine aufgenommen, die außerhalb des Kreishaushaltes eine eigene Buchführung haben und an denen der Kreis beteiligt ist, ohne dass dies zugleich eine abschließende Aussage zur kreispolitischen Verantwortung oder Einflussnahme zulässt. Das wäre zumeist nur sehr schwierig und im Einzelfall zu beschreiben.

Währenddessen einzelne Beteiligungen durch Gewinnausschüttungen oder Defizitausgleich auf den ersten Blick erkennbar finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben, basieren andere Beteiligungen mehr auf einer gesellschaftspolitischen Einflussnahme als auf einem vordergründigen tatsächlichen (betriebs-)wirtschaftlichen Nutzen.

Wir wollen mit unserer weit gefassten Darstellung einen ersten umfassenden Überblick über das Spektrum der Beteiligungen des Vogelsbergkreises ermöglichen.

Dieser Bericht richtet sich in erster Linie an die Zielgruppe der Parlamentarier/innen. Wir haben ihn daher bewusst nicht nach Betriebsformen (GmbH, AG, Eigenbetriebe etc.), sondern nach Politikfeldern gegliedert.

Wir hoffen, hiermit einen besseren Zugang zu ermöglichen.

### 1.3 Rechts- und Organisationsformen

Die Rechtsordnung stellt den Unternehmungen eine große Anzahl von Rechtsformen (Unternehmensformen) zur Verfügung und überlässt es in der Regel den Eigentümern oder Gründern, die Entscheidung für eine bestimmte Rechtsform nach betriebswirtschaftlichen, steuerlichen oder anderen Gesichtspunkten zu treffen.

Durch den in § 122 HGO geregelten weitgehenden Ausschluss der öffentlichen Hand als **Vollhafter** reduzieren sich die Möglichkeiten auf die Rechts- und Organisationsformen Eigenbetrieb, GmbH, AG, rechtlich selbständige Anstalt, Zweckverband (ZV), Genossenschaft, eingetragener Verein (e.V.).

#### Eigenbetrieb:

Der Eigenbetrieb ist ein wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Grundlage Eigenbetriebsgesetz). Hinsichtlich seiner Organisation und Wirtschaftsführung ist dieses Unternehmen verselbstständigt, d.h. von der übrigen Kreisverwaltung getrennt.

Organe des Eigenbetriebs sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich ist es aus dem Gesamtvermögen des Kreises heraus genommen. Der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

#### Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH):

Die GmbH gehört zur Gruppe der Kapitalgesellschaften. Sie ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Die Gesellschafter haften nicht mit ihrem Gesamtvermögen, sondern nur in Höhe ihres Stammkapitalanteils. Es besteht somit eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist fakultativ, bei Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung wegen § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.

Im Zuge sog. Outsourcingprozesse (Ausgliederung kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung) kommt diese Rechtsform im kommunalen Beteiligungsbereich mittlerweile häufig vor, u.a. auch deswegen, weil das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume eröffnet (z.B. Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages).

#### Aktiengesellschaft (AG):

Die AG ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien (Anteilsscheine) zerlegtes Grundkapital aufweist. Gesellschafter (Aktionär) wird man durch Erwerb eines Aktienstückes (Mitgliedschaftsurkunde). Aktionäre sind also an einem Teil des Grundkapitals beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der AG sind der Vorstand, der Aufsichtsrat (als Repräsentanten der Anteilseigner) und die Hauptversammlung.

Seit dem Inkrafttreten des Bilanzrichtliniengesetzes bestehen keine Unterschiede mehr in den Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Publizitätsvorschriften für Kapitalgesellschaften (GmbH, AG). Dies führt u.a. dazu, dass die AG (im Vergleich zur GmbH) sich wachsender „Beliebtheit“ auch bei Betrieben mittlerer Größenordnung erfreut.

#### Rechtlich selbstständige Anstalt:

Die rechtlich selbstständige Anstalt kann von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt, und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Landrat) ist. Die kommunale Gebietskörperschaft haftete in der Vergangenheit als Gewährträger unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der ihr zugehörigen Sparkasse (§ 3 Sparkassengesetz). Dementsprechend wurde die Selbstständigkeit des Vorstandes durch den Verwaltungsrat und die Aufsicht bzw. Einflussnahme des Gewährträgers eingeschränkt.

Durch die von der EU-Kommission ausgelösten Veränderungen (Brüsseler Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Landesbanken und Sparkassen vom 17. Juli 2001) wurde der Vogelsbergkreis von seiner Gewährträgerhaftung befreit; die Sparkasse haftet zukünftig für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen, der Vogelsbergkreis wird sukzessive aus seiner Gewährträgerhaftung entlassen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.12.2002 die Änderung der Satzung beschlossen (KT VIII/145). Sie ist gemäß § 5 Abs. 3 der Hess. Landkreisordnung am 29.12.2002 in Kraft getreten.

#### Zweckverband:

Der Zweckverband ist ein Zusammenschluss von Gemeinden und Gemeindeverbänden, der der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner/bestimmter kommunaler Aufgaben dient. Er ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheit in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Vorstand und die Versammlung.

#### Wasser- und Bodenverbände:

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, bei denen nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazu gehören.

#### Genossenschaft:

Die Genossenschaft ist eine Gesellschaft, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezweckt. Im Statut der Genossenschaft wird geregelt, ob und in welcher Höhe Genossen im

Insolvenzfall zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet sind. Charakteristisch für die Genossenschaft ist, dass sie keinen eigenen wirtschaftlichen Zweck verfolgt, sondern den sonstigen Wirtschaftsbetrieb ihrer Mitglieder unmittelbar fördern will.

Eingetragener Verein (e.V.):

Der Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

## 1.4 Aufbau eines Beteiligungscontrollings

Vor allem ausgelöst durch die Finanzprobleme der öffentlichen Hand hat bundesweit eine allgemeine Diskussion über die Privatisierung öffentlicher Aufgaben eingesetzt. Ebenso ist im Zuge der Verwaltungsmodernisierung ein Trend zur Ausgliederung öffentlicher Aufgaben in selbstständige Betriebs- und Rechtsformen zu verzeichnen, um öffentliche Aufgaben effektiver und effizienter wahrzunehmen. Darüber hinaus gibt es eine lang anhaltende Diskussion, welche Aufgaben „öffentlichen Charakter“ haben, welche „freiwilliger Art“ sind und aus welchen Bereichen sich der Staat zurückziehen und sie dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen sollte.

Auch der Vogelsbergkreis hat zahlreiche Beteiligungen, z.T. historisch gewachsen als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Krankenhaus) oder z.T. jüngeren Datums auf der Basis gewollter Einflussnahme in wichtigen Feldern (Touristik, Regionalentwicklung).

Aufgrund seiner Eigentümerstellung und der erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergibt sich für den Vogelsbergkreis die Notwendigkeit zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen sowie der kritischen Reflexion, welche Einzelbeteiligungen dauerhaft als „quasi öffentliche Aufgabe“ anzusehen sind.

Gemäß § 121(7) HGO haben die Gemeinden (der Kreis) mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Aufgaben des § 121(1) HGO erfüllt.

Der Vogelsbergkreis wird derzeit als Pilotkommune im Rahmen der 108. vergleichenden Prüfung „Betätigung von Landkreisen“ durch den Hessischen Rechnungshof geprüft. Wenn auch ein abschließendes Ergebnis erst 2008 vorliegen wird, so ist schon jetzt festzustellen, dass ein den Kriterien des Rechnungshofes adäquates „Beteiligungscontrolling“ bisher bestenfalls rudimentär vorhanden ist.

Im Zuge der Einrichtung eines „Neuen kaufmännischen Rechnungswesens“ (NKRS) auf doppischer Basis wird dieses Controlling aufzubauen sein.

Der Aufbau eines Beteiligungscontrollings besteht neben der „Politikberatung“ insbesondere in der interdisziplinären Zusammenarbeit beteiligungsrelevanter Querschnittsämter (Hauptamt, Amt für Finanzen, Amt für Controlling, Wirtschaftsförderung und Naturschutz).

Eine Bündelungsfunktion und damit die Zuständigkeiten für

- Grundsatzfragen der Beteiligungspolitik,
- finanz- und haushaltswirtschaftliche Querschnittsaufgaben,
- Grundsatzangelegenheiten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten (Beratungsfunktion),
- Grundsatzfragen der Organisation und Struktur der Beteiligungen
- Beratung und Unterstützung der Fachämter bei der Verwaltung von Beteiligungen.

im Amt für CWN ist vorgesehen.

Mit der Vorlage des 1. Beteiligungsberichtes wird eine wichtige Grundlage für das Beteiligungscontrolling gelegt.

## 1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung

Die Zweckverbände und Wasser- und Bodenverbände bedienen sich in der Regel der kameralen Buchführung (einfache Buchführung) nach den Vorschriften der alten HGO, der bisherigen Gemeindehaushalts- und der Gemeindekassenverordnung. Bei der einfachen Buchführung steht primär nur die Bestandsfortschreibung im Vordergrund. Der Periodenerfolg wird ausschließlich durch Vermögensvergleich ermittelt.

Nach Ablauf des Haushaltsjahres hat der (Zweck-)Verband die **Jahresrechnung** nach den Vorschriften des Gemeindefirtschaftsrechts aufzustellen. In ihr ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft und der Stand des Vermögens und der Schulden zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen. Im Zuge der Einführung des Neuen Kaufmännisches Rechnungswesens bis 2009 wird sich dies ändern und einer kaufmännischen Buchführung Platz machen.

Die Eigenbetriebe, Gesellschaften und Sparkassen bedienen sich hingegen der kaufmännischen Buchführung (doppelte Buchführung) und erstellen ihren **Jahresabschluss** unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden.

Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

### Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. **Aktiva** sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite - Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das **Anlagevermögen** stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw. Zum **Umlaufvermögen** zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z.B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc.

Auf der Passivseite - Mittelherkunft - werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position **Eigenkapital** sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z.B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder -verlust des Vorjahres. **Rückstellungen** sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z.B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der

periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der **Verbindlichkeiten** werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferung und Leistungen etc.

#### Gewinn- und Verlustrechnung (GuV):

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis - besonders der Schuldennachweis - im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV - auch Erfolgsrechnung genannt - dar.

Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das **Betriebsergebnis** liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im **Finanzergebnis** sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das **gewöhnliche Geschäftsergebnis** ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das **außerordentliche Ergebnis** den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i.d.R. ungewöhnlich hoch sind, wie z.B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das **Jahresergebnis** - Jahresüberschuss oder -fehlbetrag - ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

<b>Einrichtung</b>	<b>Straße</b>	<b>PLZ / Ort</b>	<b>Telefon / Fax</b>	<b>Mail/Homepage</b>	<b>Anrede</b>	<b>Vorname</b>	<b>Nachname</b>
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	Alte Bleiche 5	65719 Hofheim am Taunus	06192 / 294-0 06192 / 294-900	<a href="mailto:info@rmv.de">info@rmv.de</a> <a href="http://www.rmv.de">www.rmv.de</a>	Herr	Volker	Sparmann
Wasserverband Nidda	Leonhardstr. 7	61169 Friedberg	06031 / 83 685 0 06031 / 83-689	<a href="mailto:ottfried.backes@wetteraukreis.de">ottfried.backes@wetteraukreis.de</a>	Herr	Ottfried	Backes
Wasserverband Schwalm	Parkstr. 6	34576 Homberg / Efze	05681 / 775-240 05681 / 775-438	<a href="mailto:WVSchwalm@t-online.de">WVSchwalm@t-online.de</a> <a href="http://www.wasserverband-schwalm.de">www.wasserverband-schwalm.de</a>	Herr	Peter	Kugler
Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 / 82-0 06031 / 82-1306	<a href="mailto:info@zov.de">info@zov.de</a> <a href="http://www.zov.de">www.zov.de</a>	Herr	Hans-Ulrich	Lipphardt
Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	Rangstr. 10	36043 Fulda	0661 / 299-0 0661 / 299-119	<a href="mailto:post@gwv-fulda.de">post@gwv-fulda.de</a> <a href="http://www.gwv-osthessen.de">www.gwv-osthessen.de</a>	Herr	Dr. Peter	Szepanek
Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsberg	Eselswörth 23	36341 Lauterbach	06641 / 9671-0 06641 / 9671-20	<a href="mailto:zav-vb@t-online.de">zav-vb@t-online.de</a>	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
NEUE ARBEIT Vogelsberg eGmbH	Altenburger Str. 40	36304 Alsfeld	06631 / 9641-0 06631 / 9641-41	<a href="http://www.neue-arbeit-ve.de">www.neue-arbeit-ve.de</a>	Herr	Christoph	Geist
Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 / 98-0 06631 / 98-1118	<a href="mailto:info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de">info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de</a> <a href="http://www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de">www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de</a>	Herr	Henner	Häfner

Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	Am Hohenwiesenweg 1	63679 Schotten	06044 / 2631 06044 / 987465	<a href="mailto:naturparkvogelsberg@freenet.de">naturparkvogelsberg@freenet.de</a> <a href="http://www.naturpark-hoher-vogelsberg.de">www.naturpark-hoher-vogelsberg.de</a>	Herr	Rolf	Heuchert-Frischmuth
Verein Berufsausbildung Vogelsberg e.V.	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 / 977-331 06641 / 977-5317	<a href="mailto:vfb@vogelsbergkreis.de">vfb@vogelsbergkreis.de</a>	Herr	Erich	Bloch
Vogelsberg Consult GmbH	Fulder Tor 30	36304 Alsfeld	06631 / 9616-0 06631 / 96 16-16	<a href="mailto:info@vogelsberg-consult.de">info@vogelsberg-consult.de</a> <a href="http://www.vogelsberg-consult.de">www.vogelsberg-consult.de</a>	Herr	Thomas	Schaumberg
Region Vogelsberg Touristik GmbH	Vogelsbergstr. 137a	63679 Schotten	06044 / 964848 06044 / 964849	<a href="mailto:info@vogelsberg-touristik.de">info@vogelsberg-touristik.de</a> <a href="http://www.vogelsberg-touristik.de">www.vogelsberg-touristik.de</a>	Frau	Uta	Nebe
Sparkasse Oberhessen (Sparkasse Vogelsberg- kreis)	Kaiserstr. 155 (Alicestr. 20, Bahnhofstr. 47)	61169 Friedberg (36304 Alsfeld, 36341 Lauterbach)	06031 / 86-0 06031 / 86-128 (06631 / 187-0 06631 / 187-20 06641 / 187-0 06641 / 187-111)	<a href="mailto:info@sparkasse-oberhessen.de">info@sparkasse-oberhessen.de</a> ( <a href="mailto:info@sparkassevogelsbergkreis.de">info@sparkassevogelsbergkreis.de</a> <a href="http://www.sparkasse-vogelsbergkreis.de">www.sparkasse-vogelsbergkreis.de</a> )	Herr	Günter	Sedlak

## Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus  
Tel.: 06192 / 294-0 - Fax: 06192 / 294-900  
E-Mail: info@rmv.de  
www.rmv.de



---

### Unternehmenszweck

#### Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

- Regionalisierter regionaler Schienenpersonennahverkehr,
- regionalisierter regionaler Buspersonennahverkehr,
- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeptionen und technische Standards,
- Rahmenplanung für Produkte,
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen,
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation,
- Vertriebssystem,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- integriertes Plandatensystem.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen errichten oder erwerben.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

öffentlicher Personennahverkehr

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 1994

*Anteile in %:* 3,7 %

*§ 121 (2) 1 Wirtschaftliche Betätigung:*

öffentlicher Personennahverkehr

## Organe des Unternehmens

### *Aufsichtsrat:*

Petra Roth - Aufsichtsratsvorsitzende	Alfred Jakoubek
Rolf Gnagl - stellv. Vorsitzender	Fritz Kramer
Bernd Abeln	Dietlinde Elies
Dr. Walter Arnold	Enno Siehr
Klaus Feuchtinger	Jürgen Banzer
Birgit Simon	Dr. Karl Ihmels
Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös	Dr. Manfred Fluck
Dr. Ursula Jungherr	Karl Eyerkauf (bis 01.08.2005) André Kawai (seit 02.08.2005)
Gerhard Möller	Berthold R. Gall
Thomas Rausch	Dr. Karsten McGovern
Ulrich Müller	Horst Schnur
Dietrich Möller ( bis 30.06.2005) Dr. Frank Kanle (seit 01.07.2005)	Peter Walter
Ernst Peter Layer	Bernd Röttger (bis 04.07.2005) Burkhard Albers (seit 05.07.2005)
Wolfram Dette	<b>Rudolf Marx</b>

### *Beirat:*

Wolfgang Rausch	Gunther Rebahl	Wilfried Venerius
Karl-Ludwig Katholi	Dipl.-Soz. J. Böger (bis 30.6.05) Volker Lampmann (seit 01.07.05)	Christian Sommer
Dr.-Ing. R. Göbershahn (bis 14.4.05) Dr. Klaus Vornhusen (seit 15.04.05)	Dipl.-Ing. Hans-Joachim Bier-Kruse	Norbert Fischer
Jens Scheller	Dipl.-Ing. Uwe Cramer	Dieter Mohn
Peter Berking	Horst Freund	Reinhold Hasselbacher
Dr. Kai Eicker-Wolf	Reiner Wunderlich (bis 05/05) Norbert Witzel (seit 05/05)	Volker Rahm
Josef Hoormann	Reinhard Bayer	Ralf Scholz
Dr. Hans-Peter Debling	Ulrich Hoffmann (bis 09.08.05) Michael Budig (seit 10.08.05)	Heinz-Konrad Debus
Markus Gilbert	Norbert Schüren	Peter Krämer
Bernhard Mundschenk	Arno Treber	Jürgen Hoffmann
Dr. Georg Friedrich	Klaus Gürsch	Gerhard Möller
Michael Ackermann	Karlheinz Betz	Armin Klein
Peter Bickel	Reinhold Bickelhaupt	Volker Hofmann
Karl-Heinz Holub	Matthias Altenhein	Gerd Mehler (Vorsitz)
Dietrich Strauß (bis 18.05.05) Doris Weiland (seit 18.05.05)	Dipl.-Verw. Thomas Fiedler	Ministerium für Wirtschaft und Verkehr
Hans-Jörg von Berlepsch	Michael Holla	

*Geschäftsführung:* Volker Sparmann (Sprecher der Geschäftsführung)  
Hansjörg Röhrich (Geschäftsführer seit 1.04.2005)

### Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* GmbH  
*Gründungsdatum:* 30.06.1994  
*Gesellschaftsvertrag:* 04.07.1991, geändert am 30.06.1994  
*Handelsregister:* Frankfurt, HRB 34128  
*Stammkapital:* 690.244,04 €  
*Beteiligungen:* Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (RMS), 100 %  
Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV), Darmstadt, 33 %  
cosmobil Projektmanagementgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, 22 %  
VDV-Kernapplikations GmbH & Co, Köln

### *Gesellschafter:*

Land Hessen	Stadt Marburg	Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Darmstadt	Stadt Rüsselsheim	Main-Kinzig-Kreis
Stadt Frankfurt am Main	Stadt Wetzlar	Main-Taunus-Kreis
Stadt Offenbach am Main	Landkreis Darmstadt-Dieburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Stadt Wiesbaden	Landkreis Fulda	Odenwaldkreis
Stadt Bad Homburg v.d.H.	Landkreis Gießen	Landkreis Offenbach
Stadt Fulda	Landkreis Groß-Gerau	Rheingau-Taunus-Kreis
Stadt Gießen	Hochtaunuskreis	<b>Vogelsbergkreis</b>
Stadt Hanau	Lahn-Dill-Kreis	Wetteraukreis

### *Stammeinlagen:*

Die Geschäftsanteile werden mit jeweils 25.564,59 € je Gesellschafter zum Bilanzstichtag gehalten.

## Bilanz des Unternehmens

<b>AKTIVA</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>	<b>PASSIVA</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>		<b>€</b>	<b>€</b>
<b><u>A. Anlagevermögen</u></b>			<b><u>A. Eigenkapital</u></b>		
<b>I. Immat. Vermögensgegenstände</b>			<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	690.244,04	690.244,04
1. EDV-Software	1.137.765,00	1.264.565,00	<b>II. Andere Gewinnrücklagen</b>	1.481.385,80	1.481.385,80
2. Geleistete Anzahlungen	216.270,40	35.250,00		<b>2.171.629,84</b>	<b>2.171.629,84</b>
	<b>1.354.035,40</b>	<b>1.299.815,00</b>			
<b>II. Sachanlagen</b>			<b><u>B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen</u></b>	<b>2.401.991,18</b>	<b>2.498.842,62</b>
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	<b>669.971,00</b>	<b>900.073,00</b>			
<b>III. Finanzanlagen</b>			<b><u>C. Rückstellungen</u></b>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	301.802,03	200.000,00	1. Rückstellungen für Pensionen	3.437.111,00	3.090.945,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	31.182,75	43.454,62	2. Sonstige Rückstellungen	5.048.746,22	4.415.170,63
3. Beteiligungen	45.000,00	55.500,00		<b>8.485.857,22</b>	<b>7.506.115,63</b>
	<b>377.984,78</b>	<b>298.954,62</b>	<b><u>D. Verbindlichkeiten</u></b>		
	<b>2.401.991,18</b>	<b>2.498.842,62</b>	1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	100.000,00	68.864,53
<b><u>B. Umlaufvermögen</u></b>			2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.680.967,54	2.870.987,90
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			3. Verbindlichkeiten gegenüber kommunalen Aufgabenträgern	302.007,56	566,21
1. Forderungen gegen kommunale Auftraggeber	0,00	92.981,79	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.423.958,35	907.123,19
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	912,76	9.500,90	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	92.800,00	39.440,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	12.888.739,03	10.670.986,54	6. Nicht ausgenutzter Finanzierungszuschuss	0,00	2.307.507,94
	<b>12.889.651,79</b>	<b>10.773.469,23</b>	7. Sonstige Verbindlichkeiten	501.986,02	83.810,10
<b>II. Sonstige Wertpapiere</b>	<b>1.895.527,49</b>	<b>1.893.792,66</b>		<b>5.101.719,47</b>	<b>6.278.299,87</b>
<b>III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</b>	<b>618.303,15</b>	<b>3.181.249,44</b>			
	<b>15.403.482,43</b>	<b>15.848.511,33</b>			
<b><u>C. Rechnungsabgrenzungsposten</u></b>	<b>355.724,10</b>	<b>107.534,01</b>			
	<b>18.161.197,71</b>	<b>18.454.887,96</b>		<b>18.161.197,71</b>	<b>18.454.887,96</b>
<b>Treuhandvermögen</b>	<b>39.890.712,79</b>	<b>29.074.070,06</b>	<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	<b>39.890.712,79</b>	<b>29.074.070,06</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung

	2005 €	2004 €
1. Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	2.484.264,03	3.173.732,15
2. Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	25.356.213,95	26.807.668,17
3. Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	<b>27.840.477,98</b>	<b>29.981.400,32</b>
4. Erträge aus Projektzuwendungen	<b>2.884.785,82</b>	<b>2.521.213,51</b>
5. Sonstige betriebliche Erträge	<b>971.077,75</b>	<b>1.086.599,76</b>
6. Zuführung zu Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermöge	-1.120.787,28	-1.095.205,92
7. Aufwendungen für bezogene Leistungen	-18.458.695,31	-22.392.744,57
8. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-5.848.211,92	-5.644.165,47
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-1.745.839,54	-1.561.771,19
	<b>-7.594.051,46</b>	<b>-7.205.936,66</b>
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.217.637,72	-2.318.173,19
10. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	<b>1.217.638,72</b>	<b>2.318.173,19</b>
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.245.888,13	-3.791.431,90
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	<b>131.036,98</b>	<b>101.802,03</b>
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<b>419.022,09</b>	<b>1.370.406,51</b>
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-1,00	-3.561,81
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-818.292,44	-507.100,64
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7.700,00	-64.981,86
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<b>986,00</b>	<b>458,77</b>
18. Sonstige Steuern	-986,00	-458,77
<b>19. Jahresüberschuss</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

## **Ausgewählte Kennzahlen**

*Anzahl der Mitarbeiter:* 113 (Jahresdurchschnitt)

## **Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises**

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:* Siehe Lagebericht  
*Ertragslage des Unternehmens:* Jahresüberschuss 0,00 €  
*Kreditaufnahmen:* keine  
*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:* keine  
*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine*  
*Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die*  
*Haushaltswirtschaft*

## **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

### *Begründung:*

Aufgabenwahrnehmung öffentlicher Personennahverkehr

## **Auszug aus dem Lagebericht**

### *Lage der Gesellschaft:*

#### 1. Geschäftstätigkeit

Nach dem erfolgreichen Start am 28. Mai 1995 hat sich der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) zum Mobilitätsdienstleister entwickelt. Dies entspricht den Aufgaben und Anforderungen, die dem RMV zugeordnet wurden.

Hierbei ist der eigentliche Gesellschaftszweck der RMV GmbH, die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung des ÖPNV, nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Anforderungen sind mehr technisch ausgerichtet und gleichzeitig sind die Rahmenbedingungen entsprechend angepasst worden.

Die Geschäftstätigkeit des RMV GmbH teilt sich zum einen in den Regiebereich und zum anderen in den Verbundbereich. Der Regiebereich wickelt die Projekte ab, stellt die personelle und technische Infrastruktur bereit. Im Verbundbereich werden die Regionalverkehre koordiniert und die Mittel des Landes treuhänderisch verwaltet.

Dies hat zur Folge, dass der Regiebereich einerseits und der Verbundbereich andererseits in zwei Buchungskreisen abgebildet werden. Durch die Erfassung der Geschäftsvorfälle in zwei unterschiedlichen Organisationseinheiten wird - vor allem

hinsichtlich der Finanzierung - eine größere Transparenz gegenüber dem Land Hessen und den Gesellschaftern sichergestellt.

Grundlage für die Geschäftstätigkeiten im Verbundbereich ist das Verbundvertragswerk. Für den Regiebereich bilden der Gesellschaftsvertrag und der jeweils für ein Kalenderjahr genehmigte Wirtschaftsplan die Geschäftsgrundlage.

Die Finanzierung der RMB GmbH erfolgt zu 85 % durch Zuwendungen des Landes Hessen und zu 15 % aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter.

## 2. Beteiligungen

### 2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (RMS)

Mit der Gründung der Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (RMS) als 100%iges Tochterunternehmen im Jahr 1997 konnte die RMV GmbH die wachsenden Aufgaben und neuen Anforderungen der RMV GmbH zum Teil an die RMS übertragen. Die RMS ist als Profit Center organisiert und wird als solches betrieben. Sie zeichnet sich als wichtiger Service-Partner der RMV GmbH aus.

Um die unverändert hohe Abhängigkeit der Gesellschaft von der RMV GmbH mittelfristig reduzieren zu können, verkaufte die RMV GmbH Anfang 2004 20 % der Geschäftsanteile an der RMS an die ETC Transport Consultants GmbH - ein erfolgreiches und anerkanntes Beratungsunternehmen -, deren Kompetenzen und Erfahrungen die der RMS gut ergänzen und damit Basis zur Akquisition von zusätzlichem Drittgeschäft bilden sollen.

Zur Stärkung des Eigenkapitals der RMS hat die RMV GmbH die für das Geschäftsjahr 2004 vereinnahmte Gewinnabführung in Höhe von TEUR 102 als Einlage an die RMS zurückgeführt.

Die RMS schließt das Geschäftsjahr 2005 wieder mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 131 (i.Vj. TEUR 102) aus.

### 2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Die Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma) ist ein 100%iges Tochterunternehmen der RMV GmbH.

Die fahma übernimmt die Bereitstellung, Beschaffung und Finanzierung von Schienenpersonenfahrzeugen. Diese werden an Eisenbahnverkehrsunternehmen vermietet. Dies erfolgte bisher für die Odenwaldbahn. In diesem Geschäftsjahr erfolgte die Fahrzeugbeschaffung für die Taunusbahn. Die Fahrzeugbereitstellung soll in 2006 erfolgen.

Die fahma schließt - wie im Wirtschaftsplan dargestellt - mit einem negativen Ergebnis ab, das durch den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag von dem Mutterunternehmen RMV GmbH zu übernehmen ist. Der Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2005 betrug TEUR 818 (i. Vj. TEUR 507) und liegt damit unter dem geplanten Jahresfehlbetrag.

Der Wirtschaftsplan sieht auch für das Geschäftsjahr 2006 noch einen Jahresfehlbetrag von TEUR 6 vor. Ab dem Geschäftsjahr 2007 werden sukzessive steigende Jahresüberschüsse erwartet. Bei einer planmäßigen Entwicklung entsprechend der Mittelfristplanung der fahma unter Einbezug der beiden bisherigen Projekte Odenwaldbahn und Taunusbahn würden die kumulierten Jahresüberschüsse die zuvor kumulierten Jahresfehlbeträge (2003 bis 2006) im Jahr 2010 übersteigen.

### 2.3 Vorbereitungsgesellschaft zur Gründung einer Gesellschaft für das integrierte Verkehrsmanagement der Region Frankfurt RheinMain GmbH (IVM)

Mit der Gründung der Zielgesellschaft zum 1. August 2005 hat die RMV GmbH ihre Anteile von 2,2 % an die Stadt Frankfurt am Main verkauft.

Somit ist die RMV GmbH aus der Beteiligung der IVM ausgeschieden.

### 2.4 cosmobil Projektmanagementgesellschaft mbH (somobil)

Das Ziel der Gesellschaft ist es, die Planung und den Abschluss eines Electronic Ticketing-Systems verbundweit gemeinsam mit der RMV GmbH und den lokalen Nahverkehrsgesellschaften einzuführen.

Die Gesellschaft hat das Geschäftsjahr 2004 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 81 abgeschlossen. Mit dem Ende des Geschäftsjahres 2006 ist die Auflösung der Gesellschaft geplant.

Die Aufgaben der cosmobil werden seit 1. Januar 2006 wieder in vollem Umfange durch die RMV GmbH wahrgenommen. Diese Übernahme der Geschäftstätigkeit der cosmobil durch die RMV GmbH wurde von den Gremien der cosmobil auf Basis des RMV-Konzeptes zur „Übernahme und Fortführung der cosmobil-Arbeiten durch den RMV“ am 24. Februar 2006 genehmigt. Der Aufsichtsrat der RMV GmbH hat diesem Konzept und der Neuschaffung entsprechender Planstellen am 15. November 2005 zugestimmt. Die Rückführung von wesentlichen Teilen des Personals der cosmobil in die RMV GmbH ist zwischenzeitlich realisiert worden. Nach derzeitiger Beschlusslage geht die cosmobil zum 4. Dezember 2006 in Liquidation.

## 2.5 Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV)

Die Gesellschaft ist als Forschungsinstitut an der Technischen Universität Darmstadt angesiedelt.

Die Aufgaben liegen in der Anwendungsforschung im regionalen Verkehrsmanagement, die Adaption von Forschungsergebnissen sowie als Dienstleister zwischen dem ÖPNV und dem MIV (Motorisierter Individualverkehr). Die RMV GmbH hat im Geschäftsjahr 2005 einen Geschäftsanteil von der DB Regio AG übernommen.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2005 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 111 (i. Vj. Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 869) ab.

## 2.6 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG)

Die RMV GmbH ist mit TEUR 23 ab 2004 am Kommanditkapital der VDV KG beteiligt.

Das Engagement der RMV GmbH bei der VDV KG bietet die Gelegenheit, die Einführung eines bundesweiten Fahrgeldmanagementsystems maßgeblich und verbindlich so zu beeinflussen, dass einerseits keine Entwicklungen auf Bundesebene eintreten, die die organisatorischen und strategischen Überlegungen der RMV GmbH und bereits getätigte Investitionen konterkarieren und andererseits ist auch dafür gesorgt, dass die Kunden des RMV deutschlandweit ihr elektronisches Ticket werden nutzen können.

Der RMV GmbH erwachsen aus der Beteiligung an der VDV KG keinerlei finanzielle Risiken, die über den Verlust des eingezahlten Kapitals hinausgehen. Die Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr 2005 einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 5 (i. Vj. TEUR 10) aus.

Durch Zuschüsse (VDV-Förderkreis) und durch die weitere Hinzunahme von Kommanditisten sowie bereits sicheren Beiträgen in 2006 ist die Arbeitsfähigkeit der Gesellschaft gesichert.

## 3. Geschäftsentwicklung 2005

Beginnend mit dem Jahre 2005 wurde - aufbauend auf die bereits im Jahr 2000 mit dem Land Hessen vereinbarte Finanzierungsvereinbarung - eine bis zum Jahre 2009 geltende Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen. Mit der neuen Finanzierungsvereinbarung sind erhebliche Kürzungen des Budgets verbunden. Dies erfordert einen noch stringenteren Umgang mit den Mitteln im Rahmen der Regiekosten und der Projekte.

Bei der Aufgabenerfüllung der RMV GmbH wurden im Geschäftsjahr 2005 folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Erstellung des neuen Fahrplanes 2005/2006
- Weiterentwicklung der Internet-Services
- Tarifentwicklung zur Steigerung der Marktreichweite
- Weiterentwicklung der Vertriebsstrukturen im Wettbewerb
- Electronic-Ticketing
- Mibile-Ticketing
- Kundeninformation und Verkaufsförderung
- Vergabe von SPNV- und RBNV-Verkehrsdienstleistungen im Wettbewerb
- Controlling

#### 4. Geschäftsentwicklung 2005

##### 4.1 Ertragslage

Die Summe der Betriebsaufwendungen betrug im Geschäftsjahr 2005 TEUR 31.419 und lag um TEUR 3.066 oder 8,9 % unter der des Vorjahres. Der Rückgang ist mit TEUR 3.934 im Wesentlichen auf geringere Aufwendungen für bezogene Leistungen zurückzuführen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen fallen bei der RMV GmbH im Rahmen der Projekte an.

Die Personalaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Zuführung zu den Pensionsrückstellungen sowie aufgrund von Neueinstellungen um TEUR 388 gestiegen. Hiervon werden mit Genehmigung des Personalausschusses vom 15. November 2005 TEUR 197 aus Mitteln des BMBF-Projektes BAIM und der Effizienzdividende gedeckt.

Das Finanzergebnis fiel mit TEUR 275 negativ aus, nachdem im Vorjahr noch ein positiver Beitrag in Höhe von TEUR 831 erwirtschaftet worden war. Die Verschlechterung ist vor allem mit TEUR 810 auf geringere Wertpapiererträge sowie mit TEUR 311 auf eine höhere Verlustübernahme gegenüber der fahma zurückzuführen. Darüber hinaus führte der Nettoabfluss der flüssigen Mittel zu einem Rückgang der Zinserträge.

Unter Berücksichtigung der Erträge aus Projektzuwendungen (TEUR 2.885), der sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 971) und dem negativen Finanzergebnis (TEUR 275) verbleiben Mehraufwendungen aus der Geschäftstätigkeit von TEUR 27.840 nach TEUR 29.981 im Vorjahr.

Die Aufwendungen wurden durch die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung (TEUR 25.356) und durch die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger (TEUR 2.484) ausgeglichen.

## 4.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme verminderte sich um TEUR 294 (1,6 %) auf TEUR 18.161.

Der Rückgang ist auf der Aktivseite der Bilanz im Wesentlichen durch den Nettoabfluss der flüssigen Mittel (TEUR 2.563) bedingt. Ausschlaggebend dafür war vor allem die Gewährung von Liquiditätshilfen an den Treuhandbereich, die notwendig geworden sind, da Ansprüche gegen die kommunalen Aufgabenträger vorzufinanzieren waren.

Dem Rückgang der flüssigen Mittel stand ein stichtagsbedingter Anstieg der Umsatzsteuererstattungsansprüche (TEUR 1.765) gegenüber.

Die Vermögensstruktur ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Das Anlagevermögen macht 13,2 % (i. Vj. 13,5 %) der Bilanzsumme aus. Entsprechend entfallen 86,8 % (i. Vj. 86,5 %) auf das Umlaufvermögen und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Auf der Passivseite ist der Rückgang der Bilanzsumme im Wesentlichen durch die Übertragung des nicht ausgenutzten Finanzierungszuschusses aus der Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2000 bis 2004 in den Treuhandbereich bedingt. Diese Mittel standen zum Ende der Laufzeit der Finanzierungsvereinbarung dem Land Hessen zu. Das Land hat jedoch festgelegt, dass der Budgetrest in den Jahren 2005 bis 2007 für die Mitfinanzierung von Planungskosten für den Ausbau der S-Bahn-Tunnelstammstrecke und die Finanzierung von Zinsen und sonstigen Kosten für Liquiditätsdarlehen zu verwenden ist.

Die Eigenkapitalquote ist aufgrund des Rückgangs der Bilanzsumme um 0,2 Prozentpunkte auf 12,0 % gestiegen. Das insgesamt langfristig zur Verfügung stehende Kapital macht nach 42,0 % zum Ende des Vorjahres nunmehr 44,1 % der geringeren Bilanzsumme aus.

Die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein Sonderposten für die entsprechenden Zuschüsse passiviert wird.

## 4.3 Finanzlage

Der Bestand an flüssigen Mitteln hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.563 auf TEUR 618 verringert. Die Mittel wurden in erster Linie dem Treuhandbereich zur Verfügung gestellt, um die dort erforderliche Kreditaufnahme so gering wie möglich zu halten.

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2005 jederzeit gewährleistet.

#### 4.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich waren 12 Zugänge und 4 Abgänge zu verzeichnen. Die personelle Zunahme ist überwiegend auf die genehmigten Stellen aus der Effizienzdividende zurückzuführen und wird aus dem Projekt „Effizienzdividende“ finanziert. Sie werden für Personalverstärkungen infolge der gestiegenen, zusätzlichen Aufgaben der RMV GmbH im Bereich Wettbewerb eingesetzt.

##### *Ausblick:*

#### 1. Neues ÖPNV-Gesetz

Das neue Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG), welches mit Wirkung zum 1. Dezember 2005 (GVBl. I S. 786) in Kraft trat, löste das Gesetz zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen (Hess. ÖPNV-G) in der Fassung vom 19. Januar 1996 (GVBl. I S. 50) ab. Aufgrund der Veränderungen und Neuerungen im ÖPNV, resultierend aus der Umsetzung der Vorgaben aus EU- und Bundesrecht, entsprach das hessische ÖPNV-G nicht mehr in allen Punkten den heutigen Anforderungen. Aus diesem Grund wurde seitens des Landes die Novellierung als notwendig erachtet. Bei der Novellierung wurde das Gesetz übersichtlicher strukturiert und überflüssige Regelungen entfernt, die Aufgabenträgerorganisationen gestärkt und deren Aufgaben klar definiert.

Der im Land Hessen umgesetzte Wettbewerb bei der Leistungserstellung erfordert eine Verankerung des Besteller-Ersteller-Prinzips, d.h. eine strikte Trennung von Besteller und Ersteller im Gesetz, um einen diskriminierungsfreien Wettbewerb zu ermöglichen. Des Weiteren wurde eine Stärkung der ÖPNV-Aufgabenträgerorganisationen und eine Bündelung der Fördermittel umgesetzt.

Die bisherige Förderung des ÖPNV war zu stark maßnahmenorientiert und die Bestimmungen berücksichtigten zu wenig den Weg, Fördermittel über Budgets zu steuern, die in mehrjährigen Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Land und den Aufgabenträgerorganisationen als Zuwendungsempfängern ausgehandelt werden.

Weiter wurde festgeschrieben, dass ÖPNV-Zuwendungen des Landes nur noch den Aufgabenträgern und den Eigentümern bzw. Betreibern von ÖPNV-Infrastrukturen gewährt werden. Die bereits in der Praxis umgesetzte Budgetierung in mehrjährigen Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Land Hessen und dem RMV wurde gesetzlich festgeschrieben und an Zielen mit messbaren Erreichungsgraden ausgerichtet. Das Solidarmodell im RMV ist erstmals gesetzlich verankert. Die verschiedenen Fördermittel für den ÖPNV sind gebündelt und ihr flexibler Einsatz sowohl konsumtiv als auch investiv möglich. Dabei ist sicherzustellen, dass die Infrastruktur nur jedem Verkehrsunternehmer diskriminierungsfrei nach dem Gebot der Wettbewerbsneutralität zur Verfügung gestellt wird.

Die Nahverkehrsplanung soll Vorhaben nach Prioritäten reihen und eine erste Grundlage für das Aufstellen von Investitionsprogrammen sein.

Das Gesetz ist zunächst bis zum 31. Dezember 2009 befristet.

## 2. Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009

Die verkehrliche Entwicklung des RMV ist seit Gründung bzw. seit Verbundstart bedingt durch das große finanzielle Engagement des Landes Hessen positiv. Allerdings müssen jedoch Wege gefunden werden, um der sich ständig verschlechternden Finanzsituation in den Landes- und den Kommunalhaushalten sowie der Kostensteigerung bei der Leistungserstellung entgegenzuwirken.

Aus diesem Grunde wurden die Finanzierungsinstrumente in einer modifizierten Struktur im Rahmen einer einheitlichen pauschalen Mittelzuweisung des Landes an die RMV GmbH bereits ab dem Jahr 2000 neu gestaltet. Im Regelfall gewährt das Land seine Zuwendungen, gemäß Landeshaushaltsordnung, einseitig durch Bewilligungsbescheide. Der Weg der einheitlichen Mittelzuweisung wird seitens des Landes unterstützt, um das Finanzmanagement sowohl des Landes als auch der Verbünde zu vereinfachen. Grundlage sind hierbei die Finanzierungsinstrumente des Verbundes, die sich zwar in ihrer bisherigen Zielsetzung bewährt haben, sich allerdings in ihrer praktischen Umsetzung als zu eng angelegt erwiesen haben. Dies heißt nicht, dass die Zuwendungen des Landes frei verhandelbar sind, sondern in Einklang mit der sonst gängigen Zuwendungspraxis stehen müssen. Die in den Jahren 2000 bis 2004 praktizierte einheitliche pauschale Mittelzuweisung hat sich als einen Finanzierungsform in der Praxis bewährt. Aufbauend auf diesen positiven Erfahrungen zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in Hessen bzw. im Gebiet des RMV, in der bestehenden Qualität und Quantität, wurde die Finanzierungsvereinbarung vom 19. April 2000 modifiziert.

Die Eckpunkte dieser am 20. Dezember 2004 unterzeichneten Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2005 bis 2009 sind folgende:

- Wechsel von einer stark maßnahmenbezogenen in eine zielorientierte Förderung;
- Bestimmung/Festlegung der Ziel(wert)vorgaben
  - Marktreichweite
  - Leistungen für den Kunden
  - Effizienzderen Umsetzung weitestgehend den Verbänden überlassen ist;
- Zuordnung eines definierten Betrages der Landesförderung neben dem jährlichen Fixum als flexibler Betrag innerhalb des Zielsystems;
- Aufnahme der Mittel nach § 8.1 RegG in das Budget.

Der RMV erhält die Verfügung über den Anteil des definierten Betrages, der dem gewichteten Zielerreichungsgrad entspricht. In dem Maße, in dem das gewichtete vereinbarte Ziel nicht erreicht wurde, verbleibt ein Betrag beim Land. Dieser, in der

Verfügung des Landes Hessen stehende Betrag, wird im ÖPNV wieder eingesetzt. D.h. wenn alle Ziele erreicht werden, erfolgt eine Bonuszahlung. Werden die Ziele nicht erreicht, steuert das Land mit einer stärkeren Bindung von Zuwendungen dann auch den Weg, der zu den Zielen führen soll.

Durch die Bestimmung/Festlegung von Ziel(wert)vorgaben und die Laufzeit bis 2009 ist es möglich, die Landesförderung für eine an den Mobilitätsbedürfnissen des Kunden ausgerichtete Verkehrsbedienung im ÖPNV mit entsprechendem Service zu verwenden. Insbesondere durch die Laufzeit und das festgeschriebene Finanzvolumen wird es dem Verbund mit seinen Gesellschaftern ermöglicht, eine fundierte Finanzplanung mit einer Planungssicherheit und gesicherten Mitteln vorzunehmen, was besonders mit Blick auf die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen von immenser Bedeutung für den Verbund ist. Fehlende Planungs- und Mittelsicherheit würde mit Blick auf die geschlossenen Verträge eine Gefährdung des Verbundes bedeuten.

Die Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes vom 16. Juni 2006 (HBeglG 2006) hat zur Folge, dass eine Modifikation der Finanzierungsvereinbarung des Landes Hessen mit der RMV GmbH erfolgen wird. Mit der von der Geschäftsführung entsprechend erarbeiteten Konzeption wurden die daraus resultierenden Folgen aufgefangen.

### 3. EU-weite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und RBNV 3.1 Schienenpersonennahverkehr (SPNV)

Im SPNV wurde die wettbewerbliche Übergangsphase, insbesondere auf elektrifizierten Strecken, eingeleitet. Neben der Odenwaldbahn und Kahlgrundbahn, die zum Fahrplanwechsel 2006 am 11. Dezember 2005 nach wettbewerblichen Vergabeverfahren in Betrieb genommen wurden, stand die Ausschreibung des „Südhessennetzes“ mit den RMV-Linien 63 (Aschaffenburg - Darmstadt) und 75 (Darmstadt - Wiesbaden) in 2005 im Mittelpunkt der SPNV-Vergabe.

Das Südhessennetz umfasst insgesamt 1,37 Mio Zugkilometer (Zkm), davon beträgt der Anteil der RMV GmbH ca. 1,14 Mio Zkm, die übrigen Anteile werden von der BEG - Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (ca. 132 Tsd. Zkm) und dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (ca. 100 Tsd. Zkm) als zuständige Aufgabenträger getragen.

Betriebsstart ist der Fahrplanwechsel 2009 am 14. Dezember 2008. Vertragslaufzeit sind zehn Jahre bis zum Fahrplanwechsel 2019 am 9. Dezember 2018. Die Ausschreibung wurde am 26. Oktober 2005 europaweit veröffentlicht, der Zuschlag ist im Juli 2006 an die DB Regio AG erfolgt.

Eine Bewertung der in 2005 begonnenen Ausschreibungen im SPNV ist wegen des laufenden Vergabeverfahrens derzeit noch nicht möglich. Bereits abgeschlossene Ausschreibungen zeigen, dass diese Verträge mit denen der Altbetreiber aufgrund

höherer qualitativer Vorgaben (z.B. Neufahrzeuge oder Fahrzeugbereitstellung) nicht vergleichbar sind.

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist festzustellen, dass das Preisniveau nach Ausschreibung der Dieselstrecken im Westerwaldnetz, der Dreiländerbahn, der Hellertalbahn, der Kahlgrundbahn und auch der Odenwaldbahn trotz höherer Anforderungen an die betriebliche Qualität und die Fahrzeuge gegenüber den Altverkehren zu Effizienzgewinnen in Höhe von EUR 0,35 Mio geführt haben. Die Bildung eines „RMV-Marktpreises“ für den SPNV ist aufgrund der noch zu geringen Anzahl an Ausschreibungsverfahren im Verbundgebiet des RMV, der fehlenden Vergleichbarkeit der sich erheblich unterscheidenden Teilnetze im Diesel- oder elektrifiziertem Betrieb sowie des in vielen Fällen relevanten ländergrenzenüberschreitenden Verkehrsanteils (Nettovertrag bei Dritten vs. Bruttovertrag der RMV GmbH) derzeit nicht möglich.

### 3.2 Buspersonennahverkehr (RBNV)

Der Verkehrsmarkt des RBNV im RMV befindet sich in der Mitte der Übergangsphase in den Wettbewerb. Insgesamt wurden in 2005 Fahrleistungen in Höhe von ca. 11,8 Mio Nutzwagenkilometern (NWkm) in lokal/regional gemischten oder ausschließlich lokalen bzw. regionalen 15 Linienbündel im Wettbewerb vergeben und zum Fahrplanwechsel am 11. Dezember 2005 in Betrieb genommen.

Erstmals wurden in 2005 Ausschreibungspakete im RBNV mit zwei und mehreren Linienbündeln gebildet. Jedes Linienbündel wurde als wirtschaftlich selbstständiges Los und damit als einzelner Verkehrsvertrag behandelt. Durch die Bildung von Ausschreibungspaketen konnten die Transaktionskosten sowohl bei der RMV GmbH als auch bei den Verkehrsunternehmen nachhaltig gesenkt werden, da die Vergabeunterlagen inhaltlich vereinheitlicht wurden.

Der Sicherung des mittelständischen Verkehrsgewerbes wurde mit dieser Vorgehensweise ebenfalls Rechnung getragen, da im Einklang mit der Linienbündelung im regionalen Nahverkehrsplan lediglich Angebote für jedes einzelne Linienbündel abgegeben werden durften. Gesamtangebote über alle Lose waren unzulässig.

Mit dieser Vorgehensweise konnte bisher eine Oligopolbildung im Verkehrsmarkt vermieden werden.

Von 16 bisher im Wettbewerb vergebenen regionalen, regional/lokalen und lokalen Linienbündeln wurden 75 % dieser Linienbündel mit 83 % der Fahrleistungen von privaten Verkehrsunternehmen und kommunal/privaten Bietergemeinschaften gewonnen. Bis zum 31. Dezember 2005 wurde etwa ein Drittel der Linienbündel im regionalen RBNV im Wettbewerb vergeben.

Erfreulicherweise wurde in keinem der im Jahr 2005 veröffentlichten und abgeschlossenen Ausschreibungsverfahren ein Nachprüfungsverfahren vor einer Vergabekammer beantragt.

Darüber hinaus konnten in 2005 im Einvernehmen mit Lokalen Nahverkehrsorganisationen Verkehrsdienstleistungen (LNO) aus dem regionalen Ergänzungsnetz in die verkehrliche und wirtschaftliche Zuständigkeit von LNO mit einer Fahrleistung in Höhe von ca. 1,35 Mio NWkm übertragen werden.

Die betriebswirtschaftliche Bewertung der in 2005 begonnenen und abgeschlossenen Ausschreibungen im regionalen Buspersonennahverkehr stellt - mit Betriebsstart zum Fahrplanwechsel 2006, gleicher kilometrischer Leistung und fortgeschriebenen Preisen - Einsparungen in Höhe von ca. EUR 4,3 Mio gegenüber dem Preisstand der Altverkehre fest, so dass aufgrund bisheriger RBNV-Vergaben im Wettbewerb insgesamt Effizienzgewinne in Höhe von EUR 5,7 Mio erreicht werden konnten.

Die Preisspanne der Ergebnisse aus den Ausschreibungsverfahren für das Fahrplanjahr 2006 betrug EUR 1,60 bis EUR 1,90 je NWkm. Im gewichteten Durchschnitt aller Ausschreibungen seit 2002 errechnet sich der „RMV-Marktpreis für Regionalbusleistungen“ mit EUR 1,73 je NWkm.

Insgesamt konnten in 2005 im Vergleich zu der kalkulatorischen Fortschreibung der Altverträge Aufwandsminderungen im SPNV und RBNV in Höhe von insgesamt ca. EUR 6,1 Mio erzielt werden. Die Fortschreibung der Altverträge hätte insofern die Umlage in dieser Höhe belastet. Deshalb verfolgt die RMV GmbH konsequent die Umsetzung des vom Aufsichtsrat im Rahmen des regionalen Nahverkehrsplanes beschlossenen Wettbewerbskonzepts für den SPNV und RBNV.

#### 4. Controlling

Ein operatives Controlling erfolgt in der RMV GmbH schon seit Gründung, festgelegt in der „Dienstanweisung zur Regelung der Zeichnungsbefugnisse in der RMV GmbH“. Durch die Besetzung einer Controlling-Stabsstelle werden nun die Controllingaktivitäten und damit das Berichtswesen systematisiert und ausgebaut. Das Controlling wird sukzessive in alle Abläufe und Genehmigungsprozesse involviert und in den Anweisungen und Formularen eingebunden (z.B. Dienstanweisungen, Vergaberichtlinien, Vergabevordrucke).

Die Controllingmaßnahmen werden durch die Prüfungen der Innenrevision flankiert. Hinzu kommen generelle Prüfungen wie Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips und Prüfung auf Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.

## 5. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Der Bund sieht als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung vor, die insbesondere für die Finanzierung des SPNV vorgesehenen Regionalisierungsmittel in erheblichen Umfang zu kürzen. Die Länder erkennen an, dass auch der Nahverkehr einen Beitrag zur

Konsolidierung des Bundeshaushaltes leisten muss. Daher wurde bereits vorgeschlagen, die im Regionalisierungsgesetz vorgesehene Dynamisierung der Mittel für das Jahr 2007 auszusetzen. Weitere darüber hinaus gehende Anpassungen sind in Verhandlung. Diese Mittelkürzung von Seiten des Bundes zieht unweigerlich eine Kürzung der Mittel der Finanzierungsvereinbarung nach sich.

Die hiermit deutlich enger werdenden Spielräume in der Finanzierung des ÖPNV zwingen die Aufgabenträger bzw. die Verbundgesellschaft, die vorhandenen Mittel noch gezielter einzusetzen und über die bereits im Wettbewerb erzielten Effizienzgewinne hinaus, Maßnahmen wie Leistungskürzungen im Angebot, außergewöhnlichen Tarifierhöhungen, Reduzierung der Ausgleichsleistungen an die Aufgabenträger und Einsparungen im Budget zur Einsparung vorzunehmen.

Der Wirtschaftsplan der RMV GmbH für das Jahr 2006 hat folgende wesentlichen Eckdaten:

### Erfolgsplan

	2006 TEUR	2005 TEUR	Veränderung %
Regiekosten	10.365	9.915	4,5
Gutachten/Untersuchungen A	4.085	7.050	-42,1
Gutachten/Untersuchungen B	7.885	5.440	44,9
Gutachten/Untersuchungen C/D	0	0	0,0
<b>Aufwand</b>	<b>22.335</b>	<b>22.405</b>	<b>-0,3</b>
Umlage	2.622	2.619	0,0
Landeszuwendungen	19.713	19.786	-0,4
<b>Ertrag</b>	<b>22.335</b>	<b>22.405</b>	<b>-0,3</b>

### Finanzplan

	2006 TEUR	2005 TEUR	Veränderung %
Investitionen	1.555	1.573	-1,1
<b>Ausgaben</b>	<b>1.555</b>	<b>1.573</b>	<b>-1,1</b>
Umlage	247	250	-1,1
Landeszuwendungen	1.308	1.323	-1,1
<b>Einnahmen</b>	<b>1.555</b>	<b>1.573</b>	<b>-1,1</b>

Die Ansätze des Erfolgsplans 2006 liegen um TEUR 70 (-0,3 %) unter den Ansätzen für das Geschäftsjahr 2005, die Ansätze des Finanzplans 2006 liegen um TEUR 18 (-1,1 %) unter den Ansätzen für das Geschäftsjahr 2005. Wir gehen davon aus, dass die Budgetansätze ausreichend bemessen sind, um unsere Aufgaben erfüllen zu können.

Der Wirtschaftsplan 2006 schließt systembedingt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

Risiken für den Fortbestand der RMV GmbH sind gegenwärtig nicht erkennbar.

Insbesondere durch die weitere planmäßige Zuschussgewährung an die fahma in 2006 wird es zu einem temporären Rückgang der Liquidität der RMV GmbH kommen, die entsprechend der Liquiditätsplanung durch die Aufnahme von kurzfristigen Fremdmitteln kompensiert werden soll. Um diese Belastung so gering wie möglich zu halten, ist es erforderlich, dass alle Gesellschafter auf eine termingerechte Zuschussgewährung achten.

Infolge einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 11. Januar 2005 (C-26/03; „Stadt Halle“) ist die Minderheitsbeteiligung der ETC an der RMS zwischenzeitlich zu hinterfragen. In Bezug auf die Zulässigkeit sogenannter „Inhouse-Geschäfte“ hat der EuGH festgestellt, dass die Beauftragung einer Tochtergesellschaft immer dann in den Anwendungsbereich der Vergaberichtlinien fällt, also nicht mehr vom Vorliegen eines vergaberechtsfreien „Inhouse-Geschäfts“ ausgegangen werden kann, wenn an der Tochtergesellschaft auch ein privates Unternehmen beteiligt ist. Insofern dürfte die Minderheitsbeteiligung ETC einer zukünftigen Beauftragung der RMS durch die RMV GmbH entgegenstehen und insoweit dann die Durchführung entsprechender Vergabeverfahren erforderlich machen. Unter Einbeziehung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung wird daher mit der ETC über eine Strategie zur Abwendung der sich hieraus ergebenden Risiken diskutiert. In Betracht kommt insbesondere ein Rückerwerb der Geschäftsanteile von der ETC, wodurch die RMV GmbH wieder alleiniger Gesellschafter der RMS würde.

## **Wasserverband Nidda**

Leonhardstr. 7, 61169 Friedberg/H.  
Tel.: 06031 / 83-6850 - Fax: 06031 / 83-689  
E-Mail: ottfried.backes@wetteraukreis.de

---

### **Unternehmenszweck**

Verbandszweck:

Ausbau und Unterhaltung der **Nidda** vom Wehr Eschersheim-Heddernheim (Stadtgebiet Frankfurt/Main) bis einschließlich Ortslage Rudingshain (Vogelsbergkreis) mit den beiden Niddaquellbächen Hundsborn- und Graswiesenbach, des Flutgrabens in Nidda, der Ulfa von der Mündung in die Nidda bis zur Hochwasserrückhalteanlage Ulfa und der Wetter von der Mündung in Niddatal/Assenheim bis zur Gemarkungsgrenze Laubach (OT Münster), Lich (OT Ober-Bessingen), jeweils einschließlich der Uferrandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, und Unterhaltung oder Wiederherstellung des naturnahen Gewässerzustandes; Erstellung, Betrieb und Unterhaltung der Hochwasserrückhalteanlagen und Talsperren; Errichtung und Unterhaltung der Bauwerke in und an den genannten Gewässern, sofern dies nicht Aufgabe der Triebwerksbesitzer oder sonstiger Verpflichteter ist.

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

### **Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises**

*Beteiligung seit:* 1966

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

## Organe des Unternehmens

### *Verbandsvorstand:*

Betram Huke - Vorsteher (Rolf Gnadl)	Herbert Unger (Manfred Wetz)	Dr. Bernhard Hertel (Kurt Meisinger)
Stefan Becker - stellv. Vorsteher (Jochen Klip)	Winfried Bayer (Michael Keller)	Erhard Landmann (Helmut Krailing)
Volkmar Holzhausen (Dr. Holger Krier)	Roland Schulz (Ulla Sievers)	Ludwig Seiboldt (Barbara Kröger)
Konrad Dörner (Oswin Veith)	Lucia Puttrich (Armin Häuser)	Hans-Otto Zimmermann (Heide Förschner)
Dr. Thomas Stöhr (Jörg Frank)		

### *Verbandsversammlung:*

Gudrun Rahn (Tanja Webelsiep)	Claudia Coburger-Becker (Helmut Schwarzer)	Michael Hahn (Dieter Eisenberg)
<b>Hans-Helmut Günther (Kurt Stiehler)</b>	Hans-Peter Lang (Klaus-Werner Deis)	Ottmar Herche (Rosel Schleicher)
Hubertus Ellerhusen (Rudolf Henrich)	Günther Lampert (Reiner Kulb)	Katharina Jung (Bernhard Widmich)
Dr. Ulrich Heidemann (Werner Kristeller)	Dr. Gerd Rippen (Jürgen Hintz)	Alfons Götz (Heinz Arnold)
Jürgen Patscha (Rainer Wengorsch)	Hans Jürgen Zeiß (Manfred Müller)	Michael Reinemer (Karl-Heinz Pfeifer)
Albrecht Kliem (Christian Brück)	Walter Pöllmann	Joachim Haas (Barbara Stefani-Velden)

*Betriebsleitung:* Oberamtsrat Ottfried Backes, Verwaltung  
Dipl.-Ing. Manfred Tunkowski, Technik

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* Körperschaft des öffentlichen Rechts  
*Gründungsdatum:* 1961  
*Verbandssatzung :* 29.11.1999  
*Beteiligungen:* keine

*Mitglieder und Anteile:*

Landkreis Gießen	Stadt Butzbach	Stadt Niddatal
<b>Vogelsbergkreis</b>	Gemeinde Florstadt	Gemeinde Ranstadt
Wetteraukreis	Stadt Friedberg (Hessen)	Gemeinde Rockenberg
Stadt Frankfurt am Main	Stadt Karben	Gemeinde Wöllstadt
Stadt Bad Nauheim	Stadt Münzenberg	Stadt Lich
Stadt Bad Vilbel	Stadt Nidda	Stadt Schotten

*Hauswirtschaftliche Eckdaten:*

Ergebnis der Haushaltsrechnung 2005

	€
Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	1.434.434,55
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	744.884,46
<b>Summe Soll-Einnahmen</b>	<b>2.179.319,01</b>
+ neue Haushaltseinnahmereste	288.104,00
./ Abgang alter Haushaltseinnahmereste	350.000,00
./ Abgang alter Kasseneinnahmereste	0,00
<b>Summe bereinigte Soll-Einnahmen</b>	<b>2.117.423,01</b>
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	1.289.634,55
+ Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	388.618,02
<b>Summe Soll-Ausgaben</b>	<b>1.678.252,57</b>
+ neue Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	145.000,00
+ neue Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	636.187,20
./ Abgang alter Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00
./ Abgang alter Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	341.816,76
./ Abgang alter Kassenausgabereste	200,00
<b>Summe bereinigte Soll-Ausgaben</b>	<b>2.117.423,01</b>
Etwaiger Unterschied bereinigte Solleinnahmen ./ Bereinigte Sollausgaben (Fehlbetrag)	0,00

Gegenprobe zur Haushaltsrechnung 2005

Ermittlung des Rechnungsergebnisses aus der Kassenrechnung

Bezeichnung	Verwaltungshaushalt €	Vermögenshaushalt €	Gesamthaushalt €
IST-Einnahmen	1.439.994,19	873.833,28	2.313.827,47
IST-Ausgaben	1.307.662,98	779.616,07	2.087.279,05
<b>IST-Bestand</b>	<b>132.331,21</b>	<b>94.217,21</b>	<b>226.548,42</b>
+ Haushaltseinnahmereste	0,00	818.913,07	818.913,07
+ Kasseneinnahmereste	12.638,79	0,00	12.638,79
- Haushaltsausgabereste	145.000,00	913.130,28	1.058.130,28
- Kassenausgabereste	-30,00	0,00	-30,00
<b>Ausgleich/Fehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Gegenüberstellung Haushalt 2005 und Rechnungsergebnis 2005

Bezeichnung	HH-Ansatz €	Rechnungsergebnis €	Veränderung €	Veränderung %
<b>Verwaltungs-HH</b>				
Einnahmen	1.370.960,00	1.434.434,55	63.474,55	4,63
Ausgaben	1.370.960,00	1.434.434,55	63.474,55	4,63
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Vermögens-HH</b>				
Einnahmen	2.868.745,00	682.988,46	-2.185.756,54	-76,19
Ausgaben	2.868.745,00	682.988,46	-2.185.756,54	-76,19
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Gesamt-HH</b>				
Einnahmen	4.239.705,00	2.117.423,01	-2.122.281,99	-50,05
Ausgaben	4.239.705,00	2.117.423,01	-2.122.281,99	-50,05
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00

*Schulden*

Der Schuldenstand zum 31.12.2005 beträgt **1.218.402,80 €**

*Rücklagebestände*

Der Bestand der Allgemeinen Rücklage beläuft sich zum 31.12.2005 auf **517.372,65 €**

**Ausgewählte Kennzahlen**

*Anzahl der Mitarbeiter:* 8

**Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises**

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:* Siehe hauswirtschaftliche Eckdaten

*Ertragslage des Unternehmens:* ausgeglichener Haushalt

*Kreditaufnahmen:* keine

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:* keine

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft* : keine

## **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

*Begründung:*

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

## Wasserverband Schwalm

Parkstr. 6, 34576 Homberg (Efze)  
Tel.: 05681 / 775-240 - Fax: 05681 / 775-438  
E-Mail: wvschwalm@t-online.de  
www.wasserverband-schwalm.de



### Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Der Verband hat zur Aufgabe im Gebiet seiner Mitgliedsgemeinden (Verbandsgebiet)

1. im Sinne des regionalen und überregionalen Hochwasserschutzes den Abfluss der Verbandsgewässer zu regeln und dazu die notwendigen Anlagen zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben.  
Hierzu zählen drei Hochwasserrückhaltebecken (Treysa-Ziegenhain, Heidelbach und Antrifttalsperre) mit einem Stauvolumen von insgesamt 16,8 Mio. Kubikmeter sowie 10 Pegelstationen, 5 Niederschlagsstationen und zahlreichen Nebenanlagen (Stauklappen und Pumpwerke).
2. Gewässerunterhaltung der Verbandsgewässer mit einer Länge von insgesamt 221 km: Schwalm, Antreff (Antrift), Grenff, Steina, Grenzebach, Wiera, Eifa, Berfa, Efze, Gilsa, Urff, Klingelbach (Homberg-Mardorf), Katterbach, Leimbach, Olmes, Ransbach, Baumbach, Ittersbach, Schlierbach, Ascheröderbach ab einem Niederschlagsgebiet von 5 km<sup>2</sup>.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 1962 (Gründungsjahr)

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

## Organe des Unternehmens

### *Verbandsversammlung:*

Winfried Becker - Vorsitzender  
Günter Jung - stellv. Vorsitzender  
Mitglieder - die von den jeweiligen Mitgliedern gewählten Vertreter sind  
entsprechend dem Beitrag stimmberechtigt

### *Verbandsvorstand:*

Winfried Becker - Vorsitzender	Wilhelm Kröll - Mitglied
Günter Jung - stellv. Vorsitzender	Klemens Olbrich - Stellvertreter
<b>Rudolf Marx - Mitglied</b>	Johannes Averdung - Stellvertreter
Herbert Diestelmann - Mitglied	Michael Köhler - Stellvertreter
Erich Diehl - Mitglied	Günter Schlemmer - Stellvertreter
Bernd Heßler - Mitglied	Klaus Stiegel - Stellvertreter

*Betriebsleitung:* Dipl.-Ing. Peter Kugler

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* Wasser- und Bodenverband  
*Gründungsdatum:* 1962  
*Verbandssatzung :* 15.03.1996 (Neufassung)

### *Mitglieder:*

Gemeinde Antrifttal	Gemeinde Wabern	Stadt Kirtorf
Gemeinde Bad Zwesten	Gemeinde Willingshausen	Stadt Neukirchen
Gemeinde Jesberg	Stadt Alsfeld	Stadt Schwalmstadt
Gemeinde Knüllwald	Stadt Borken (Hessen)	Stadt Schwarzenborn
Gemeinde Neuental	Stadt Felsberg	Schwalm-Eder-Kreis
Gemeinde Schrecksbach	Stadt Homberg (Efze)	<b>Vogelsbergkreis</b>

### *Beiträge:*

Die im Beitragsbuch festgesetzten Beiträge

der Landkreise von insgesamt	85.100,00 €
der Verbandsgemeinden von insgesamt	472.950,00 €

wurden vollständig und in der richtigen Höhe erhoben.

*Hauswirtschaftliche Eckdaten:*

	2005 €	2004 €
Einnahmen	664.300,00	276.300,00
Ausgaben	664.300,00	276.300,00
<b>Differenz</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Ist-Abschluss nach dem Hauptbuch

Bezeichnung	Einnahmen €	Ausgaben €	mehr €	weniger €
Verwaltungshaushalt	655.214,57	655.214,57	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	228.411,94	174.980,19	53.431,75	0,00
Verwahrgelder	50.393,86	50.393,86	0,00	0,00
Vorschüsse	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>934.020,47</b>	<b>880.588,62</b>	<b>53.431,75</b>	<b>0,00</b>

Soll-Abschluss nach den Sachbüchern

	€
Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	655.214,57
+ Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	180.695,95
<b>Summe Soll-Einnahmen</b>	<b>835.910,52</b>
+ <u>neue Haushaltseinnahmereste</u>	
Verwaltungshaushalt	0,00
Vermögenshaushalt	0,00
./. <u>Abgang alter Haushaltseinnahmereste</u>	
Verwaltungshaushalt	0,00
Vermögenshaushalt	0,00
<b>Summe bereinigte Soll-Einnahmen</b>	<b>835.910,52</b>
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	655.214,57
+ Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	147.374,06
<b>Summe Soll-Ausgaben</b>	<b>802.588,63</b>
+ <u>neue Haushaltsausgabereste</u>	
Verwaltungshaushalt	0,00
Vermögenshaushalt	33.321,89
./. <u>Abgang alter Haushaltsausgabereste</u>	
Verwaltungshaushalt	0,00
Vermögenshaushalt	0,00
<b>Summe bereinigte Soll-Ausgaben</b>	<b>835.910,52</b>
Bereinigte Soll-Einnahmen ./.	
bereinigte Soll-Ausgaben	
<b>Ausgleich</b>	<b>0,00</b>

## Haushaltsüberschreitungen

Die Summe der genehmigungspflichtigen Haushaltsüberschreitungen betrug

im Verwaltungshaushalt	6.769,42 €
<u>im Vermögenshaushalt</u>	<u>0,00 €</u>
insgesamt	6.769,42 €

## Einzelaufstellung

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Haushalts- ansatz €	AO-Soll €	Überschreitung €
169.000.414.000	Personalausgaben einschl. Aufwandsentschädigungen	67.000,00	67.753,50	753,50
169.100.415.000	Personalausgaben der Arbeiter	213.300,00	219.441,78	6.141,78
169.100.645.000	Versicherungen, Schadens- fälle, Sonstiges	0,00	118,74	118,74
191.510.860.000	Zuführung zum Vermögens- haushalt	156.400,00	179.368,97	22.968,97
291.000.910.000	Zuführung an allgemeine Rücklagen	0,00	75.931,31	75.931,31
<b>Zwischensumme:</b>		<b>436.700,00</b>	<b>542.614,30</b>	<b>105.914,30</b>
<b>abzüglich:</b>	Gegenseitige Deckungsfähigkeit im Deckungsring GD 002 (Personalausgaben) gem. § 18 Abs. 1 GemHVO (1974)			244,60
<b>abzüglich:</b>	Mehrzuführung an den Vermögenshaushalt, da diese keine Haushaltsüberschreitung im Sinne des § 100 HGO darstellt			22.968,97
<b>abzüglich:</b>	Zuführung an die allgemeine Rücklage, da diese keine Haushaltsüberschreitung im Sinne des § 100 HGO darstellt			75.931,31
mithin verbleiben <b>Haushaltsüberschreitungen</b> in Höhe von				<b>6.769,42</b>

## Schulden

Zu Beginn des Haushaltsjahres 2005 bestanden gemäß

Kontoauszügen an Schulden	316.415,72 €
+ aufgenommene Kredite im Haushaltsjahr 2005	0,00 €
./. geleistete Tilgung lt. Jahreskontoauszüge	20.120,67 €
./. geleistete Sonder-Tilgung lt. Jahreskontoauszüge	0,00 €

**Verbleibt ein Schuldenbestand am Ende des  
Haushaltsjahres 2005 in Höhe von**

**296.295,05 €**

## Rücklagebestände

Bezeichnung	Stand 31.12.2004 €	Zugang €	Abgang €	Stand 31.12.2005 €
Allgemeine Rücklage Termingeldkonto	685.265,97	75.931,31	0,00	761.197,28
Rücklage Einstauschäden Termingeldkonto	22.608,30	426,76	1.042,92	21.992,14
<b>Insgesamt</b>	<b>707.874,27</b>	<b>76.358,07</b>	<b>1.042,92</b>	<b>783.189,42</b>

## Ausgewählte Kennzahlen

*Anzahl der Mitarbeiter:* 5 (Jahresdurchschnitt)

## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

### *Kreditaufnahmen:*

Die Aufnahme von Krediten war in der Haushaltssatzung nicht vorgesehen. Der Höchstbetrag von 100.000,00 € der Kassenkredite gem. § der Haushaltssatzung wurde ebenso nicht in Anspruch genommen.

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

### *Begründung:*

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

## Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)



Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg  
Tel.: 06031 / 82-0 - Fax: 06031 / 82-1306  
E-Mail: info@zov.de  
www.zov.de

---

### Unternehmenszweck

Versorgung der Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie und Wasser und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs; Förderung gemeinnütziger Bestrebungen des oberhessischen Raums.

### Die Geschäftsfelder des ZOV

Der ZOV hat sich zum Ziel gesetzt, Aufgaben der Wasserversorgung sowie der Abwasserbeseitigung aus kommunaler Hand zu übernehmen. Hierzu wurde ein gleichermaßen anspruchsvolles wie verantwortungsvolles Contracting-Modell entwickelt.

Sehr umfangreich sind die Bemühungen des ZOV auch auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Durch eine Bündelung von Interessen und Maßnahmen ist es gelungen, den Bus- und Schienenverkehr im Verbandsgebiet weitgehend zu optimieren; zum Nutzen der Bürger und Kunden im Verbandsgebiet, die auch in Zukunft vom Angebot eines umfangreichen und bezahlbaren Nahverkehrsangebotes profitieren sollen. Die administrative Betreuung auf dem Sektor der öffentlichen Nahverkehrsplanung wird seit 2004 durch das Verkehrsdezernat des ZOV gewährleistet. Dort werden verkehrspolitische Grundsatzentscheidungen vorbereitet und wichtige Weichenstellungen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgenommen. Die praktische Durchführung des öffentlichen Nahverkehrs wird durch die Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) organisiert. Nach wie vor steht die Umsetzung des regionalen Nahverkehrskonzeptes dabei in der Trägerschaft der OVVG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH).

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Ver- und Entsorgung

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

<i>Beteiligung seit:</i>	1972
<i>Anteile in %:</i>	32,1 %
<i>§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:</i>	Ver- und Entsorgung

## Verbandsgebiet und Mitglieder

Im ZOV, einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Sitz in Friedberg (Hessen), haben sich die nachfolgend genannten Mitglieder zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zusammengeschlossen:

□ [Landkreis Gießen](#)

□ [Vogelsbergkreis](#)

□ [Wetteraukreis](#)



Die Vermögens- und Stimmanteile verteilen sich wie folgt:

Landkreis	Vermögensanteile	Stimmenverteilung
Landkreis Gießen	16,2 %	8 Stimmen
Vogelsbergkreis	32,1 %	16 Stimmen
Wetteraukreis	51,7 %	20 Stimmen
<b>Gesamt</b>	<b>100,0 %</b>	<b>44 Stimmen</b>

### *Verbandsvorstand:*

Silvia Lübbers  
Ludwig Seiboldt  
Dietlinde Elies  
**Klaus Schönfeld**  
**Rudolf Marx**

**Siegbert Ortmann**  
Rudolf Freisinger - stellv. Verbandsvorsitzender  
Rudolf Heinrich - Verbandsvorsitzender  
Ekkehard Kehm  
Rolf Gnadt

*Verbandsversammlung:* Karl-Heinz Schneider - Vorsitzender

*Geschäftsführung:* Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt, Vorsitzender  
Hans-Ulrich Lipphardt, Jurist

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* Zweckverband  
*Gründungsdatum:* 1972  
*Satzung:* 16.12.1994 (letzte Änderung vom 08.04.2005)  
*Stammkapital:* 133.911.686,55 €  
*Beteiligungen:* Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) 100 %

## Bilanz des Unternehmens

<b>AKTIVA</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>	<b>PASSIVA</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>		<b>€</b>	<b>€</b>
<b><u>A. Anlagevermögen</u></b>			<b><u>A. Eigenkapital</u></b>		
<b>I. Immat. Vermögensgegenstände</b>			<b>I. Stammkapital</b>	133.911.686,55	133.911.686,55
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	<b>630.093,00</b>	<b>441,00</b>	<b>II. Zweckgebundene Rücklagen</b>	505.776,17	0,00
<b>II. Sachanlagen</b>			<b>III. Gewinn</b>		
1. Wasserversorgung	1.138.418,00	0,00	Ergebnis-Vortrag a. d. Vorjahr	2.549.381,40	0,00
2. Abwasserversorgung	29.332.383,00	0,00	Jahresverlust/Jahresgewinn	-560.589,51	13.680.983,85
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	34.167,00	1.551,00	Ausschüttung an Verbands- mitglieder	-611.600,99	-11.131.602,45
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	628.403,54	5.384.098,00		<b>1.377.190,90</b>	<b>2.549.381,40</b>
	<b>31.133.371,54</b>	<b>5.385.649,00</b>		<b>135.794.653,62</b>	<b>136.461.067,95</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>			<b><u>B. Sonderposten für Investitions- zuschüsse</u></b>	<b>6.186.577,00</b>	<b>0,00</b>
Anteile an verbundenen Unternehmen	<b>133.418.531,87</b>	<b>133.418.531,87</b>	<b><u>C. Empfangene Ertragszuschüsse</u></b>	<b>4.656.399,00</b>	<b>0,00</b>
	<b>165.181.996,41</b>	<b>138.804.621,87</b>	<b><u>D. Rückstellungen</u></b>		
<b><u>B. Umlaufvermögen</u></b>			1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	35.319,70	35.743,23
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			2. Sonstige Rückstellungen	38.025,99	18.211,70
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	186.549,30	421.474,86		<b>73.345,69</b>	<b>53.954,93</b>
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.488.445,74	0,00	<b><u>E. Verbindlichkeiten</u></b>		
3. Forderungen gegen Verbandsmitglieder	750.500,00	0,00	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.204.667,22	2.604.933,83
4. Sonstige Vermögensgegenstände	261.224,26	2.976.891,44	2. Erhaltene Anzahlungen	6.213,96	0,00
	<b>2.686.719,30</b>	<b>3.398.366,30</b>	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	146.133,42	411.988,96
<b>II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</b>	<b>279.891,67</b>	<b>40.312,89</b>	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.618.466,14	137.684,06
<b><u>C. Rechnungsabgrenzungsposten</u></b>	<b>10.540,81</b>	<b>10.510,10</b>	5. Sonstige Verbindlichkeiten	16.352.750,10	2.584.181,43
				<b>21.328.230,84</b>	<b>5.738.788,28</b>
			<b><u>F. Passive Rechnungs- abgrenzungsposten</u></b>	<b>119.942,04</b>	<b>0,00</b>
	<b>168.159.148,19</b>	<b>142.253.811,16</b>		<b>168.159.148,19</b>	<b>142.253.811,16</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung

	<b>2005</b>	2004
	<b>€</b>	€
1. Umsatzerlöse	2.612.707,76	414.290,10
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>180.876,54</u>	<u>14.269,66</u>
	<b>2.793.584,30</b>	<b>428.559,76</b>
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	45.931,07	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.334.782,95</u>	<u>347.849,31</u>
	<b>1.380.714,02</b>	<b>347.849,31</b>
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	356.516,44	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	85.450,78	213.529,39
	<u>441.967,22</u>	<u>213.529,39</u>
5. Abschreibungen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<b>518.504,32</b>	<b>2.594,87</b>
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>1.878.100,71</u>	<u>234.093,47</u>
	<b>-1.425.701,97</b>	<b>-369.507,28</b>
7. Erträge aus Beteiligungen	1.427.400,39	14.108.494,87
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.722,70	8.255,48
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>568.010,63</u>	<u>66.088,31</u>
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-560.589,51</b>	<b>13.681.154,76</b>
11. Sonstige Steuern	<u>0,00</u>	<u>170,91</u>
<b>12. Jahresverlust/Jahresgewinn</b>	<b><u>-560.589,51</u></b>	<b><u>13.680.983,85</u></b>

### Nachrichtlich:

#### Behandlung des Jahresverlustes:

zu tilgen aus dem Gewinnvortrag € 560.589,51

## **Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises**

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresverlust 560.589 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Ausschüttung an die Verbandsmitglieder 611.600 €

## **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

### *Begründung:*

Ver- und Entsorgung

## **Auszug aus dem Lagebericht**

### *Lage der Gesellschaft:*

Seit 1. Januar 2004 sind auf die Wirtschaftsführung des ZOV die Vorschriften über Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Damit ist der ZOV nach § 26 EigBGes verpflichtet, einen Lagebericht zu erstellen.

## **Gesamtwirtschaftliche Entwicklung**

Trotz des kräftigen Anstieges der Ölpreise hat sich der Aufschwung der Weltwirtschaft im Laufe des Jahres 2005 verstärkt. Die Eigendynamik sowohl in den Industrieländern als auch der übrigen Welt konnte sich bei anhaltend expansiv ausgerichteter Geldpolitik weiter festigen.

Das Wirtschaftsklima im Euroraum ist nach anfänglicher Abschwächung im vierten Quartal angestiegen.

In Deutschland war das Wirtschaftswachstum 2005 nach Aussage des Statistischen Bundesamtes hauptsächlich exportgetragen. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt hat sich nach ersten Berechnungen im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um 0,9 % (VJ 1,6 %) erhöht. Berücksichtigt man die geringere Anzahl an Arbeitstagen im Jahr 2005 gegenüber dem Jahr 2004 ergibt sich für das Jahr 2005 eine Steigerung um 1,1 %, die der bereinigten Steigerung für 2004 entspricht.

Auf dem Arbeitsmarkt hat die wenn auch moderate konjunkturelle Erholung bisher kaum Impulse gezeigt. Die Zahl der im Jahresdurchschnitt als arbeitslos registrierten Personen lag in 2005 bei 4,863 Mio. (VJ 4,381 Mio.). Die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen lag im Jahresdurchschnitt bei 11,7 %.

Die Konjunktur in den Landkreisen Gießen, Vogelsberg- und Wetteraukreis zog nach einer Konjunkturumfrage der IHK im vierten Quartal 2005 an. Die wirtschaftliche Situation der Region hat sich erfreulich verbessert. Die Inlandsnachfrage beginnt langsam den starken Export in der Industrie zu stützen. Auch im Baugewerbe hat sich die Stimmung, wenn auch auf niedrigem Niveau, gebessert. Der Einzelhandel berichtet von keiner weiteren Verschlechterung und das Finanz- und Kreditgewerbe ist sorgenfrei. Einzig das Verkehrsgewerbe befindet sich in Rezession.

## **Unternehmensentwicklung**

Nach der erfolgreichen Erweiterung des ZOV im Jahr 2004 um operative Aufgaben in den Bereichen Verkehr, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung konnten diese Geschäftsfelder im Berichtsjahr ausgebaut werden. Der ZOV umfasst nun folgende Sparten:

### **Verwaltung:**

Die Verwaltung des ZOV umfasst die Koordination der Verbandsorgane sowie die allgemeine Verwaltung. Aufgrund der Ausschüttungen an die Verbandsmitglieder im Jahr 2003 ergibt sich ein Ergebnisvortrag ins Jahr 2006 von TEUR 1.377. Als wichtigste Größe für das Jahresergebnis erwies sich erneut die in dieser Sparte vereinnahmte Ausschüttung der OVVG.

### **Verkehrsdezernat:**

Zur Umsetzung der gesetzlich vorgegebenen Trennung der Besteller- und Erstellerbene des Öffentlichen Personennahverkehrs wurde Anfang des Jahres 2004 das ZOV Verkehrsdezernat eingerichtet. Dieses nimmt die Aufgaben der Bestellerebene wahr. In diesem Zusammenhang wurde im Jahr 2005 erstmals eine europaweite Ausschreibung von Busverkehrsleistungen, insgesamt etwa 3 Mio. Buskilometer vorgenommen. Hierdurch konnten sichtbare Einsparungen bei den Entgelten je Buskilometer erreicht werden.

### **Gemeinde Hirzenhain:**

Seit 1. Juli 2004 ist der ZOV für das laufende Geschäft im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Gemeinde Hirzenhain zuständig. Die bisherige Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungssatzung der Gemeinde Hirzenhain wurde in diesem Zusammenhang ersetzt. Im Bereich der Abwasserbeseitigung erfolgte zum 1. Januar 2006 eine Gebührenerhöhung auf 4,75 EUR je cbm sowie für die Wasserversorgung auf 1,80 EUR je cbm. Die Gebührenerhöhung begründete sich u.a. in erhöhten Abschreibungen, bedingt durch Baumaßnahmen, sowie Darlehenszinsen zur Finanzierung

der Investitionen, gesetzlich geforderte TV-Befahrungen der Kanäle und Instandsetzung der festgestellten Schäden nach Maßgabe der Eigenkontrollverordnung (EKVO). Mit der Übernahme der Aufgaben durch den ZOV wurde auch eine seit langem geplante Baumaßnahme in Angriff genommen. In der Friedhofstraße im Ortsteil Hirzenhain mussten die vorhandenen Mischwasserkanäle durch getrennte Kanäle ersetzt werden, um so das Fremdwasser in der Kläranlage des Abwasserverbandes Oberes Niddertal in Hirzenhain zu reduzieren. Im Rahmen dieser Maßnahme wurden auch die alten Wasserleitungen und soweit notwendig, die Hausanschlüsse ausgetauscht sowie ein neuer Druckminderungsschacht gebaut. Die Gemeinde Hirzenhain hat sich im Rahmen der Baumaßnahme entschlossen, die Straße und die Bürgersteige umzugestalten. Die Maßnahme wird in 2006 beendet.

### **Stadt Nidda:**

Zum 1. Juli 2005 hat der ZOV die Abwasserbeseitigung der Stadt Nidda nach langen Verhandlungen im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bzw. per Kauf- und Übertragungsvertrag übernommen. Die Eingliederung des Bereichs in den laufenden Betrieb des ZOV ist nahezu abgeschlossen. Die Abrechnung der Gebühren für das 2. Halbjahr 2005 wurde vereinbarungsgemäß noch von der Stadt Nidda durchgeführt, um so einen reibungslosen Übergang zu ermöglichen.

In Abstimmung mit der Stadt Nidda wurde das Investitionsprogramm übernommen und nun vom ZOV fortgeführt. Dabei ist insbesondere der Neubau des Kanals in Ober-Widdersheim zu erwähnen. Dieser soll in Zukunft das geplante Neubaugebiet entwässern. Die Baumaßnahmen mussten durch den Wintereinbruch unterbrochen werden. Der Abschluss der Arbeiten wird in 2006 erfolgen.

### **Abwasserverband Schotten-Nidda:**

Am 19. Dezember 2005 hat die Versammlung des Abwasserverbands Schotten-Nidda dem Eintritt des ZOV und dem Austritt der Stadt Nidda zugestimmt. Nach der Genehmigung der neuen Satzung des Abwasserverbandes durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt ist der ZOV nun neben der Stadt Schotten Mitglied im Abwasserverband Oberhessen (avoh).

## **Darstellung der Lage**

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZOV im Berichtsjahr ist als ausgewogen zu bezeichnen. Als wichtigste Einflussgröße auf das Jahresergebnis erwies sich erneut die Ausschüttung der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG). Die Übernahme des Anlagevermögens und der Darlehen von Hirzenhain konnte abgeschlossen werden. Die Übernahme der Vermögenswerte und Darlehen von der Stadt Nidda hat sich durch die lediglich unter Vorbehalt gestellte Genehmigung der Darlehensaufnahmen durch den RP Darmstadt erheblich verzögert. Hintergrund des Vorbehalts war eine inzwischen ausgeräumte Rücktrittsklausel im Kauf- und Übertragungsvertrag. Nach erfolgten Genehmigungen des Regierungspräsidenten auch hinsichtlich der

Übernahme der Abwasserbehandlungspflicht durch den ZOV sind mittlerweile sämtliche Vorbehalte ausgeräumt.

### **Vermögens- und Finanzlage**

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 25,9 Mio. EUR auf 168,2 Mio. EUR. Das Anlagevermögen an Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögensgegenständen erhöhte sich von 5,4 Mio. EUR um 25,7 Mio. EUR auf 31,1 Mio. EUR. Dies ist im Wesentlichen auf die Eingliederung der Abwasserbeseitigung Nidda zurückzuführen.

Der Ausweis der Finanzanlagen betrifft nach der Übertragung der Beteiligung von 1 % an der OVAG zum 1. Januar 2005 an die OVVG nunmehr ausschließlich die Beteiligung an der OVVG. Per Saldo ergab sich keine Veränderung. Das Finanzanlagevermögen zum 31.12.2005 beträgt unverändert 133,4 Mio. EUR.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 711 auf TEUR 2.687. Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf die durch die Wertberichtigung um TEUR 1.488 niedrigere, im Vorjahr ungekürzt ausgewiesene Forderung aus der Kapitalertragsteuer.

Der Bestand an flüssigen Mittel erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 240 auf TEUR 280.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten umfasst Gehaltszahlungen für Januar 2006 sowie den auf das Jahr 2006 entfallenden Betrag einer Jahreskarte des RMV. Der Posten blieb im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 11 unverändert.

Das Eigenkapital des ZOV verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 667 auf TEUR 135.795.

Für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wurden Zuschüsse und Beiträge mit einem Restbuchwert von TEUR 11.014 übernommen. Zeitan- teilig wurden in 2005 TEUR 171 aufgelöst.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (TEUR 35) betreffen das ZVK Sanierungsgeld.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Resturlaubsansprüche (TEUR 19) sowie Kosten für die Jahresabschlussprüfung (TEUR 11).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 600 auf TEUR 3.205 erhöht.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verminderten sich um TEUR 266 auf TEUR 146.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die nicht auf den ZOV übertragenen Darlehen (TEUR 16.129). Für diese Darlehen wurde die Übernahme der Zins- und Tilgungsleistungen durch den ZOV mit den ursprünglichen Darlehensnehmern, der Stadt Nidda bzw. in einem Fall der Gemeinde Hirzenhain, vereinbart.

<b>Zusammenfassende Darstellung</b>		<b>2005</b>	<b>2004</b>
Bilanzsumme	Mio. EUR	168,16	142,25
Anlagevermögen	Mio. EUR	165,18	138,80
Umlaufvermögen	Mio. EUR	2,97	3,44
Eigenkapital	Mio. EUR	135,79	136,46
Deckungsgrad des Anlagevermögens	%	82,21	98,31
Eigenkapitalquote (Grad der finanziellen Unabhängigkeit)	%	80,75	95,93

## Ertragslage

Die Umsatzerlöse betreffen die Wasserlieferungen in Hirzenhain sowie die Benutzungsgebühren der Abwasserbeseitigung Hirzenhain und Nidda sowie unter den sonstigen Umsatzerlösen die Erstattungen für Arbeiten an Hausanschlüssen im Wasser- und Abwasserbereich. Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren vor allem aus der erfolgswirksamen Auflösung der Zuschüsse und Anschlussbeiträge für Wasser- und Abwasseranlagen. Die Umsatzerlöse stellen sich wie folgt dar:

<b>Umsatzerlöse</b>		<b>2005</b>	<b>2004</b>
	Menge cbm	Erlöse EUR	Erlöse EUR
Wasserversorgung Hirzenhain	129.380	198.288	94.277
Abwasserbeseitigung Hirzenhain	128.340	649.638	311.651
Abwasserbeseitigung Nidda 2. Halbjahr 2005	391.189	1.623.648	0
Sonstige Umsatzerlöse		141.134	8.362
Summe		2.612.708	414.290

Neben den Aufwendungen für die Erledigung der Aufgabe der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind unter dem Materialaufwand von TEUR 1.381 auch Aufwendungen des Verkehrsdezernats und der Allgemeinen Verwaltung des ZOV erfasst. Wesentlich bestimmt wird diese Position durch die Umlagen des Abwasserverbandes Schotten-Nidda mit TEUR 1.057.

Der Personalaufwand umfasst das Personal des ZOV-Verkehrsdezernats sowie die von Hirzenhain und Nidda übernommenen Mitarbeiter. Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr TEUR 442.

Die Abschreibungen betreffen die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und des Verkehrsdezernats. Sie betragen im Jahr 2005 TEUR 519.

Unter der Position sonstige betriebliche Aufwendungen von TEUR 1.878 sind im Wesentlichen TEUR 1.488 für Wertberichtigungen auf Forderungen an das Finanzamt Giessen aus der Kapitalertragsteuer ausgewiesen. Weiterhin sind hier Verwaltungsaufwendungen des ZOV und Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Gremien des ZOV enthalten.

Die Erträge aus Beteiligung betreffen die Ausschüttung der OVVG an den ZOV von TEUR 1.427.

Das ausgewiesene Jahresergebnis soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

<b>Beitrag der Sparten zum Gesamtergebnis</b>		<b>2005</b>	<b>2004</b>
Allgemeine Verwaltung	TEUR	-164,0	158,5
Vermögensverwaltung	TEUR	-61,0	14.108,4
Verkehrsdezernat	TEUR	-466,0	-256,2
Trinkwasserversorgung	TEUR	-54,9	3,5
Abwasserentsorgung	TEUR	185,3	-16,2
<b>Gesamtergebnis ZOV</b>	<b>TEUR</b>	<b>-560,6</b>	<b>13.681</b>

<b>Zusammenfassende Darstellung</b>		<b>2005</b>	<b>2004</b>
Umsatzerlöse	TEUR	2.612,7	414,3
Betriebsergebnis	TEUR	-1.425,7	-369,5
Finanzergebnis - davon Beteiligungserträge TEUR 1.427	TEUR	865,1	14.050,7
<b>Jahresergebnis</b>	<b>TEUR</b>	<b>-560,6</b>	<b>13.681</b>

## Personal

Durch die Einrichtung des Verkehrsdezernats und durch die Übernahme von Aufgaben im Bereich Wasser und Abwasser verfügt der ZOV seit 2004 über eigenes Personal. Am 31. Dezember 2005 waren im Bereich ZOV-Verkehrsdezernat 7 Personen, im Bereich Wasser/Abwasser Allgemein 1 Person und im Bereich Abwasser Nidda 1 Person beschäftigt.

## Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres haben sich nicht ereignet.

## **Ausblick**

Die Entwicklung der von den Kommunen auf den ZOV übertragenen Aufgabengebiete bestätigt bisher die Zielsetzung des ZOV-Modells, durch Bildung von größeren Einheiten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung effizient anbieten zu können.

Der ZOV wird ab 2006 im Rahmen der Mitgliedschaft im Abwasserverband Oberhessen (ehemals AV Schotten-Nidda) die kaufmännische und technische Verwaltung des Verbandes übernehmen. Die Übernahme dieser Aufgaben wird vor allem durch die geplante Modernisierung der Verbandskläranlage in Nidda ab 2006 geprägt.

Im Bereich der Gemeinde Hirzenhain und der Stadt Nidda stehen wiederum Baumaßnahmen an. Darunter fallen zum einen Sanierungsarbeiten defekter Kanäle im Rahmen der Eigenkontrollverordnung (EKVO) an, zum anderen müssen z.B. auch einige Baumaßnahmen zur Neuorganisation der Abwasserbeseitigung in Nidda vorgenommen werden.

In den Sparten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden auch in den Folgejahren, entsprechend der Kalkulation der Benutzungsgebühren nach dem Kostendeckungsprinzip, ausgeglichene Ergebnisse erzielt werden.

Neben weiteren Ausschreibungen von Leistungen im Busverkehr ist nun vorrangig der bestehende Nahverkehrsplan fortzuschreiben. Dabei müssen die enger werdenden finanziellen Spielräume, die insbesondere durch zurückgehende Bundes- und Landesmittel entstehen, in den Angebotsplanungen berücksichtigt werden. Auch in den kommenden Jahren ist im Verkehrsbetrieb mit negativen Jahresergebnissen zu rechnen.

Im Wirtschaftsplan 2006 des ZOV sind für Investitionen aller Sparten insgesamt 2,8 Mio. EUR veranschlagt.

## **Risikobericht**

Neben dem zunehmenden Wettbewerb, unkalkulierbaren politischen Motiven, und dem sich ändernden Rechtsrahmen ist der ZOV einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt.

Um die Gewinnchancen und die Verlustrisiken optimal zu bewerten, gegeneinander abzuwägen und in die Entscheidungsprozesse des Konzerns einzubeziehen, hat der ZOV ein umfassendes Risikomanagementsystem implementiert. Die Risiken werden systematisch erfasst und in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Ausmaß der Risiken bewerten und handhaben zu können.

Das Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG). Die Risiken werden mit ihrer potentiellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet.

Den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Im Bereich des Verkehrsbetriebs bestehen Risiken insbesondere durch nicht abschätzbare politische Entwicklungen. So wurden bereits im Berichtsjahr die Ausgleichsleistungen für Schülerverkehre nach dem Personenbeförderungsgesetz reduziert. Für das laufende Jahr und die Folgejahre stehen Kürzungen der Regionalisierungsmittel des Bundes zur Finanzierung der Schienenverkehre in erheblichem Umfang an. Leistungsein-

schränkungen bzw. die Kompensierung entgangener Finanzmittel sind die Folge. Mit ähnlichen Maßnahmen ist auch für die Zukunft zu rechnen. Da die hierdurch verursachten Einnahmeausfälle vermutlich nicht durch höhere Benutzungsentgelte oder andere Einnahmen kompensiert werden können, muss auch für die Zukunft jede sinnvolle Möglichkeit zur Kostensenkungen und Effizienzverbesserungen genutzt werden.

Die Betriebszweige Wasserversorgung, und Abwasserentsorgung sind durch den jeweils in der Satzung festgeschriebenen Anschluss- und Benutzungszwang derzeit keinen direkten Marktrisiken ausgesetzt.

In allen Betriebszweigen entstehen Risiken durch eingesetzte Technik und Personal sowie höhere Gewalt wie z.B. Wettereinflüsse. Diesen wird begegnet durch die permanente Aus- und Weiterbildung des Personals sowie durch hohe Sicherheitsstandards und permanente Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. In wirtschaftlich sinnvollem Rahmen werden die Betriebsrisiken durch Versicherungen begrenzt.

Durch den Betrieb der IT zur Unterstützung der Geschäftsprozesse entstehen weitere Risiken. Diesen wird durch betriebsinterne Sicherheitsmaßnahmen und dem Einsatz aktueller Software sowie entsprechenden Schulungen des Personals entgegengewirkt.

Wegen des Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung sind Investitionsprojekte mit Chancen und Risiken verbunden. Vorbereitung und Umsetzung solcher Projekte folgen daher einem internen Genehmigungsprozess.

*Ausblick:*

### **Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Die Prognosen zum Weltwirtschaftswachstum im Jahr 2006 sind allgemein positiv. Zunehmend werden jedoch Stimmen lauter, welche auf eine Reihe von tiefgehenden strukturellen Ungleichgewichten und Spannungen hinweisen, die zu einer Eintrübung des Optimismus und somit zu sinkendem Wachstum führen können. Hier werden die zunehmende Verschuldung der USA und auch der BRD, die anhaltend hohen Preise für Rohstoffe wie Erdöl und Gas als auch die in den letzten Jahren in einigen Regionen drastisch gestiegenen Immobilienpreise genannt.

Bei den Konjunkturaussichten für den EURO-Raum sind die Prognosen gleichwohl optimistisch. Die Experten erwarten ein Wachstum von 1,9 %, was ein deutliches Plus gegen

über den 1,4 % im Jahr 2005 wäre. Für 2007 sind die Prognosen ebenfalls optimistisch, obwohl diese Einschätzung längst nicht von allen Ökonomen geteilt wird.

Die Aussichten für die Konjunktur in Deutschland sind für das Jahr 2006 nach wie vor günstig. Volkswirte und Institute erwarten für das Jahr 2006 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 bis 2 Prozent in Deutschland. Für das Jahr 2007 prognostizieren sie jedoch wieder eine Abschwächung, weil dann die erwarteten positiven Impulse durch die Fußball-Weltmeisterschaft entfallen und weil die Verbrauchsausgaben fehlen werden, die im

Jahr 2006 vor der Mehrwertsteuererhöhung wohl vorgezogen werden. Um einen anhaltenden Aufschwung sicherzustellen, müsse sich an der entscheidenden Schwachstelle der deutschen Wirtschaft - dem schlechten Konsum als Folge moderat wachsender Einkommen und einer hohen Sparquote - etwas Entscheidendes ändern.

Neben diesen allgemeinen Risiken ist der ZOV mit seinen Geschäftsfeldern speziellen Risiken ausgesetzt.

Vorgaben des Gesetzgebers zur Kontrolle und Sanierung der Kanalnetze im Rahmen der EKVO bedeuten vor dem Hintergrund der bei der Übernahme der Kanalnetze noch nicht vollständig abgeschlossenen Bestandsaufnahme der Kanäle für die Zukunft erheblichen Mittelbedarf für deren Sanierung.

Für die Bereiche Wasser und Abwasser ergibt sich vor dem Hintergrund der beiden erfolgreich verlaufenden Projekte Hirzenhain und Nidda nun die Möglichkeit, mit weiteren Kommunen in aussichtsreiche Gespräche zu treten und diese Bereiche in Zukunft stärker auszubauen. Vor dem Hintergrund nach wie vor knapper kommunaler Finanzen sind die Kooperationsangebote des ZOV für Kommunen sicher sehr interessant. Nach der Etablierung des ZOV als Partner der Kommunen sehen wir hier die Möglichkeit zum Wachstum in neue Geschäftsfelder.

Die Kosteneinsparungen durch Ausschreibung von Verkehrsleistungen werden durch zurückgehende Bundes- sowie Landeszuwendungen für den ÖPNV in hohem Maße wieder aufgebraucht. Finanzielle Einsparungen durch Abbestellung von Verkehrsleistungen sind nur bedingt möglich. Auf die allgemeine Kostenentwicklung ist daher mittelfristig besonders zu achten.

## **Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG)**

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg  
Tel.: 06031 / 82-0 - Fax: 06031 / 82-1332  
E-Mail: info@zov.de  
www.zov.de



---

### **Unternehmenszweck**

Gegenstand des Unternehmens ist:

Versorgung mit Energie und Wasser inkl. Wahrnehmung von Aufgaben der Entsorgung sowie der öffentliche Personennahverkehr, insbesondere durch Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen an Gesellschaften, die der Versorgung mit Energie und Wasser, der Entsorgung oder dem öffentlichen Personennahverkehr dienen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, gemeinnützige Bestrebungen in ihrem Tätigkeitsbereich zu fördern, soweit die o.a. Aufgaben dadurch nicht gefährdet werden.

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Ver- und Entsorgung

### **Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises**

*Beteiligung seit:* 1994

*Anteile in %:* 32,1 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Das wirtschaftliche Tätigkeitsfeld der OVVG beschränkt sich auf die Wahrnehmung der Holdingfunktion für ihre Beteiligungsgesellschaften.

## Organe des Unternehmens

### *Aufsichtsrat:*

<b>Hans-Helmut Günther - Vorsitzender</b>	Axel Finkeldey
<b>Rudolf Marek - stellv. Vorsitzender</b>	Bertram Huke
Heidrun Hublitz - stellv. Vorsitzende	Hans-Jürgen Jung
Rosa Maria Bey	Edgar Lauer
Wolfgang Brehm	Kristina Paulenz
Siegbert Damaschke	Lucia Puttrich
Heinz Eckert	Gudrun Rahn
Wallfried Eich	Bernd Schöhr
Gunter Endmann	Ralf-Rüdiger Stamm

*Geschäftsführung:* Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt, Vorsitzender  
Hans-Ulrich Lipphardt, Jurist

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	mbH
<i>Gründungsdatum:</i>	1994
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	20.12.1994, letzte Änderung vom 27.04.2005
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg, HRB 1552
<i>Stammkapital:</i>	22.000.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	Oberhessische Versorgungsbetriebe AG 100 % VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH 100 % ovag Netz AG 100 % ovag Energie AG 100 %

## Bilanz des Unternehmens (Konzern)

<b>AKTIVA</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>	<b>PASSIVA</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>
	€	€		€	€
<b>A. Anlagevermögen</b>			<b>A. Eigenkapital</b>		
<b>I. Immat. Vermögensgegenstände</b>			<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	22.000.000,00	21.000.000,00
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	10.623.398,19	10.534.985,19	<b>II. Kapitalrückstände</b>	111.418.531,87	109.902.972,34
2. Geschäfts- oder Firmenwert	1.250.000,00	2.500.000,00	<b>III. Gewinnrücklagen</b>	14.577.015,89	14.867.513,21
3. Geleistete Anzahlungen	464.306,05	851.881,58	<b>IV. Konzernbilanzgewinn</b>	65.075.406,44	49.484.199,14
	<b>12.337.704,24</b>	<b>13.886.866,77</b>	<b>V. Ausgleichsposten für die Anteile anderer Gesellschafter</b>	9.246,42	2.112.295,19
<b>II. Sachanlagen</b>				<b>213.080.200,62</b>	<b>197.366.979,88</b>
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	26.903.442,18	25.392.033,33	<b>B. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>	<b>489.236,43</b>	<b>582.957,96</b>
2. Technische Anlagen und Maschinen	114.304.805,28	120.916.260,65	<b>C. Empfangene Investitions- und Bankzuschüsse</b>	<b>39.261.704,00</b>	<b>40.779.666,00</b>
3. Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsaussta	4.422.953,14	4.575.799,10	<b>D. Rückstellungen</b>		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.948.468,49	3.263.620,05	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	44.571.273,76	45.197.779,01
	<b>148.579.669,09</b>	<b>154.147.713,13</b>	2. Steuerrückstellungen	1.746.405,80	13.275.593,78
<b>III. Finanzanlagen</b>			3. Sonstige Rückstellungen	28.580.544,94	31.446.345,64
1. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	4.315.866,67	4.188.263,58		<b>74.898.224,50</b>	<b>89.919.718,43</b>
2. Sonstige Beteiligungen	1.087.910,52	1.094.624,91	<b>E. Verbindlichkeiten</b>		
3. Ausleihungen an assoziierten Unternehmen	4.013.506,46	3.804.271,53	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.282.081,83	36.373.310,08
4. Ausleihungen an sonst. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.163.313,35	2.954.141,65	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	76.753,57	66.525,88
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	85.276.938,01	74.124.927,75	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	34.204.628,59	25.864.183,47
6. Sonstige Ausleihungen	13.512.826,96	14.374.041,99	4. Verbindlichkeiten gegenüber assoziierten Unternehmen	192.818,31	335.056,13
	<b>110.370.361,97</b>	<b>100.540.271,41</b>	5. Verbindlichkeiten gegenüber sonst. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.882,96	593.112,91
	<b>271.287.735,30</b>	<b>268.574.851,31</b>	6. Sonstige Verbindlichkeiten	11.168.483,28	12.879.796,05
<b>B. Umlaufvermögen</b>				<b>78.942.648,54</b>	<b>76.111.984,52</b>
<b>I. Vorräte</b>			<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1.649.685,02</b>	<b>1.737.966,15</b>
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.394.760,52	1.309.881,46		<b>408.321.699,11</b>	<b>406.499.272,94</b>
2. Unfertige Leistungen	56.222,34	41.476,41			
3. Waren	74.053,63	119.609,54			
	<b>1.525.036,49</b>	<b>1.470.967,41</b>			
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	49.689.816,31	48.444.773,25			
2. Forderungen an Gesellschafter	1.606.077,82	137.684,06			
3. Forderungen an assoziierte Unternehmen	0,00	10.255,80			
4. Forderungen gegen sonst. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverh. besteht	21.542,58	27.233,72			
5. Sonstige Vermögensgegenstände	5.072.266,02	14.218.499,55			
	<b>56.389.702,73</b>	<b>62.838.446,38</b>			
<b>III. Latente Steuern</b>	<b>14.380.000,00</b>	<b>12.977.000,00</b>			
<b>IV. Wertpapiere des Umlaufvermögens</b>	<b>364.690,82</b>	<b>6.107.729,16</b>			
<b>V. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten</b>	<b>62.866.548,15</b>	<b>52.873.525,84</b>			
	<b>135.525.978,19</b>	<b>136.267.668,79</b>			
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1.507.985,62</b>	<b>1.656.752,84</b>			
	<b>408.321.699,11</b>	<b>406.499.272,94</b>			

## Bilanz des Unternehmens

<b>AKTIVA</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>	<b>PASSIVA</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>		<b>€</b>	<b>€</b>
<b>Anlagevermögen</b>			<b>Eigenkapital</b>		
Sachanlagen	32.618,00	25.631,00	Gezeichnetes Kapital	22.000.000,00	21.000.000,00
Finanzanlagen	154.963.351,74	122.853.651,67	Kapitalrücklage	111.418.531,87	109.902.972,34
	<b>154.995.969,74</b>	<b>122.879.282,67</b>	Gewinnrücklagen	28.600.000,00	0,00
<b>Umlaufvermögen</b>			Bilanzgewinn	8.614.178,92	1.595.752,03
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.819.883,41	30.331.301,96		<b>170.632.710,79</b>	<b>132.498.724,37</b>
Flüssige Mittel	4.655.048,79	826.234,22	<b>Rückstellungen</b>	<b>1.791.367,80</b>	<b>18.397.874,47</b>
	<b>20.474.932,20</b>	<b>31.157.536,18</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>3.047.477,23</b>	<b>3.140.220,01</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>653,88</b>	<b>0,00</b>			
	<b>175.471.555,82</b>	<b>154.036.818,85</b>		<b>175.471.555,82</b>	<b>154.036.818,85</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung (Konzern)

	2005 €	2004 €
1. Umsatzerlöse	267.884.951,17	252.366.787,62
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	19.745,93	4.617,44
	<u>267.904.697,10</u>	<u>252.371.405,06</u>
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.782.643,16	2.766.099,14
4. Sonstige Erträge	5.375.877,28	4.985.237,22
	<u>275.063.217,54</u>	<u>260.122.741,42</u>
5. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	139.823.001,08	117.661.843,26
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	36.174.116,31	36.266.356,19
	<u>175.997.117,39</u>	<u>153.928.199,45</u>
6. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	27.495.796,68	26.775.525,89
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.510.118,45	9.649.346,87
	<u>37.005.915,13</u>	<u>36.424.872,76</u>
7. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>21.246.540,36</u>	<u>21.275.876,70</u>
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>20.482.870,65</u>	<u>22.212.838,97</u>
	<u>20.330.774,01</u>	<u>26.280.953,54</u>
9. Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	451.603,09	516.851,75
10. Erträge aus sonstigen Beteiligungen	30.814,00	34.252,93
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.485.457,08	1.135.829,60
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.312.989,65	2.281.943,01
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	251.064,39	227.275,87
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.533.266,66	1.624.322,44
	<u>2.496.532,77</u>	<u>2.117.278,98</u>
<b>15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>22.827.306,78</b>	<b>28.398.232,52</b>
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.556.181,67	7.658.011,81
17. Sonstige Steuern	102.357,14	117.107,11
<b>18. Konzernüberschuss</b>	<b>17.168.767,97</b>	<b>20.623.113,60</b>
19. Gewinnvortrag	47.877.296,16	34.522.385,70
20. Entnahme aus dem/Einstellungen in den Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	29.342,31	-161.300,16
21. Vorabausschüttung	0,00	5.500.000,00
	<u>65.075.406,44</u>	<u>49.484.199,14</u>
<b>22. Konzernbilanzgewinn</b>	<b>65.075.406,44</b>	<b>49.484.199,14</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung

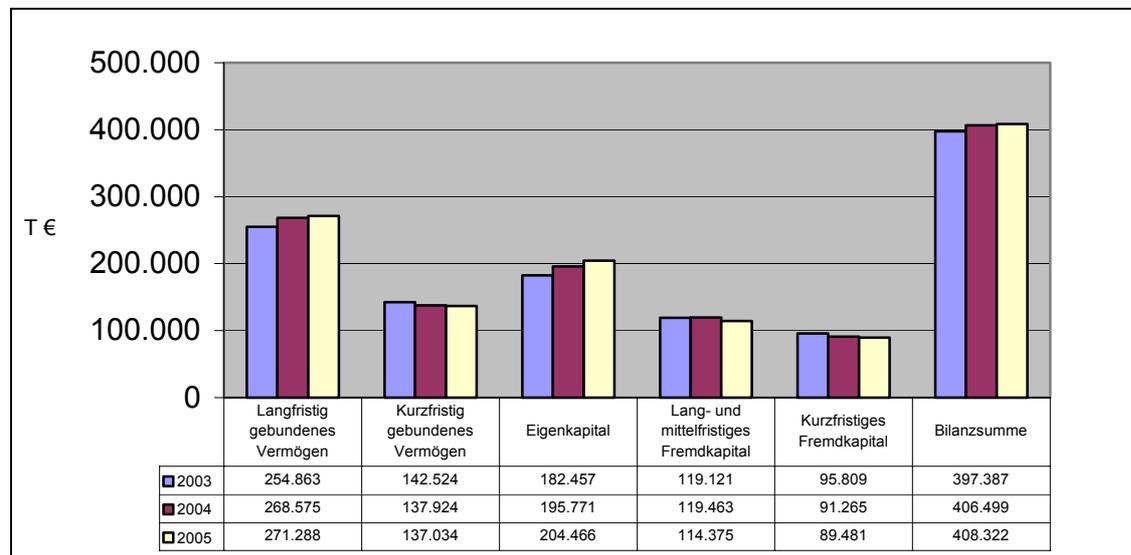
	<b>2005</b>	2004
	€	€
	<hr/>	<hr/>
Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	10.600.000,00	12.500.000,00
Aufwendungen aus Verlustübernahme	5.047.140,52	5.263.868,37
Ergebnis aus Beteiligungen	<b>5.552.859,48</b>	<b>7.236.131,63</b>
Sonstige betriebliche Erträge	241.368,93	61.528,29
	<hr/>	<hr/>
	5.794.228,41	7.297.659,92
Personalaufwand	6.094,81	11.318,32
Abschreibungen	6.826,18	3.753,77
Sonstige betriebliche Aufwendungen	672.079,92	429.900,29
	<hr/>	<hr/>
	<b>5.109.227,50</b>	<b>6.852.687,54</b>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.054.971,37	431.385,80
	<hr/>	<hr/>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>5.501.984,22</b>	<b>7.095.752,03</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.116.055,46	0,00
Sonstige Steuern	3.860,76	0,00
	<hr/>	<hr/>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>8.614.178,92</b>	<b>7.095.752,03</b>
Vorabausschüttung	0,00	5.500.000,00
Entnahme aus Kapitalrücklage	0,00	0,00
	<hr/>	<hr/>
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>8.614.178,92</b>	<b>1.595.752,03</b>

## Ausgewählte Kennzahlen

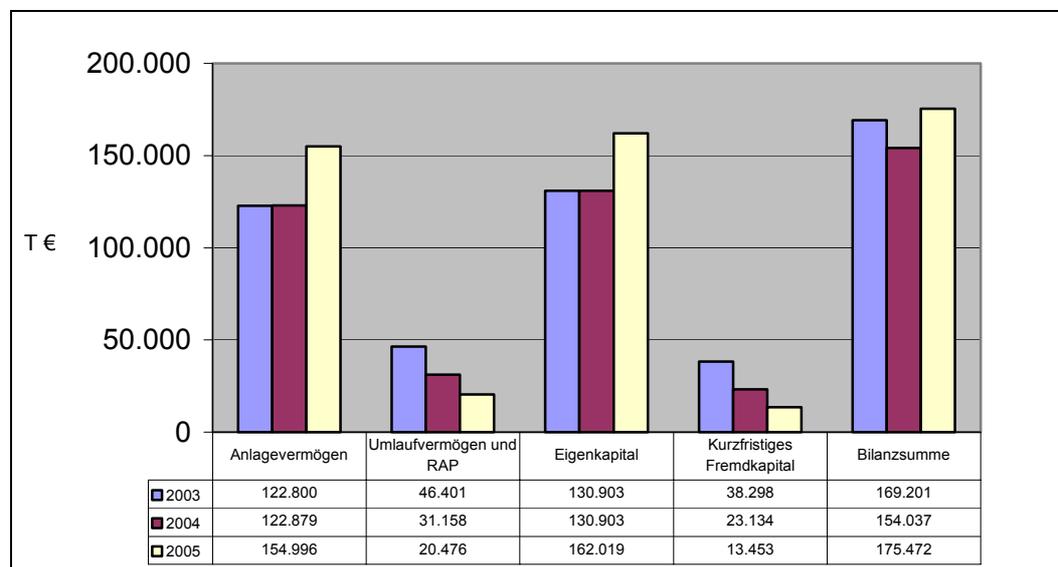
Anzahl der Mitarbeiter (Konzern): 584 (Jahresdurchschnitt)

Anzahl der Mitarbeiter: 525 (Jahresdurchschnitt)

## Vermögens- und Kapitalstruktur (Konzern) 2003 - 2005



## Vermögens- und Kapitalstruktur 2003 - 2005



## **Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises**

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 8.614.178 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

## **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

*Begründung:* Ver- und Entsorgung

## **Auszug aus dem Lagebericht**

*Lage der Gesellschaft:*

### **Gesamtwirtschaftliche Entwicklung**

Trotz des kräftigen Anstieges der Ölpreise hat sich der Aufschwung der Weltwirtschaft im Laufe des Jahres 2005 verstärkt. Die Eigendynamik sowohl in den Industrieländern als auch der übrigen Welt konnte sich bei anhaltend expansiv ausgerichteter Geldpolitik weiter festigen.

Das Wirtschaftsklima im Euroraum ist nach anfänglicher Abschwächung im vierten Quartal angestiegen.

In Deutschland war das Wirtschaftswachstum 2005 nach Aussage des Statistischen Bundesamtes hauptsächlich exportgetragen. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt hat sich nach ersten Berechnungen im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um 0,9 % (VJ 1,6 %) erhöht. Berücksichtigt man die geringere Anzahl an Arbeitstagen im Jahr 2005 gegenüber dem Jahr 2004 ergibt sich für das Jahr 2005 eine Steigerung um 1,1 %, die der bereinigten Steigerung für 2004 entspricht.

Auf dem Arbeitsmarkt hat die wenn auch moderate konjunkturelle Erholung bisher kaum Impulse gezeigt. Die Zahl der im Jahresdurchschnitt als arbeitslos registrierten Personen lag in 2005 bei 4,863 Mio. (VJ 4,381 Mio.). Die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen lag im Jahresdurchschnitt bei 11,7 %.

Die Konjunktur in den Landkreisen Gießen, Vogelsberg- und Wetteraukreis zog nach einer Konjunkturumfrage der IHK im vierten Quartal 2005 an. Die wirtschaftliche Situation der Region hat sich erfreulich verbessert. Die Inlandsnachfrage beginnt langsam

den starken Export in der Industrie zu stützen. Auch im Baugewerbe hat sich die Stimmung, wenn auch auf niedrigem Niveau, gebessert. Der Einzelhandel berichtet von keiner weiteren Verschlechterung und das Finanz- und Kreditgewerbe ist sorgenfrei. Einzig das Verkehrsgewerbe befindet sich in Rezession.

## **Branchenentwicklung**

Die Konzerngesellschaften der OVVG sind mit der OVAG und deren Tochterunternehmen sowie der ovag Energie AG im Bereich der Versorgung (Strom, Gas, Wasser etc.) und mit der VGO im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs für den Wetteraukreis, den Vogelsbergkreis und den Landkreis Kreis Gießen tätig.

## **Energie- / Strommarkt**

Der Bruttostromverbrauch in Deutschland stieg um rund 0,3 % von 608,6 TWh im Jahr 2004 auf 610,5 TWh im Jahr 2005. Die inländische Stromerzeugung betrug 619,0 TWh und lag somit 0,5 % über dem Vorjahr. Wichtigste Säulen der Erzeugung bilden die Kernenergie (26,3 %) gefolgt von Braunkohle (25 %), Steinkohle (21,7 %) und Erdgas (11,3 %). Der grenzüberschreitende Stromhandel hat weiter zugenommen. So wurden im Jahr 2005 53,4 TWh importiert und 61,9 TWh Strom exportiert.

Die Strompreise stiegen im Jahresverlauf an der European Energy Exchange (EEX) - Strombörse in Leipzig - von 34,- €/MWh am 03. Januar 2005 für die Grundlastlieferung (Base) für das Jahr 2006 auf 53,36 €/MWh am 28. Dezember 2005. So stieg am Spotmarkt der EEX der Durchschnittspreis (Phelix Day Base) von 28,52 €/MWh im Jahr 2004 auf 45,98 €/MWh im Jahr 2005. Der Preisanstieg ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Brennstoffeinsatzkosten zur Stromerzeugung und die zum 01. Januar 2005 erfolgte Einführung des CO<sub>2</sub>-Emissions-Zertifikate-Handels zurückzuführen. Die Verbrauchsstuereinnahmen des Bundes aus dem Verkauf von Elektrizität beliefen sich im Jahr 2005 auf rund 6,5 Mrd. €.

Auf Grund der gestiegenen Beschaffungskosten waren gegen Jahresende viele Stromversorger in der Bundesrepublik gezwungen, Anträge zur Genehmigung höherer allgemeiner Stromtarife bei den jeweils zuständigen Landesbehörden zu stellen. Diese Anträge wurden in den einzelnen Bundesländern, entgegen der Praxis der vergangenen Jahre, unterschiedlich beschieden; in Hessen wurden die Anträge aller Stromversorgungsunternehmen abgelehnt.

Im Jahr 2005 haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Branche erheblich verändert. Am 13. Juli 2005 ist das Zweite Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechtes (EnWG) in Kraft getreten. Kurz darauf wurden die Verordnungen über die Entgelte für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen (Stromnetzentgeltver-

ordnung - StromNEV), über den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen (Stromnetzzugangsverordnung - StromNZV), über die Entgelte für den Zugang zu den Gasversorgungsnetzen (Gasnetzentgeltverordnung - GasNEV) und über den Zugang zu Gasversorgungsnetzen (Gasnetzzugangsverordnung - GasNZV) veröffentlicht, die am 25. Juli 2005 in Kraft traten.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes und der genannten Verordnungen erfolgte der Übergang vom verhandelten zum regulierten Netzzugang. Dies bedeutet, dass die Bedingungen für den Netzzugang und die Entgelte nicht mehr durch die Marktteilnehmer selbst vereinbart werden, sondern durch Gesetz und Verordnungen geregelt sind. Diese werden gegebenenfalls durch Entscheidungen der Bundesnetzagentur ergänzt und durchgesetzt.

Kernelement des Energiewirtschaftsgesetzes sind die Bestimmungen zur gesellschaftsrechtlichen und operationellen Entflechtung des Netzbetriebes von anderen Tätigkeitsbereichen der Energieversorgung. Danach sind Netzbetreiber unter bestimmten Bedingungen in rechtlich selbstständige Einheiten zu überführen bzw. wie eigenständige Unternehmen innerhalb der Gesamtunternehmung zu führen.

Zukünftig sieht das Gesetz eine Genehmigungspflicht für die zur Nutzung der Strom bzw. Gasnetze zu entrichtenden Entgelte (Netzentgelte) vor. Die derzeitige Genehmigungspflicht der allgemeinen Tarife soll zum 30. Juni 2007 wegfallen.

Für die Durchführung und Überwachung der Regulierung ist die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen in Bonn zuständig. Daneben weist das Gesetz den Landesregulierungsbehörden einzelne Zuständigkeiten zu.

Weiterhin ist am 30. September 2005 das „Gesetz zur Einführung der projektbezogenen Mechanismen nach dem Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes“ in Kraft getreten.

## **Wassermarkt**

Der Schwerpunkt der wasserwirtschaftlichen Diskussion findet nach wie vor auf europäischer Ebene statt. Am 14. April 2005 hat das nach den Europawahlen im Jahr 2004 neu zusammengesetzte Europäische Parlament der Liberalisierung der Wasser- / Abwasserwirtschaft in Kontinuität zu früheren Entschlüssen erneut eine Absage erteilt. Demgegenüber wird kommissionsseitig die Verwirklichung des Modells „Wettbewerb um den Markt“ verfolgt. Hier geht es nicht um die Liberalisierung des Infrastrukturbereiches, sondern um eine kontinuierliche Ausweitung und Verschärfung von Ausschreibungspflichten aller kommunaler Infrastrukturleistungen. Dies wird insbesondere durch diverse Entscheidungen des EuGH deutlich, die neben der Inhouse-Problematik die Bildung und Beauftragung interkommunaler Kooperationen auf Basis der Landesgesetze

über kommunale *Gemeinschaftsarbeit* als auch die Erteilung von Dienstleistungskonzessionen zum *Gegenstand* haben und zugleich wesentlich einschränken.

Auf nationaler Ebene ist positiv zu vermerken, dass in dem am 11. November 2005 geschlossenen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD aus wasserwirtschaftlicher Sicht erfreuliche Eckpunkte hervorgehen. Insbesondere sollen die Kommunen auch in Zukunft eigenständig über die Organisation der Wasser- und Abwasser Versorgung entscheiden können. Das Umsatzsteuerprivileg für die Abwasserentsorgung soll beibehalten werden.

## **Contracting**

Im Rahmen der Diskussion um Public Private Partnership (PPP), auch Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) genannt, nimmt die Bedeutung von Contracting stetig zu. Der Begriff bezieht sich insbesondere auf die Bereitstellung von Wärme, Kälte, Strom, Dampf, Druckluft usw. durch ein darauf spezialisiertes Dienstleistungsunternehmen.

## **Verkehr**

Im Verkehrsbereich zeichnen sich erhebliche *Mittelkürzungen* ab. So will die Bundesregierung die *Regionalisierungsmittel* für den öffentlichen Personennahverkehr drastisch reduzieren. Weiterhin werden die *Ausgleichsleistungen* gemäß § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) drastisch reduziert.

## **Entwicklung innerhalb der OVVG**

Im Geschäftsjahr 2005 wurde der vom Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) gehaltene *Minderheitsanteil* an der OVAG in Höhe von 1 % auf die OVVG übertragen. Die Eintragung erfolgte mit Urkunde vom 27. April 2005. Die OVVG ist somit alleiniger Aktionär der OVAG.

Mit Beschluss vom 1. Juli 2005 wurden die *Gesellschaften* V.V.G. Verkehrsverbund Gießen GmbH (VVG) und VBV Vogelsberger Verkehrsgesellschaft mbH (VBV) rückwirkend zum 1. Januar 2005 durch Aufnahme auf die WVG Wetterauer Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) verschmolzen. Im Rahmen des Verschmelzungsvertrages wurde die WVG in VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH umfirmiert.

Zur Sicherstellung der durch die *Energierrechtsnovelle* umzusetzenden Entflechtungsbestimmungen wurden die im Eigentum der OVAG befindlichen Anteile an der ovag Energie AG mit Wirkung zum 1. Januar 2005 an die OVVG im Wege der Abspaltung gemäß § 123 Abs. 2 Nr. 1 UmwG übertragen. Die notarielle Beurkundung fand am 18. Juli 2005 statt.

Weiterhin wurde durch Erwerb von 950 Stückaktien das Grundkapital der ovag Vermögensverwaltung AG um 950.000,00 € erhöht.

Im Berichtsjahr wurde das Verfahren zur Berechnung der Steuerumlagen umgestellt. Die Organgesellschaften werden nunmehr mit denjenigen Steuerbeträgen be- bzw. entlastet, die anfallen würden, wenn keine Organschaft bestehen würde.

## **Entwicklung der Konzerngesellschaften**

Die Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG) unterliegt seit dem Inkrafttreten des neuen Energiewirtschaftsgesetzes der Regulierung durch die Bundesnetzagentur. Die grundlegenden Weichen für die Umsetzung der aus der Novellierung des Energiewirtschaftsrechtes hervorgegangenen Anforderungen, insbesondere dem durchzuführenden Unbundling, wurden gestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Zeiträume zur Abgabe diverser Unternehmensdaten und die Beantragung der Netznutzungsentgelte bei der zuständigen Regulierungsbehörde konnten trotz der sehr kurz bemessenen Fristen eingehalten werden.

Auf Grund der durch die Energierechtsnovelle umzusetzenden Entflechtungsbestimmungen zur Sicherstellung der Trennung des Netzbetriebes von anderen Tätigkeitsbereichen der Energieversorgung wurden die Anteile der OVAG an der ovag Energie AG mit Wirkung zum 01. Januar 2005 an die OVVG übertragen. Die Übertragung wurde am 22. September 2005 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Friedberg der OVVG (HRB 1552) eingetragen.

Die Sparte Contracting der OVAG konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter wachsen. Im Jahr 2005 wurden mehrere Wärmecontractingprojekte sowie Photovoltaikprojekte erfolgreich abgeschlossen.

Die Bestrebungen, das Wassergeschäft auszuweiten, konnte im Jahr 2005 erste Früchte tragen. Die OVAG hat den Auftrag für die Betriebsführung von zwei Leitungsnetzen, die von dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) übernommen wurden, erhalten.

Die sonstigen Beteiligungen der OVAG entwickelten sich im Rahmen der Erwartungen.

Trotz des merklich angestiegenen Wettbewerbes um Tarifkunden hat sich die ovag Energie AG im Geschäftsjahr 2005 weiter positiv entwickelt. Durch gezielte Aktionen konnte das Unternehmen seine Kunden im angestammten Versorgungsgebiet halten und den Bekanntheitsgrad weiter ausbauen. Nach wie vor fällt den Kunden die Unterscheidung zwischen dem Netzbetreiber, der OVAG, und dem Grundversorger, der ovag Energie AG, also dem eigentlichen Vertragspartner der Endkunden schwer.

Für die ovag Energie AG war es aufgrund des starken Anstiegs der Strombeschaffungskosten unumgänglich, zum 1. Januar 2005 die Strompreise anzuheben. Im Vergleich zu

vielen anderen Stromversorgern fiel diese Erhöhung nicht zuletzt durch die Beschaffungsstrategie moderat aus. Wie einzelne Tests von unabhängigen Organisationen belegten, konnte die ovag Energie AG trotz der moderaten Tarifierhöhung immer einen der Spitzenplätze erreichen. Dies beweist einmal mehr, dass das Unternehmen seiner Verantwortung als Grundversorger die Bevölkerung preisgünstig mit Strom zu beliefern, in hervorragender Weise gerecht wird.

Der Bereich Verkehr war im Jahr 2005 durch die Verschmelzung der drei Verkehrsgesellschaften und die Umfirmierung in VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) gekennzeichnet. Einher mit der Verschmelzung ging eine Neuorganisation innerhalb der neuen Gesellschaft. Die drei Regionalbüros bleiben erhalten. Sitz des Unternehmens ist Friedberg/Hessen. Durch die Ausschreibung der ersten Verkehrsbündel konnten für die Zukunft Ersparnisse erzielt werden.

## **Darstellung der Lage**

Als Holding ist die Lage der Gesellschaft von der Entwicklung der einzelnen Beteiligungen geprägt.

## **Vermögens- und Finanzlage**

Die Bilanzsumme der Gesellschaft erhöhte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr von 154,04 Mio. € um 21,43 Mio. € auf 175,47 Mio. €. Durch die Übertragung der Anteile der ovag Energie AG und des 1 % Anteils des ZOV an der OVAG an die OVVG sowie durch die Kapitalerhöhung bei der OVAG Vermögensverwaltung AG erhöhten sich die Finanzanlagen von 122,85 Mio. € um 32,11 Mio. € auf 154,96 Mio. €.

Das Umlaufvermögen hat sich von 31,16 Mio. € um 10,69 Mio. € auf 20,47 Mio. € vermindert. Der Bestand an flüssigen Mitteln betrug zum Geschäftsjahresende 4,66 Mio. € (VJ 0,83 Mio. €).

Die Rückstellungen sind im Berichtsjahr von 18,40 Mio. € um 16,61 Mio. € auf 1,79 Mio. € zurückgegangen. Dies ist auf den Verbrauch bzw. die Auflösung von Steuerrückstellungen zurückzuführen, welche im Zusammenhang mit der steuerlichen Außenprüfung der Jahre 1995 - 2000 stehen. Ebenso hat sich die vorläufige Veranlagung der Körperschaft- und Gewerbesteuer für die Jahre 2001 - 2004 ausgewirkt.

## **Ertragslage**

Das Ergebnis aus Beteiligungen hat sich von 7,24 Mio. € um 1,69 Mio. € auf 5,55 Mio. € reduziert. Dies ist im Wesentlichen auf gegenüber dem Vorjahr rückläufige Erträge aus Gewinnabführungsverträgen in Höhe von 1,90 Mio. € zurückzuführen. Die Aufwendungen aus Verlustübernahme bewegen sich aufgrund des geänderten Verfahrens zur Steuerumlage auf Vorjahresniveau.

Der danach verbleibende Bilanzgewinn in Höhe von 8.614.178,92 € soll in voller Höhe ausgeschüttet werden.

## Risikobericht

Die Risiken des OVVG-Konzerns werden im Wesentlichen von den Risiken der Beteiligungen bestimmt. Neben dem zunehmenden Wettbewerb, unkalkulierbaren politischen Motiven, dem Wandel der rechtlichen Rahmenbedingungen im Energiesektor und dem Öffentlichen Personennahverkehr ist die OVVG mit ihren Tochtergesellschaften einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt.

Um die Erfolgchancen und die Verlustrisiken optimal zu bewerten, gegeneinander abzuwägen und in die Entscheidungsprozesse des Konzerns einzubeziehen, hat die OVAG ein umfassendes Risikomanagementsystem implementiert. Die Risiken werden systematisch erfasst und in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Maß der Risiken bewerten und handhaben zu können.

Das Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG). Die Risiken werden mit ihrer potentiellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Entscheidungsträger werden in vierteljährlichem Rhythmus umfassend über festgestellte Risiken und deren mögliche Auswirkungen informiert.

Den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Aus dem Betrieb des Versorgungsnetzes entstehen Risiken durch eingesetzte Technik und Personal sowie höherer Gewalt wie z.B. Wittereinflüssen. Diesen begegnen wir durch die permanente Aus- und Weiterbildung unseres Personals sowie hoher Sicherheitsstandards und permanenten Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. In wirtschaftlich sinnvollem Rahmen werden die Betriebsrisiken durch Versicherungen begrenzt.

Der Wandel des politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeldes führt zu erheblichen Risiken für die Konzernunternehmen. Insbesondere durch die Regulierung im Netzbereich bestehen erhebliche Ergebnisrisiken. Hierbei besteht allerdings naturgemäß noch Ungewissheit über die Höhe der konkreten Effekte durch die Regulierung. Wir streben an, diese negativen Auswirkungen durch Maßnahmen zur Effizienzverbesserung und Kostensenkung zumindest teilweise zu kompensieren.

Durch den Betrieb der IT zur Unterstützung der Geschäftsprozesse entstehen weitere Risiken. Diesen wird durch betriebsinterne Sicherheitsmaßnahmen und dem Einsatz aktueller Software sowie entsprechenden Schulungen des Personals entgegengewirkt.

Wegen des Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung sind Investitions- und Desinvestitionsprojekte mit Chancen und Risiken verbunden. Vorbereitung und Umsetzung solcher Projekte folgen daher einem internen Genehmigungsprozess.

Aufgrund genehmigungsrechtlicher Risiken im Bereich Wasserrechte, Netznutzungsentgelte etc. kann es zu Beeinträchtigungen kommen. Wir beugen diesem Risiko, soweit möglich, durch sorgfältige Vorbereitung und Begleitung der Genehmigungsanträge vor.

## **Personal**

Das Unternehmen beschäftigt neben den Geschäftsführern eine Person im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses.

## **Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres**

Es liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres vor.

## *Ausblick:*

### **Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Die Prognosen zum Weltwirtschaftswachstum im Jahr 2006 sind allgemein positiv. Zunehmend werden jedoch Stimmen lauter, welche auf eine Reihe von tiefgehenden strukturellen Ungleichgewichten und Spannungen hinweisen, die zu einer Eintrübung des Optimismus und somit zu sinkendem Wachstum führen können. Hier werden die zunehmende Verschuldung der USA, die anhaltend hohen Preise für Rohstoffe wie Erdöl und Gas als auch die in den letzten Jahren in einigen Regionen drastisch gestiegenen Immobilienpreise genannt.

Bei den Konjunkturaussichten für den EURO-RAUM sind die Prognosen gleichwohl optimistisch. Die Experten erwarten ein Wachstum von 1,9 %, was ein deutliches Plus gegenüber den 1,4 % im Jahr 2005 wäre. Für 2007 sind die Prognosen ebenfalls optimistisch, obwohl diese Einschätzung längst nicht von allen Ökonomen geteilt wird.

Die Aussichten für die Konjunktur in Deutschland sind für das Jahr 2006 nach wie vor günstig. Volkswirte und Institute erwarten für das Jahr 2006 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 bis 2 Prozent in Deutschland. Für das Jahr 2007 prognostizieren sie jedoch wieder eine Abschwächung, weil dann die erwarteten positiven Impulse durch die Fußball-Weltmeisterschaft entfallen und weil die Verbrauchsausgaben fehlen werden, die im Jahr 2006 vor der Mehrwertsteuererhöhung wohl vorgezogen werden. Um einen anhaltenden Aufschwung sicherzustellen, müsse sich an der entscheidenden Schwachstelle der deutschen Wirtschaft - dem schlechten Konsum als Folge moderat wachsender Einkommen und einer hohen Sparquote - etwas Entscheidendes ändern.

Die Energiebranche steht vor einem strukturellen Wandel. Durch das Inkrafttreten des „Zweiten Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechtes“ erwartet die Branche nach Umsetzung der rechtlichen Entflechtung eine weitere Konsolidierung in einzelnen Wertschöpfungsstufen.

Der Deutsche Kraftwerkspark veraltet kontinuierlich, die russische Regierung hat im Streit mit der Ukraine erstmalig den Energieträger Erdgas als Druckmittel eingesetzt, die Politik hat die Notwendigkeit einer strukturellen Energiepolitik noch immer nicht erkannt. All dies hat im ersten Halbjahr 2006 zu weiter ansteigenden Strompreisen an der Strombörse (EEX) in Leipzig geführt.

Die Debatte um eine Verlängerung der Laufzeiten für die vorhandenen Atomkraftwerke wird wieder kontrovers geführt. Bis 2007, so der politische Wille und das Ergebnis eines Energiegipfels im Bundeskanzleramt Anfang April 2006 in Berlin, soll ein nationales Energiekonzept bis 2020 entstehen, das die Abhängigkeit von Energieimporten verringern, die steigenden Preise stoppen und die umweltpolitischen Herausforderungen des Klimaschutzes in den Blick nehmen soll.

In Bezug auf die noch nicht genehmigten Netzentgelte der OVAG zeichnet sich ab, dass das Gesetz und die dazugehörigen Verordnungen durch die Bundesnetzagentur und die jeweiligen Landesregulierungsbehörden eng ausgelegt werden.

Ein im März 2006 veröffentlichtes Positionspapier der Regulierungsbehörden zur Auslegung des Gesetzes und Verordnungstextes macht dies deutlich. Insbesondere zeichnet sich ab, dass die Regulierungsbehörden den über Jahre hinweg bewährten kommunalen steuerlichen Querverbund in Frage stellen. Weiterhin wird die fiktive Verrechnung von Abschreibungen zurück bis zur Anschaffung eines Wirtschaftsgutes gefordert, welche bereits Jahrzehnte zurück liegen kann, um Restwerte abzuleiten, was zu einer erheblichen Minderung der kalkulatorischen Abschreibungen und des betriebsnotwendigen Eigenkapitals führt. Außerdem planen die Regulierungsbehörden, die Berechnung der Verzinsung des Eigenkapitals und dem nach Auffassung der Regulierungsbehörden nicht zulässigen Ansatz der Bewertung bestimmter Anlagegüter vorzuschreiben. Dies alles führt zu einer erheblichen Absenkung der Erlöse der Versorgungsunternehmen, - und dies nach dem Willen der zuständigen Regulierungsbehörden voraussichtlich rückwirkend - was die Ergebnisse im Geschäftsjahr 2006 noch stärker belasten wird.

Die kommunalen Eigentümer der Energieversorger haben erbitterten Widerstand gegen die geplanten Kürzungen angekündigt, so dass den Unternehmen der Branche voraussichtlich jahrelange Gerichtsprozesse ins Haus stehen. Dies gilt gleichfalls für die OVAG.

Im Vergleich zu anderen Ländern der Europäischen Union gibt es in Deutschland rund 1.100 Stromversorger. Auf der einen Seite fordert die Europäische Union einen liberalisierten Energiemarkt, andererseits wird die Monopolbildung mit politischen Entscheidungen weiter gefördert. Bestes Beispiel ist die Entscheidung des hessischen Wirtschaftsministers Herrn Dr. Rhiel, die für das Jahr 2006 beantragten Preiserhöhungen

im allgemeinen Tarif (ovag Energie AG: in Höhe von 4,6 %) zunächst nicht zu genehmigen. Hiermit wurde gerade die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen hessischen Stromversorger geschwächt und der in den vergangenen Jahren mühevoll entstandene Wettbewerb in der Endkundenversorgung jäh ausgebremst. Auf Grund der im Jahresverlauf 2005 stark gestiegenen Strombeschaffungskosten können die Versorger keine kostendeckende Versorgung der Tarifkunden durchführen, müssen jedoch die gestiegenen Beschaffungskosten an die Erzeuger entrichten. Hier ist anzumerken, dass ein Großteil der Erzeugungskapazitäten in der Hand der großen Versorger E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW liegt, so dass diese Versorger indirekt keine Einbußen hinnehmen müssen. Den hessischen Unternehmen wurde im Vergleich zu den Unternehmen anderer Bundesländer ein ganzes Stück an Wettbewerbsfähigkeit genommen.

Die ovag Energie AG hat im Rahmen des einstweiligen Rechtsschutzes beim Verwaltungsgericht in Gießen gegen die Entscheidung des Hessischen Wirtschaftsministers im Januar 2006 Klage erhoben. Durch Beschluss vom 14. Februar 2006 wurde der einstweilige Rechtsschutz durch das Gericht verwehrt und auf das Hauptsacheverfahren verwiesen. Derzeit prüft die ovag Energie AG die Einleitung weiterer juristischer Schritte.

Die Auswirkungen der voraussichtlichen Kürzung von Regionalisierungsmitteln des Bundes im öffentlichen Personennahverkehr sowie geplante Veränderungen im Einnahmenaufteilungsverfahren im Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) sowie eine Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Land Hessen und der RMV GmbH werden aller Voraussicht nach erhebliche Auswirkungen auf die Betriebskostenzuschüsse der VGO haben.

Da das Geschäft, insbesondere bei der Dienstleistung Netznutzung und dem allgemeinen Stromtarif, stark von politischen und regulatorischen Einflüssen abhängig ist, rechnen OVAG und ovag Energie AG mit starken Ertragseinbußen. Als Folge ist für die Gesellschafter mit stark verminderten Gewinnausschüttungen zu rechnen. Derzeit gehen wir jedoch davon aus, die für das Jahr 2006 prognostizierten Verluste der Verkehrsgesellschaften auszugleichen und darüber hinaus eine - wenn auch wesentlich geringere - Gewinnausschüttung an den ZOV vornehmen zu können.

Die erwirtschafteten Erträge kommen der Region Oberhessen und somit allen ihren Einwohnern zugute. Wir werden uns weiterhin mit großem Engagement für den Unternehmenserfolg einsetzen und sind zuversichtlich, auch zukünftig einen wichtigen Beitrag für die Region leisten zu können.

## **Oberhessische Versorgungsbetriebe Aktiengesellschaft - OVAG**



Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg  
Tel.: 06031 / 82-0 - Fax: 06031 / 82-1332  
E-Mail: servicecenter@ovag.de  
www.ovag.de

---

### **Unternehmenszweck**

Versorgung mit Energie (ab 2002 als Netzbetreiber) und Wasser sowie die Übernahme von Entsorgungsaufgaben.

Betreiben des Stromversorgungsnetzes im Wetteraukreis, Vogelsbergkreis und Landkreis Gießen sowie Versorgung der Verbraucher mit Wasser und Wärme. Weiterhin vielfältige Dienstleistungen im energiewirtschaftlichen Sektor.

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Ver- und Entsorgung

### **Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises**

*Beteiligung seit:* 1972

*Anteile in %:* 32,1 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Ver- und Entsorgung

### **Organe des Unternehmens**

#### *Aufsichtsrat:*

Rolf Gnadt - Vorsitzender

**Dr. Hans Heuser** - stellv. Vorsitzender

Heidrun Hublitz - stellv. Vorsitzende

Gerhard Becker

Wolfgang Brehm

**Herbert Diestelmann**

Wallfried Eich

Gunter Endmann

Axel Finkeldey

**Manfred Görig**

Bertram Huke

Hans-Jürgen Jung

Edgar Lauer

Dr. Ulrich Lenz

**Rudolf Marx**

Wilhelm Marx

Bernd Schöhr

Ralf-Rüdiger Stamm

*Vorstand:*

Hans-Ulrich Lipphardt Vorstandsvorsitzender	Recht und Personal Informationstechnologie Materialwirtschaft Wasserbereich Leitung Strombetrieb
Rainer Schwarz Finanzvorstand	Controlling & Revision Stromerzeugung Finanz- und Rechnungswesen Netzservice

*Geschäftsführung:* Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt, Vorsitzender  
Hans-Ulrich Lipphardt, Jurist

**Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

<i>Rechtsform:</i>	AG
<i>Gründungsdatum:</i>	1972
<i>Satzung:</i>	Fassung vom 10.08.2001 - zuletzt geändert in den §§ 8, 13 und 16 mit Beschluss der Hauptversammlung vom 1.03.2005 (Eintragung in das Handelsregister am 12.04. u. 21.06.2005)
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg, HRB 138
<i>Stammkapital:</i>	100.000.000,00 €
<i>Gesellschafter:</i>	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH - OVVG 100 %
<i>Beteiligungen:</i>	hessenENERGIE GmbH - 100 % hessenWIND VI GmbH & Co. KG - 100 % hessenWIND IV GmbH & Co. KG - 97 % ASO Abwasserservice Oberhessen AG - 51 % Kraft-Wärme Oberschmitten GmbH - 50 % LWU Labor für Wasser- und Umwelthygiene - 50 % Oberhessische Gasversorgung GmbH - 50 % hessenWIND V GmbH & Co. KG - 47,71 % Windenergiepark Vogelsberg GmbH - 100 %

## Bilanz des Unternehmens

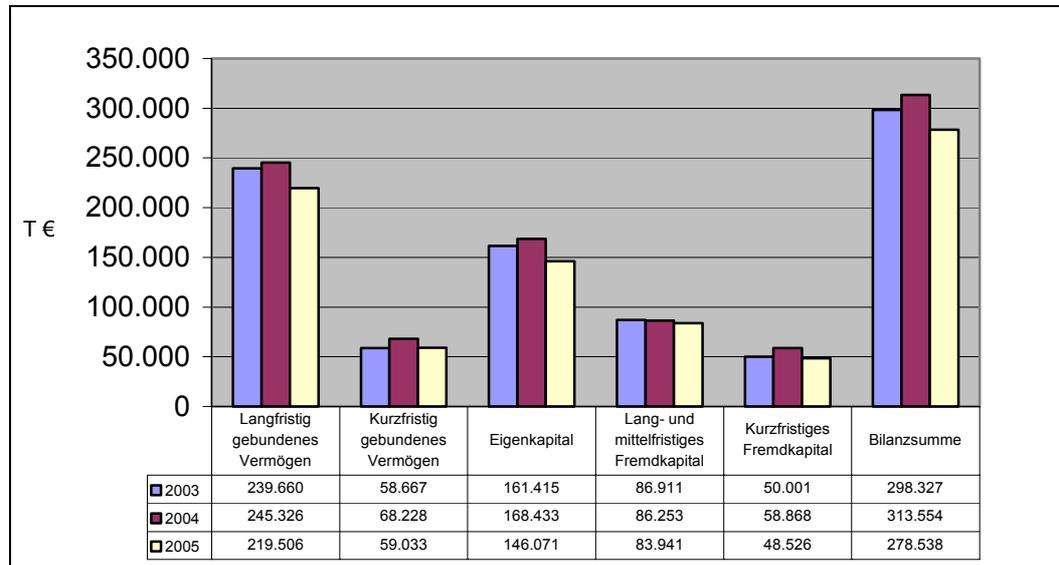
<b>AKTIVA</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>	<b>PASSIVA</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>		<b>€</b>	<b>€</b>
<b>Anlagevermögen</b>			<b>Eigenkapital</b>		
Immaterielle Vermögensgegenstände	11.269.280,05	12.789.739,58	Gezeichnetes Kapital	100.000.000,00	100.000.000,00
Sachanlagen	125.369.371,27	127.197.237,22	Kapitalrücklage	25.011.193,18	25.011.193,18
Finanzanlagen	82.867.003,93	105.339.193,92	Andere Gewinnrücklagen	21.060.293,39	43.421.513,46
	<b>219.505.655,25</b>	<b>245.326.170,72</b>	Bilanzgewinn	0,00	0,00
<b>Umlaufvermögen</b>				<b>146.071.486,57</b>	<b>168.432.706,64</b>
Vorräte	1.439.786,87	1.347.871,92	<b>Sonderposten mit Rücklageanteil</b>	1.354.159,27	1.445.498,23
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.044.489,74	27.037.814,49	<b>Investitions- und Baukostenzuschüsse</b>	39.261.704,00	40.779.666,00
Sonstige Wertpapiere	0,00	5.166.633,72	<b>Rückstellungen</b>	67.107.735,22	66.047.444,00
Flüssige Mittel	40.243.572,55	34.364.035,13	<b>Verbindlichkeiten</b>	24.521.506,71	36.847.554,24
	<b>58.727.849,16</b>	<b>67.916.355,26</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	221.776,38	813,45
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>304.863,74</b>	<b>311.156,58</b>			
	<b>278.538.368,15</b>	<b>313.553.682,56</b>		<b>278.538.368,15</b>	<b>313.553.682,56</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung

	2005 €	2004 €
Umsatzerlöse	147.473.613,82	147.087.326,70
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Leistungen	-14.841,07	4.617,44
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.735.561,16	2.018.343,61
Sonstige betriebliche Erträge	7.388.393,01	8.156.408,34
	<u>156.582.726,92</u>	<u>157.266.696,09</u>
Materialaufwand	64.450.984,07	60.563.653,21
Personalaufwand	29.331.405,36	29.022.432,11
Abschreibungen	18.025.742,98	18.546.536,13
Sonstige betriebliche Aufwendungen	21.033.617,78	23.485.435,97
	<u>23.740.976,73</u>	<u>25.648.638,67</u>
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0,00	2.000.000,00
Erträge aus Beteiligungen	324.000,00	252.000,00
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.168.496,14	847.917,26
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.625.453,68	1.242.424,48
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	202.250,00	216.083,40
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	502.130,25	221.661,28
	<u>502.130,25</u>	<u>221.661,28</u>
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>26.154.546,30</b>	<b>29.553.235,73</b>
Außerordentliche Aufwendungen	188.721,33	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.030.635,00	9.922.575,40
Sonstige Steuern	96.410,04	113.010,13
Auf Grund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn	8.600.000,00	12.500.000,00
	<u>8.600.000,00</u>	<u>12.500.000,00</u>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>6.238.779,93</b>	<b>7.017.650,20</b>
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-6.238.779,93	5.500.000,00
	<u>-6.238.779,93</u>	<u>5.500.000,00</u>
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

## Ausgewählte Kennzahlen

### Vermögens- und Finanzlage 2003 - 2005



### Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:*

Siehe Lagebericht

*Ertragslage des Unternehmens:*

Jahresüberschuss 6.238.779 €

*Kreditaufnahmen:*

keine

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:*

keine

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den :  
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die  
Haushaltswirtschaft*

keine

### Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

*Begründung:* Ver- und Entsorgung

### Auszug aus dem Lagebericht

*Lage der Gesellschaft:*

### Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Trotz des kräftigen Anstieges der Ölpreise hat sich der Aufschwung der Weltwirtschaft im Laufe des Jahres 2005 verstärkt. Die Eigendynamik sowohl in den Industrieländern als auch der übrigen Welt konnte sich bei anhaltend expansiv ausgerichteter Geldpolitik weiter festigen.

Das Wirtschaftsklima im Euroraum ist nach anfänglicher Abschwächung im vierten Quartal angestiegen.

In Deutschland war das Wirtschaftswachstum 2005 nach Aussage des Statistischen Bundesamtes hauptsächlich exportgetragen. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt hat sich nach ersten Berechnungen im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um 0,9 % (VJ. 1,6 %) erhöht. Berücksichtigt man die geringere Anzahl an Arbeitstagen im Jahr 2005 gegenüber dem Jahr 2004, ergibt sich für das Jahr 2005 eine Steigerung um 1,1 %, die der bereinigten Steigerung für 2004 entspricht.

Auf dem Arbeitsmarkt hat die wenn auch moderate konjunkturelle Erholung bisher kaum Impulse gezeigt. Die Zahl der im Jahresdurchschnitt als arbeitslos registrierten Personen lag in 2005 bei 4,863 Mio. (VJ 4,381 Mio.). Die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen lag im Jahresdurchschnitt bei 11,7 %.

Die Konjunktur in den Landkreisen Gießen, Vogelsberg- und Wetteraukreis zog nach einer Konjunkturumfrage der IHK im 4. Quartal 2005 an. Die wirtschaftliche Situation der Region hat sich erfreulich verbessert. Die Inlandsnachfrage beginnt langsam den starken Export in der Industrie zu stützen. Auch im Baugewerbe hat sich die Stimmung, wenn auch auf niedrigem Niveau, gebessert. Der Einzelhandel berichtet von keiner weiteren Verschlechterung und das Finanz- und Kreditgewerbe ist sorgenfrei. Einzig das Verkehrsgewerbe befindet sich in Rezession.

## **Branchenentwicklung**

### **Energie- / Strommarkt**

Der Bruttostromverbrauch in Deutschland stieg um rund 0,3 % von 608,6 TWh im Jahr 2004 auf 610,5 TWh im Jahr 2005. Die inländische Stromerzeugung betrug 619,0 TWh und lag somit 0,5 % über dem Vorjahr. Wichtigste Säulen der Erzeugung bilden die Kernenergie (26,3 %) gefolgt von Braunkohle (25 %), Steinkohle (21,7 %) und Erdgas (11,3 %). Der grenzüberschreitende Stromhandel hat weiter zugenommen. So wurden im Jahr 2005 53,4 TWh importiert und 61,9 TWh Strom exportiert.

Die Strompreise stiegen im Jahresverlauf an der European energy exchange (EEX) - Strombörse in Leipzig - von 34,-- €/MWh am 03.01.2005 für die Grundlastlieferung (Base) für das Jahr 2006 auf 53,36 €/MWh am 28. Dezember 2005. So stieg am Spotmarkt der EEX der Durchschnittspreis (Phelix Day Base) von 28,52 €/MWh im Jahr 2004 auf 45,98 €/MWh im Jahr 2005. Der Preisanstieg ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Brennstoffeinsatzkosten zur Stromerzeugung und die zum 01. Januar 2005 erfolgte Einführung des CO<sub>2</sub>-Emissions-Zertifikate-Handels zurückzuführen. Die Verbrauchssteuereinnahmen des Bundes aus dem Verkauf von Elektrizität beliefen sich im Jahr 2005 auf rund 6,5 Mrd. €.

Auf Grund der gestiegenen Beschaffungskosten waren gegen Jahresende viele Stromversorger in der Bundesrepublik gezwungen, Anträge zur Genehmigung höherer allgemeiner Stromtarife bei den jeweils zuständigen Landesbehörden zu stellen. Diese

Anträge wurden in den einzelnen Bundesländern, entgegen der Praxis der vergangenen Jahre, unterschiedlich beschieden; in Hessen wurden die Anträge komplett abgelehnt.

Im Jahr 2005 wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Branche erheblich verändert. Am 12. Juli 2005 wurde das Zweite Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechtes im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, das einen Tag später in Kraft trat. Kurz darauf wurden die Verordnungen über die Entgelte für den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen (Stromnetzentgeltverordnung - StromNEV), über den Zugang zu Elektrizitätsversorgungsnetzen (Stromnetzzugangsverordnung - StromNZV), über die Entgelte für den Zugang zu den Gasversorgungsnetzen (Gasnetzentgeltverordnung - GasNEV) und über den Zugang zu Gasversorgungsnetzen (Gasnetzzugangsverordnung - GasNZV) veröffentlicht, die am 25. Juli 2005 in Kraft traten.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes und der obigen Verordnungen erfolgte der Übergang vom verhandelten zum regulierten Netzzugang. Dies bedeutet, dass die Bedingungen für den Netzzugang und die Entgelte nicht mehr durch die Marktteilnehmer selbst vereinbart werden, sondern durch Gesetze und Verordnungen geregelt sind. Diese werden gegebenenfalls durch Entscheidungen der Bundesnetzagentur ergänzt und durchgesetzt.

Kernelement des Gesetzes sind die Bestimmungen zur gesellschaftsrechtlichen und operationellen Entflechtung des Netzbetriebes von anderen Tätigkeitsbereichen der Energieversorgung. Danach sind Netzbetreiber unter bestimmten Bedingungen in rechtlich selbstständige Einheiten zu überführen bzw. wie eigenständige Unternehmen innerhalb der Gesamtunternehmung zu führen.

Zukünftig sieht das Gesetz eine Genehmigungspflicht für die zur Nutzung der Strom bzw. Gasnetze zu entrichtenden Entgelte (Netzentgelte) vor. Dafür soll die derzeitige Genehmigungspflicht der allgemeinen Tarife zu einem späteren Zeitpunkt wegfallen.

Für die Durchführung und Überwachung der Regulierung ist die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen in Bonn zuständig. Daneben weist das Gesetz den Landesregulierungsbehörden einzelne Zuständigkeiten zu.

Weiterhin ist am 30. September 2005 das „Gesetz zur Einführung der projektbezogenen Mechanismen nach dem Protokoll von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und zur Änderung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes“ in Kraft getreten.

## **Wassermarkt**

Der Schwerpunkt der wasserwirtschaftlichen Diskussion findet nach wie vor auf europäischer Ebene statt. Am 14. April 2005 hat das nach den Europawahlen im Jahr 2004 neu zusammengesetzte Europäische Parlament der Liberalisierung der Wasser- / Abwasserwirtschaft in Kontinuität zu früheren Entschlüssen erneut eine Absage erteilt. Demgegenüber wird kommissionsseitig die Verwirklichung des Modells „Wettbewerb um den Markt“ verfolgt. Hier geht es nicht um die Liberalisierung des Infrastrukturbereiches, sondern um eine kontinuierliche Ausweitung und Verschärfung von Ausschrei-

bungspflichtigen aller kommunaler Infrastrukturleistungen. Dies wird insbesondere durch diverse Entscheidungen des EuGH deutlich, die neben der Inhouse-Problematik die Bildung und Beauftragung interkommunaler Kooperationen auf Basis der Landesgesetze über kommunale Gemeinschaftsarbeit als auch die Erteilung von Dienstleistungskonzessionen zum Gegenstand haben und zugleich wesentlich einschränken.

Auf nationaler Ebene ist positiv zu vermerken, dass in dem am 11. November 2005 geschlossenen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD aus wasserwirtschaftlicher Sicht erfreuliche Eckpunkte hervorgehen. Insbesondere sollen die Kommunen auch in Zukunft eigenständig über die Organisation der Wasser- und Abwasserversorgung entscheiden können. Das Umsatzsteuerprivileg für die Abwasserentsorgung soll beibehalten werden.

### **Contracting**

Im Rahmen der Diskussion um Public Private Partnership (PPP) auch Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) genannt, nimmt die Bedeutung von Contracting stetig zu. Der Begriff bezieht sich insbesondere auf die Bereitstellung von Wärme, Kälte, Strom, Dampf, Druckluft usw. durch ein darauf spezialisiertes Dienstleistungsunternehmen.

### **Unternehmensentwicklung**

Die Entwicklung unseres Unternehmens verlief im Jahr 2005 weiter positiv.

Die OVAG unterliegt seit dem Inkrafttreten des neuen Energiewirtschaftsgesetzes der Regulierung durch die Bundesnetzagentur. Die grundlegenden Weichen für die Umsetzung der aus der Novellierung des Energiewirtschaftsrechtes hervorgegangenen Anforderungen, insbesondere dem durchzuführenden Unbundling, wurden gestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Zeiträume zur Abgabe diverser Unternehmensdaten und die Beantragung der Netznutzungsentgelte konnten eingehalten werden.

Im Rahmen der durch die Energierechtsnovelle umzusetzenden Entflechtungsbestimmungen zur Sicherstellung der Trennung des Netzbetriebes von anderen Tätigkeitsbereichen der Energieversorgung wurden die Anteile an der ovag Energie AG mit Wirkung zum 01. Januar 2005 an die OVVG übertragen. Die Übertragung wurde am 22. September 2005 in das Handelsregister der OVVG (HRB 1552) beim Amtsgericht Friedberg eingetragen.

Die Sparte Contracting der OVAG konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter wachsen. Im Jahr 2005 wurden drei weitere Wärmecontractingprojekte sowie sieben Photovoltaikprojekte erfolgreich abgeschlossen.

Die Bestrebungen, das Wassergeschäft auszuweiten, konnte im Jahr 2005 erste Früchte tragen. Die OVAG hat den Auftrag für die Betriebsführung von zwei Leitungsnetzen, die von dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) übernommen wurden, erhalten.

Beim Tochterunternehmen Oberhessische Gasversorgung GmbH verlief das Jahr 2005 zufriedenstellend. Die durch das In-Kraft-Treten des EnWG kurzfristig umzusetzenden Maßnahmen wurden erfolgreich umgesetzt. Die Frage, ob die Gesellschaft auf Grund der

Beteiligung der MAINOVA bis zum 01. Juli 2007 ein Unbundling durchzuführen hat, konnte im abgelaufenen Jahr nicht endgültig geklärt werden. Gegebenenfalls sind hier entsprechende Zugeständnisse einzelner Gesellschafter notwendig.

Das Geschäft der hessenENERGIE Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH, welche neben dem Betrieb von Windparks im wesentlichen Beratungs- und Contractingleistungen erbringt, unterliegt auftragsbezogenen Schwankungen. Im Jahr 2005 verlief das Geschäft im Rahmen der Erwartungen.

Die sonstigen Beteiligungen entwickelten sich im Rahmen der Erwartungen.

## **Darstellung der Lage**

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der OVAG wird im Wesentlichen durch witterungsbedingte Absatzschwankungen sowie politische und regulatorische Entscheidungen bestimmt.

## **Vermögens- und Finanzlage**

Die Bilanzsumme verminderte sich von 313,55 Mio. € um 35,01 Mio. € auf 278,54 Mio. €.

Das Anlagevermögen hat sich im Berichtsjahr von 245,33 Mio. € um 25,82 Mio. € auf 219,51 Mio. € reduziert. Bei den immateriellen Vermögensgegenständen ist ein Rückgang von 1,52 Mio. € zu verzeichnen. Dieser ist insbesondere auf die zeitanteilige Abschreibung eines Geschäfts- oder Firmenwertes aus dem Kauf des Gruppenwasserwerkes Laubach-Lauter im Jahr 2002 zurückzuführen.

Die Finanzanlagen verminderten sich um 22,47 Mio. € von 105,34 Mio. € auf 82,87 Mio. €. In erster Linie ist dies auf das durch das nach neuem EnWG notwendige rechtliche Unbundling zurückzuführen. Im Rahmen dieser Aktivitäten mussten die Anteile der OVAG an der ovag Energie AG innerhalb des Konzerns auf die OVVG übertragen werden. Weiterhin wurde die Hof Groß GmbH auf die OVAG verschmolzen.

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen belaufen sich im Geschäftsjahr auf 15,75 Mio. € (VJ 17,59 Mio. €). Hiervon wurden 7,20 Mio. € im Bereich der Stromverteilung (VJ 9,05 Mio. €) investiert. In den sonstigen Geschäftsbereichen Wasser und Dienstleistungen beliefen sich die Investitionen auf 8,55 Mio. € (VJ 8,54 Mio. €).

Das Umlaufvermögen ist von 67,92 Mio. € um 9,19 Mio. € auf 58,73 Mio. € zurückgegangen. Das Vorratsvermögen ist geringfügig angestiegen. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben um 9,99 Mio. € abgenommen. Dies ist insbesondere mit einem Rückgang der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen durch die Übertragung

der Anteile der OVAG an der ovag Energie AG im Rahmen des rechtlichen Unbundling zu begründen. Die sonstigen Wertpapiere wurden vollständig aufgelöst. Die Flüssigen Mittel stiegen im Berichtszeitraum um 5,88 Mio. € an.

Die Rückstellungen sind von 66,05 Mio. € um 1,06 Mio. € auf 67,11 Mio. € angestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf den Anstieg der sonstigen Rückstellungen, insbesondere den Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen, zurückzuführen.

Bei den Verbindlichkeiten war im Berichtsjahr ein Rückgang von 36,85 Mio. € um 12,33 Mio. € auf 24,52 Mio. € zu verzeichnen. Der Rückgang resultiert aus den um 3,9 Mio. € niedrigeren Ansprüchen des Gesellschafters OVVG aus der Gewinnabführung. Zudem waren hier im Vorjahr Verbindlichkeiten gegenüber der OVVG aus Gewerbesteuer für die Veranlagungszeiträume 2001 - 2004 enthalten, die in 2005 von der OVAG erstattet wurden.

Die Eigenkapitalquote liegt bei 52,44 % (VJ 53,72 %). Die Anlagendeckung betrug am Bilanzstichtag 66,55 % (VJ 68,66%).

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug am Bilanzstichtag 39,3 Mio. €.

## Ertragslage

Die Ertragslage kann im Wesentlichen durch einige Eckdaten im Zweijahresvergleich dargestellt werden.

	2005 Mio. €	2004 Mio. €	Veränd. Mio. €
Umsatzerlöse netto	147,47	147,09	0,38
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	26,16	29,55	-3,39

Die Umsatzerlöse sind geringfügig von 147,09 Mio. € um 0,38 Mio. € auf 147,47 Mio. € gestiegen. Die anderen aktivierten Eigenleistungen sind um 0,28 Mio. € gesunken. Ebenso sind die sonstigen betrieblichen Erträge leicht um 0,79 Mio. € zurückgegangen. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge ist auf Sondereinflüsse im Vorjahr zurückzuführen.

Der Materialaufwand ist um 3,89 Mio. € gestiegen. Dies ist zum einen auf einen erhöhten Bezug an Gas für Wärmelieferungen in Verbindung mit der Ausweitung der Contracting Aktivitäten sowie auf den gestiegenen Aufwand aus Stromeinspeisungen nach dem EEG/KWK-G zurückzuführen.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,31 Mio. € gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf eine Tarifierhöhung zum 01. Juli 2005 sowie über die natürliche Fluktuation hinausgehende Neueinstellungen - teilweise auf die temporäre Parallelbesetzung bis zum altersbedingten Ausscheiden von Mitarbeitern - zurückzuführen.

Die Abschreibungen sind im Berichtszeitraum um 0,52 Mio. € zurückgegangen. Dies ist zum einen auf die Senkung der degressiven Abschreibung von 30 % auf 20 % und zum anderen auf die geringeren Gesamtinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen.

Im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages werden 8,60 Mio. € (Vj. 12,50 Mio. €) an die OVVG abgeführt. Der verbleibende Jahresüberschuss wird in voller Höhe den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

### **Strom- und Wasserzahlen**

Nutzung	2005	2004
	Mio. kWh	Mio. kWh
ovag Energie AG	1.484.392.291	1.599.743.489
sonstige Händler / Weiterverteiler	540.288.615	454.446.835
Eigenverbrauch	20.744.095	20.649.836
<b>Gesamt</b>	<b>1.045.425.001</b>	<b>2.074.840.160</b>

Die nutzbare Wasserabgabe hat sich von 34,44 Mio. m<sup>3</sup> auf 34,50 Mio. m<sup>3</sup> erhöht. Es wurden 127 Städte, Gemeinden sowie Stadt- und Ortsteile mit Wasser versorgt.

### **Risikobericht**

Neben dem zunehmenden Wettbewerb, unkalkulierbaren politischen Motiven, dem Wandel der Energiemärkte und dem sich ändernden Rechtsrahmen ist die OVAG einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt.

Um die Gewinnchancen und die Verlustrisiken optimal zu bewerten, gegeneinander abzuwägen und in die Entscheidungsprozesse des Konzerns einzubeziehen, hat die OVAG ein umfassendes Risikomanagementsystem implementiert. Die Risiken werden systematisch erfasst und in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Maß der Risiken bewerten und handhaben zu können.

Das Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG). Die Risiken werden mit ihrer potentiellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Entscheidungsträger werden in vierteljährlichem Rhythmus umfassend über festgestellte Risiken und deren mögliche Auswirkungen informiert.

Den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Aus dem Betrieb des Versorgungsnetzes entstehen Risiken durch eingesetzte Technik und Personal sowie höhere Gewalt wie z.B. Wettereinflüsse. Diesen begegnen wir durch die permanente Aus- und Weiterbildung unseres Personals sowie hoher Sicherheitsstandards und permanenten Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. In wirt-

schaftlich sinnvollem Rahmen werden die Betriebsrisiken durch Versicherungen begrenzt.

Der Wandel des politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeldes führt zu erheblichen Risiken für das Unternehmen. Insbesondere durch die Regulierung im Netzbereich bestehen Ergebnisrisiken. Hierbei besteht allerdings naturgemäß noch Ungewissheit über die Höhe der konkreten Effekte durch die Regulierung. Wir streben an diese negativen Auswirkungen durch Maßnahmen zur Effizienzverbesserung und Kostensenkung zumindest teilweise zu kompensieren.

Durch den Betrieb der IT zur Unterstützung der Geschäftsprozesse entstehen weitere Risiken. Diesen wird durch betriebsinterne Sicherheitsmaßnahmen und dem Einsatz aktueller Software sowie entsprechenden Schulungen des Personals entgegengewirkt.

Wegen des Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung sind Investitions- und Desinvestitionsprojekte mit Chancen und Risiken verbunden. Vorbereitung und Umsetzung solcher Projekte folgen daher einem internen Genehmigungsprozess. Aufgrund genehmigungsrechtlicher Risiken im Bereich Wasserrechte, Netznutzungsentgelte etc. kann es zu Beeinträchtigungen kommen. Wir beugen diesem Risiko, soweit möglich, durch sorgfältige Vorbereitung und Begleitung der Genehmigungsanträge vor.

## **Personal**

Die Mitarbeiterzahl der OVAG beträgt im Jahresdurchschnitt 392 (VJ 386) ohne Auszubildende, Reinigungskräfte, Praktikanten und Aushilfen.

Dazu kommen nochmals durchschnittlich 46 Auszubildende. Die Ausbildungsquote lag somit bei rund 11,73 %.

## **Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres**

Es liegen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres vor.

### *Ausblick:*

## **Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Die Prognosen zum Weltwirtschaftswachstum im Jahr 2006 sind allgemein positiv. Zunehmend werden jedoch Stimmen lauter, welche auf eine Reihe von tiefgehenden strukturellen Ungleichgewichten und Spannungen hinweisen, die zu einer Eintrübung des Optimismus und somit zu sinkendem Wachstum führen können. Hier werden die zunehmende Verschuldung der USA, die anhaltend hohen Preise für Rohstoffe wie Erdöl und Gas als auch die in den letzten Jahren in einigen Regionen drastisch gestiegenen Immobilienpreise genannt.

Bei den Konjunkturaussichten für den EURO-RAUM sind die Prognosen gleichwohl optimistisch. Die Experten erwarten ein Wachstum von 1,9 %, was ein deutliches Plus gegenüber den 1,4 % im Jahr 2005 wäre. Für 2007 sind die Prognosen ebenfalls optimistisch, obwohl diese Einschätzung längst nicht von allen Ökonomen geteilt wird.

Die Aussichten für die Konjunktur in Deutschland sind für das Jahr 2006 nach wie vor günstig. Volkswirte und Institute erwarten für das Jahr 2006 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 bis 2 Prozent in Deutschland. Für das Jahr 2007 prognostizieren sie jedoch wieder eine Abschwächung, weil dann die erwarteten positiven Impulse durch die Fußball-

Weltmeisterschaft entfallen und weil die Verbrauchsausgaben fehlen werden, die im Jahr 2006 vor der Mehrwertsteuererhöhung wohl vorgezogen werden. Um einen anhaltenden Aufschwung sicherzustellen, müsse sich an der entscheidenden Schwachstelle der deutschen Wirtschaft - dem schlechten Konsum als Folge moderat wachsender Einkommen und einer hohen Sparquote - etwas Entscheidendes ändern.

Die Energiebranche steht vor einem strukturellen Wandel. Durch das Inkrafttreten des „Zweiten Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechtes“ erwartet die Branche nach Umsetzung der rechtlichen Entflechtung eine weitere Konsolidierung in einzelnen Wertschöpfungsstufen.

Der Deutsche Kraftwerkspark veraltet kontinuierlich, die russische Regierung hat im Streit mit der Ukraine erstmalig den Energieträger Erdgas als Druckmittel eingesetzt, die Politik hat die Notwendigkeit einer strukturellen Energiepolitik noch immer nicht erkannt. All dies hat im ersten Quartal 2006 zu weiter ansteigenden Strompreisen an der Strombörse (EEX) in Leipzig geführt.

Die Debatte um eine Verlängerung der Laufzeiten für die vorhandenen Atomkraftwerke wird wieder kontrovers geführt. Bis 2007, so der politische Wille und das Ergebnis eines Energiegipfels im Bundeskanzleramt Anfang April 2006 in Berlin, soll ein nationales Energiekonzept bis 2020 entstehen, das die Abhängigkeit von Energieimporten verringern, die steigenden Preise stoppen und die umweltpolitischen Herausforderungen des Klimaschutzes in den Blick nehmen soll.

Im Vergleich zu anderen Ländern der Europäischen Union gibt es in Deutschland rund 1.100 Stromversorger. Auf der einen Seite fordert die europäische Union einen liberalisierten Energiemarkt, andererseits wird die Monopolbildung mit politischen Entscheidungen weiter gefördert.

In Bezug auf die noch nicht genehmigten Netzentgelte zeichnet sich ab, dass das Gesetz und die dazugehörigen Verordnungen durch die Bundesnetzagentur und die jeweiligen Landesregulierungsbehörden eng ausgelegt werden.

Ein im März 2006 veröffentlichtes Positionspapier der Regulierungsbehörden zur Auslegung des Gesetzes und Verordnungstextes macht dies deutlich. Insbesondere zeichnet sich ab, dass die Regulierungsbehörden den über Jahre hinweg bewährten, kommunalen steuerlichen Querverbund in Frage stellen. Weiterhin wird die fiktive Verrechnung von Abschreibungen zurück bis zur Anschaffung eines Wirtschaftsgutes gefor-

dert, welche bereits Jahrzehnte zurück liegen kann, um Restwerte abzuleiten, was zu einer erheblichen Minderung der kalkulatorischen Abschreibungen und des betriebsnotwendigen Eigenkapitals führt. Außerdem planen die Regulierungsbehörden, die Berechnung der Verzinsung des Eigenkapitals und dem nach Auffassung der Regulierungsbehörden nicht zulässigen Ansatz der Bewertung bestimmter Anlagegüter vorzuschreiben. Dies alles führt zu einer erheblichen Absenkung der Erlöse der betroffenen Versorgungsunternehmen, - und dies nach dem Willen der zuständigen Regulierungsbehörden voraussichtlich rückwirkend - was die Ergebnisse im Geschäftsjahr 2006 noch stärker belasten wird.

Die kommunalen Eigentümer der Energieversorger haben erbitterten Widerstand gegen die geplanten Kürzungen angekündigt, so dass den Unternehmen der Branche voraussichtlich jahrelange Gerichtsprozesse ins Haus stehen. Dies gilt gleichfalls für die OVAG.

Da das Geschäft, insbesondere bei der Dienstleistung Netznutzung, stark vom politischen und regulatorischen Einfluss abhängt, liegt der Erfolg der Gesellschaft nicht ausschließlich bei ihr selbst. Sollten die Regulierungsbehörden ihre Forderungen durchsetzen, ist mit schmerzlichen Ertragseinbußen und stark verminderten Gewinnausschüttungen zu rechnen. Aus heutiger Sicht sehen wir uns jedoch gut aufgestellt, die Vielzahl der vor uns liegenden Herausforderungen meistern und die sich ergebenden Chancen aus der Regulierung nutzen zu können.

Die erwirtschafteten Erträge kommen der Region Oberhessen und somit allen ihren Einwohnern zugute. Wir werden uns weiterhin mit großem Engagement für den Unternehmenserfolg einsetzen und sind zuversichtlich, auch zukünftig einen wichtigen Beitrag für die Region leisten zu können.

## **Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH**

Rangstr. 10, 36043 Fulda  
Tel.: 0661 / 299-0 - Fax: 0661 / 299-119  
E-Mail: post@gwv-fulda.de  
www.gwv-osthessen.de



---

### **Unternehmenszweck**

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung kommunaler, industrieller und privater Abnehmer im osthessischen Raum, insbesondere im Gebiet des Landkreises Fulda, des Vogelsbergkreises, des Main-Kinzig-Kreises, mit Ausnahme der Stadt Fulda und der Gemeinden westlich der Gemeinde Steinau, mit Gas, Wasser sowie die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Anlagen. Das Unternehmen kann auch Gasgeräte vertreiben sowie Gas jeder Art kaufen und verkaufen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich berühren. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, pachten oder verpachten sowie Interessengemeinschafts- und Unternehmensverträge schließen.

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

### **Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises**

*Beteiligung seit:* 11/1966

*Anteile in %:* 6,20 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

## Organe des Unternehmens

### *Aufsichtsrat:*

Dr. Wolfgang Dippel - Vorsitzender	<b>Rudolf Marx</b>
Dipl.-Ing. Günter Bury - stellv. Vorsitzender	Bernd Woide
Günter Frenz	Dipl.-Wirtsch.-Ing. Norbert Witzel
Reiner Görg	Dipl.-Kfm. Ralf Stefan Stöppler

*Geschäftsführung:* Dr.-Ing. Peter Szepanek

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	18.01.1967
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	10.11.1996, letzte Änderung 19.06.2000
<i>Handelsregister:</i>	Fulda, HRB 84
<i>Stammkapital:</i>	7.420.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

### *Gesellschafter:*

Gas- und Wasserversorgung Fulda	Überlandwerk Fulda AG
<b>Vogelsbergkreis</b>	Landkreis Fulda
Stadt Alsfeld	Stadtwerke Lauterbach GmbH
Stadt Schlüchtern	Gemeinde Neuhof
Stadt Steinau	Gemeinde Großenlüder
Mainz-Kinzig-Kreis	Gemeinde Bad Salzschlirf
Gemeinde Eichenzell	

### *Stammeinlagen:*

	€	in %
Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	2.730.000,00	36,79
Überlandwerk Fulda AG	2.730.000,00	36,79
Vogelsbergkreis	460.350,00	6,20
Landkreis Fulda	448.050,00	6,04
Stadt Alsfeld	204.600,00	2,76
Stadtwerke Lauterbach GmbH	179.050,00	2,41
Stadt Schlüchtern	158.950,00	2,14
Gemeinde Neuhof	127.900,00	1,72
Stadt Steinau	104.200,00	1,41
Gemeinde Großenlüder	88.300,00	1,19
Main-Kinzig-Kreis	68.900,00	0,93
Gemeinde Bad Salzschlirf	59.850,00	0,81
Gemeinde Eichenzell	59.850,00	0,81
	<u>7.420.000,00</u>	<u>100,00</u>

## Bilanz des Unternehmens

### AKTIVA

	2005	2004
	€	€
<b>A. Anlagevermögen</b>		
<b>I. Immat. Vermögensgegenstände</b>		
1. Konzessionen und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<b>421.642,00</b>	<b>451.231,00</b>
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	241.500,00	168.163,00
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	1.196.235,00	1.068.274,00
3. Verteilungsanlagen	18.723.383,00	18.464.077,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	65.530,00	18.999,00
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	16.620,00	331.880,00
	<b>20.243.268,00</b>	<b>20.051.393,00</b>
<b>Summe Anlagevermögen</b>	<b>20.664.910,00</b>	<b>20.502.624,00</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.249.417,31	3.866.474,38
2. Forderungen gegen Gesellschafter	102.892,02	62.646,24
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.046.015,32	724.617,53
	<b>5.398.324,65</b>	<b>4.653.738,15</b>
<b>II. Guthaben bei Kreditinstituten</b>	2.735.796,72	2.415.689,30
	<b>8.134.121,37</b>	<b>7.069.427,45</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	13.526,00	36.928,00
	<b>28.812.557,37</b>	<b>27.608.979,45</b>

### PASSIVA

	2005	2004
	€	€
<b>A. Eigenkapital</b>		
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	7.420.000,00	7.420.000,00
<b>II. Kapitalrückstände</b>	2.347.906,68	2.347.906,68
<b>III. Gewinnrücklagen</b>	2.414.059,00	2.343.936,00
<b>IV. Bilanzgewinn</b>	1.671.063,21	1.538.709,09
<b>Summe Eigenkapital</b>	<b>13.853.028,89</b>	<b>13.650.551,77</b>
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</b>	6.183.565,00	6.176.733,00
<b>C. Rückstellungen</b>		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	100.925,00	104.503,00
2. Steuerrückstellungen	199.482,00	243.450,00
3. Sonstige Rückstellungen	150.035,00	179.033,00
<b>Summe Rückstellungen</b>	<b>450.442,00</b>	<b>526.986,00</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.000.000,00	1.000.000,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	56.025,38	216.585,05
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	5.725.419,32	4.849.774,74
4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.544.076,78	1.188.348,89
<b>Summe Verbindlichkeiten</b>	<b>8.325.521,48</b>	<b>7.254.708,68</b>
	<b>28.812.557,37</b>	<b>27.608.979,45</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung

	2005 €	2004 €
1. Umsatzerlöse	35.036.997,27	29.634.145,35
2. Sonstige betriebliche Erträge	825.567,13	1.149.584,61
<b>Gesamtleistung</b>	<b>35.862.564,40</b>	<b>30.783.729,96</b>
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	27.264.334,10	22.398.413,48
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.488.236,95	1.388.650,33
<b>Summe Materialaufwand</b>	<b>28.752.571,05</b>	<b>23.787.063,81</b>
<b>Rohergebnis</b>	<b>7.109.993,35</b>	<b>6.996.666,15</b>
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	0,00	0,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung € 6.847,74	6.847,74	7.395,35
	<b>6.847,74</b>	<b>7.395,35</b>
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.346.377,00	2.166.476,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.491.658,67	2.297.932,22
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>2.265.109,94</b>	<b>2.524.862,58</b>
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22.367,67	55.308,93
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14.119,15	18.825,25
<b>Finanzergebnis</b>	<b>8.248,52</b>	<b>36.483,68</b>
<b>9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>2.273.358,46</b>	<b>2.561.346,26</b>
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	870.824,90	988.942,37
11. Sonstige Steuern	56,44	57,43
<b>12. Jahresüberschuss</b>	<b>1.402.477,12</b>	<b>1.572.346,46</b>

## Ausgewählte Kennzahlen

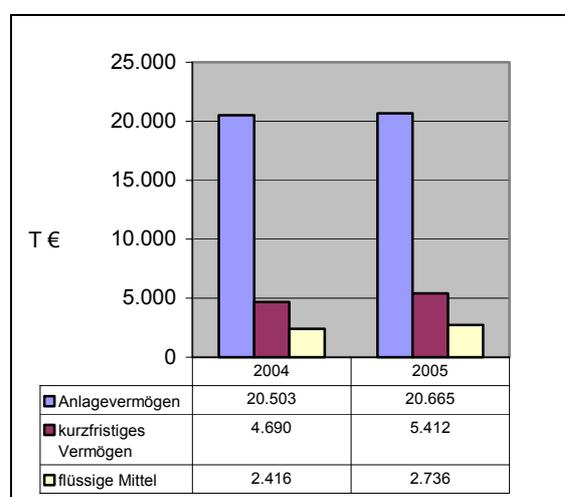
### Anzahl der Mitarbeiter:

Von der Berichtsgesellschaft werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.  
Die Betriebsführung nimmt die Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH wahr.

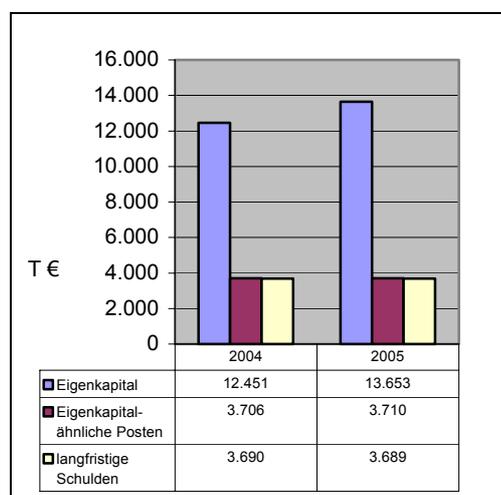
### Größe der Gesellschaft:

Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr erstmalig eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB.

### Vermögensstruktur



### Kapitalstruktur



## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

### Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

### Ertragslage des Unternehmens:

Dividende 1.200.000 €  
Anteil VBK 6,2 % 74.400 €

### Kreditaufnahmen:

keine

### Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

### Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft

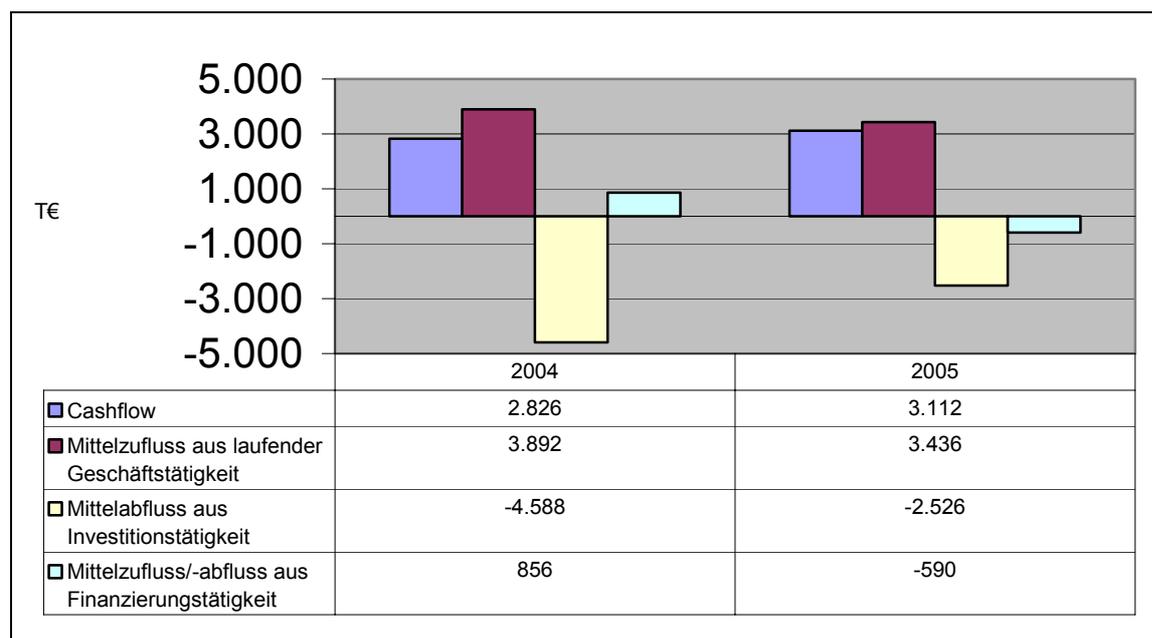
Stammeinlage 6 % = 445.200 €

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

### Begründung:

Die Gesellschaft dient der regionalen Versorgung mit Gas/Wasser.

*Finanzlage des Unternehmens:*



**Auszug aus dem Lagebericht**

*Lage der Gesellschaft:*

Wirtschaftliche Entwicklung:

Das Geschäftsjahr 2005 war trotz Rückgang des Jahresergebnisses um 10,8 % auf 1,4 Mio. € ein erfolgreiches Jahr. Im Wesentlichen durch die Umsatzsteigerung im Bereich Wärmeversorgung und Contracting konnte das Rohergebnis um 1,6 % auf 7,1 Mio. € verbessert werden. Durch höhere Abschreibungen und sonstigen betrieblichen Aufwand sank das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit um 11,2 % auf 2,3 Mio. €.

Die Wertschöpfung unseres Unternehmens lag bei 2,9 Mio. € (Vorjahr 2,7 Mio. €).

Wir schlagen vor, aus dem Bilanzgewinn von 1,7 Mio. € eine Dividende von 1,2 Mio. € auszuschütten und den Restbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Gasversorgung:

Unser Gashandel erzielte einen Gasabsatz von 1.075,8 Mio. kWh (+ 0,8 %). Wesentlichen Anteil an der Absatzsteigerung hatte mit 115,3 % der Betriebsverbrauch aufgrund der internen Lieferungen an die Sparte Wärmeversorgung und Contracting. Der Absatz an Tarifkunden stieg um 0,3 %; die leichten temperaturbedingten Rückgänge konnten durch erfolgreiche Akquisition von 324 neuen Tarifkunden mehr als ausgeglichen werden. Der Absatz an Großkunden entwickelte sich teilweise recht unterschiedlich, per Saldo wurde ein Mehrabsatz von 0,4 % erzielt.

Die Absatzentwicklung unserer öffentlichen Erdgastankstelle in Alsfeld ist weiterhin sehr positiv. In 2005 wurden bereits 2,3 Mio. kWh verkauft, das sind 54,5 % mehr als im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse aus dem Gasgeschäft sind preisbedingt um 17,0 % auf 34,3 Mio. € gestiegen. Die Durchschnittserlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 16,6 % auf 3,216 Cent/kWh. Die Preise der Tarifkunden wurden zum 1. Januar 2005 sowie zum 1. Juli 2005 angepasst. Bei den Großkunden erfolgten die Preisänderungen quartalsweise. Wir haben die Preisanpassungen erstmals mit einer offensiven Informationskampagne begleitet.

#### Wasserversorgung:

Seit 1. Januar 2004 führen wir den technischen Betrieb der Trinkwasseranlagen für die Stadt Gersfeld (Rhön) durch. Der Betriebsführungsvertrag war auf zwei Jahre befristet und wurde zum 1. Januar 2006 erneut ausgeschrieben. Wir erhielten auch bei dieser Ausschreibung wiederum den Zuschlag, so dass die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Stadt Gersfeld (Rhön) fortgesetzt werden kann.

#### Wärmeversorgung und Contracting:

Die Entwicklung im Bereich Wärmeversorgung und Contracting war geprägt durch vier neue Anlagen, die wir im IV. Quartal 2004 bzw. Anfang 2005 in Betrieb genommen haben. Dadurch konnte ein deutlicher Umsatzanstieg von 0,1 Mio. € im Vorjahr auf jetzt 0,4 Mio. € erreicht werden. Der Wärmeabsatz erhöhte sich von 358 MWh<sub>therm</sub> auf 2.733 MWh<sub>therm</sub>, außerdem wurde ein Stromabsatz von 400 MWh<sub>elektr</sub> erzielt. Für die Stromerzeugung kam neben einem BHKW auch erstmals eine Mikrogasturbine zum Einsatz; hierbei handelt es sich um ein Pilotprojekt im Rahmen eines Demonstrationsvorhabens des hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

#### Investitionen

Nach den sehr hohen Investitionen des Vorjahres (4,6 Mio. €) liegt unser Investitionsvolumen in 2005 mit 2,5 Mio. € im durchschnittlichen Rahmen. Der größte Teil der Investitionen (2,4 Mio. €) floss in den weiteren Ausbau unserer Gasnetze. Davon entfielen auf Ortsnetze 1,3 Mio. € und auf Hausanschlüsse 0,8 Mio. €. Für den Bereich Contracting investierten wir 0,1 Mio. €.

Die Investitionen konnten mit 92,9 % fast vollständig aus Abschreibungen finanziert werden.

### Vermögens-, Kapital- und Finanzanlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen ist von 74,2 % auf 71,7 % gesunken. Die Anlagendeckung mit langfristigem Kapital verbesserte sich leicht von 96,8 % auf 97,0 %. Der Anstieg des kurzfristigen Vermögens sowie der flüssigen Mittel korrespondiert im Wesentlichen mit dem Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Eigenkapitalquote liegt - unter Einbeziehung der eigenkapitalähnlichen Posten - bei 56,8 % (Vorjahr 58,5 %). Der Cashflow unseres Unternehmens betrug 3,1 Mio. € (Vorjahr 2,8 Mio. €). Die Abschreibungen stiegen um 0,2 Mio. € auf 2,3 Mio. €. Unser Finanzmittelbestand am Ende des Berichtsjahres umfasst 2,7 Mio. € (Vorjahr 2,4 Mio. €).

### Risikofrüherkennung

Auch in 2005 wurde das Risikohandbuch aktualisiert, neue Risiken identifiziert sowie alle definierten Risiken in regelmäßigen Abständen - die je nach Bedeutung der Risikoart festgelegt sind - überprüft. Die in der Riskmap dokumentierten Ergebnisse der Risikobewertung ergeben keine bestandsgefährdenden Risiken.

Bisher haben wir keine Finanzinstrumente zur Absicherung von wichtigen Transaktionen eingesetzt. Im Rahmen des weiteren Ausbaus des Risikomanagements liegt unser Augenmerk - insbesondere vor dem Hintergrund der neuen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der stark gestiegenen Beschaffungspreise für Erdgas - bei der verbesserten Risikosteuerung im Bereich des Gasbezugs. Hierzu arbeiten wir aktiv am Projekt „Erdgasbeschaffungsrisiken“ innerhalb des Thüga Netzwerkes mit.

### *Ausblick, Chancen und Risiken:*

Durch das ungewöhnlich lang anhaltende winterliche Wetter stieg der Erdgasabsatz im I. Quartal des laufenden Geschäftsjahres 2006 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 12,0 %. Entsprechend der kühleren Temperaturen zog der Absatz an Tarifkunden überdurchschnittlich um 14,5 % an, während wir mit Großkunden ein Absatzplus von 10,0 % erzielten.

Unsere Gaseinkaufspreise sind vertraglich an die Entwicklungen beim Heizöl gebunden und folgen diesen Entwicklungen zeitverzögert. Die weiterhin instabile Lage in mehreren Ölförderländern - insbesondere im Nahen Osten - sowie der weiter steigende Bedarf der asiatischen Märkte führten auch in 2005 wiederum zu drastischen Preissteigerungen beim Erdöl. Zum 1. Januar 2006 mussten wir daher die Preise für unsere Tarifkunden um 0,50 Cent/kWh anheben. Aufgrund der weiter steigenden Gaseinkaufspreise ist eine erneute Tarifpreiserhöhung voraussichtlich zum 1. Juli 2006 erforderlich. Die Preise unserer Großkunden werden entsprechend der vereinbarten Preisleitklauseln

quartalsmäßig angepasst. Da die Einkaufskonditionen teilweise stärker steigen wie unsere Verkaufspreise, führt das höhere Energiepreisniveau zu rückläufigen Deckungsbeiträgen in 2006.

Das neue Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) sowie die ergänzenden Verordnungen zum Gasnetzzugang (GasNZV) und zu den Gasnetzentgelten (GasNEV) sind am 13. Juli 2005 bzw. 29. Juli 2005 in Kraft getreten. Ziel der neuen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Öffnung der Gasnetze für den Gas-zu-Gas-Wettbewerb. Neu geregelt wurden daher u.a. die Bestimmungen zur Regulierung des Energiemarktes sowie zur Entflechtung (Unbundling) der vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen. Wir haben uns rechtzeitig auf diese neuen Anforderungen eingestellt. Erforderliche Veränderungen sind bzw. werden innerhalb der vorgegebenen Fristen umgesetzt. Darüber hinaus hat GWV bereits zum 1. April 2006 das Gasnetz zur Belieferung von Kunden durch Dritte im Wege der Beistellung geöffnet.

Fristgerecht haben wir Ende Januar 2006 beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung als zuständiger Regulierungsbehörde den Antrag zur Genehmigung der Netzentgelte für die Nutzung unseres Gasnetzes durch Gashändler gestellt. Obwohl wir uns bei der Ermittlung unserer Netzkosten und der hierauf beruhenden Netzentgelte exakt nach den Regelungen des neuen Energierechtes gerichtet haben, ist es nach derzeitigem Kenntnisstand nicht auszuschließen, dass die Regulierungsbehörde diese Werte nicht anerkennt. Grund hierfür ist der vielfach formulierte politische Wille, Netzentgelte beträchtlich zu senken. Sollten die genehmigten Netzentgelte für unsere Gesellschaft nicht kostendeckend sein, ergeben sich Risiken für unseren wirtschaftlichen Erfolg, die in ihrer Höhe zurzeit noch nicht abschätzbar sind.

Den mit der Marktöffnung verbundenen Risiken - insbesondere dem Verlust von Kunden - begegnet GWV mit weiterhin günstigen und marktorientierten Verkaufspreisen, mit gutem Service und konsequenter Kundenorientierung. Außerdem unterstützt GWV aktiv die Einführung von neuen Technologien. Mit Gasklimageräten auf Basis motorisch betriebener Wärmepumpen bzw. Absorptionswärmepumpen sowie mit Mikrogasturbinen und Mini-BHKWs bieten sich neue Chancen zur Erschließung von weiteren Absatzpotenzialen. So haben wir in 2005 bei einem Kelterei-Betrieb erstmals eine Mikrogasturbine im Rahmen eines Pilotprojektes zum Einsatz gebracht. Auch die Nutzung von Erdgas als Treibstoff für Fahrzeuge wird durch den Bau einer Erdgastankstelle in Lauterbach weiter forciert.

Im Bereich der Wasserversorgung stehen nach wie vor viele Kommunen der Idee einer erweiterten Partnerschaft aufgeschlossen gegenüber. Da das Thema Wasserversorgung jedoch in Bevölkerung und Politik sehr stark emotional geprägt ist, können Veränderungen nur mittel- bis langfristig realisiert werden. Wir führen unsere Gespräche mit den Kommunen, die die Vorteile einer Partnerschaft erkannt haben, fort.

Im Contracting-Bereich bietet GWV im Rahmen der Beratung von Industrie, Gewerbe und Kommunen die Erarbeitung von kundenindividuellen Energielösungen an. Darüber hinaus wurde für den Heizungsbetrieb in Wohngebäuden ein neues „Rundum-Sorglos-Paket“

konzipiert. Gemeinsam mit den örtlichen Installateuren wird seit Sommer 2005 das neue Contracting-Produkt „relaxWärme“ angeboten. Erste Verträge konnten bereits in der Anlaufphase realisiert werden, für 2006 wird die Akquisitionstätigkeit deutlich erhöht.

Insgesamt gehen wir zuversichtlich in das Jahr 2006 und rechnen mit einem zufriedenstellenden Unternehmensergebnis.

## **Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsberg**

Eselswörth 23, 36341 Lauterbach  
Tel.: 06641 / 9671-0 - Fax: 06641 / 9671-20  
E-Mail: zav-vb@t-online.de



---

### **Unternehmenszweck**

Gegenstand des Unternehmens ist:

Einsammeln und Befördern der Abfälle im Gebiet des Vogelsbergkreises (gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA) § 4 Absatz 3 bis 5.

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Aufgabe lt. § 2 der Satzung

### **Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises**

*Beteiligung seit:* 01.08.1987

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Der ZAV ist auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung tätig, daher keine wirtschaftliche Betätigung gegeben.

### **Organe des Unternehmens**

*Verbandsversammlung:* Ulrich Künz - Vorsitzender

*Vorstand:* Norbert Södler - Vorsitzender

*Geschäftsführung:* Dr. Hansjörg Fuchs

*Mitglieder:* Vogelsbergkreis, 18 Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreis (außer Wartenberg)

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Körperschaft des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	01.08.1987
<i>Satzung:</i>	13.03.1987
<i>Handelsregister:</i>	kein Eintrag
<i>Stammkapital:</i>	kein Stammkapital
<i>Beteiligungen:</i>	Neue Energien Vogelsbergkreis GmbH AbfallEntsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH - AEGV

### Hauswirtschaftliche Eckdaten:

#### Jahres-Sollabschluss

Bezeichnung	VWHH €	VMHH €	Insgesamt €
<b>A. EINNAHME</b>			
1. Soll-Einnahmen	8.103.202,96	355.347,53	8.458.550,49
2. + Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
3. Summe Ziffer 1. und 2.	8.103.202,96	355.347,53	8.458.550,49
4. ./ Abgänge bei den HHeinnahmeresten	0,00	0,00	0,00
5. ./ Abgänge bei den Kasseneinnahmeresten aus Vorjahren	335,43	0,00	335,43
<b>6. Summe der bereinigten SOLL-EINNAHMEN</b>	<b>8.102.867,53</b>	<b>355.347,53</b>	<b>8.458.215,06</b>
<b>B. AUSGABE</b>			
1. Soll-Ausgaben	8.102.867,53	355.347,53	8.458.215,06
2. + Neue Haushaltsausgabereiste	0,00	0,00	0,00
3. Summe Ziffer 1. und 2.	8.102.867,53	355.347,53	8.458.215,06
4. ./ Abgänge bei den HHausgabereisten aus Vorjahren	0,00		0,00
5. ./ Abgänge bei den Kassenausgabereisten aus Vorjahren	0,00	0	0,00
<b>6. Summe der bereinigten SOLL-AUSGABEN</b>	<b>8.102.867,53</b>	<b>355.347,53</b>	<b>8.458.215,06</b>
<b>C. ABSCHLUSS</b>			
1. Bereinigte Soll-Einnahmen	8.102.867,53	355.347,53	8.458.215,06
2. Bereinigte Soll-Ausgaben	8.102.867,53	355.347,53	8.458.215,06
<b>3. Etwaiger Unterschied Soll-Einnahmen ./ Soll-Ausgaben (Fehlbetrag = [-])</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Bezeichnung	VWHH €	VMHH €	VG €	VS €	Gesamtbetrag €
IST-Einnahmen	8.099.023,38	355.347,53	15.897.500,21	27.460.000,00	51.811.871,12
IST-Ausgaben	8.103.810,02	355.347,53	619.298,09	31.380.250,00	40.458.705,64
IST-Mehreinnahmen		0,00	15.278.202,12		15.278.202,12
- Mehrausgaben = (-)	-4.786,64			-3.920.250,00	-3.925.036,64
Kasseineinnahmereste	4.786,64	0,00	0,00	0,00	4.786,64
Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe:</i>	0,00	0,00	15.278.202,12	-3.920.250,00	11.357.952,12
./. Kasseinausgabereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
./. Alte Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
./. Neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe:</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Ausgleich / Fehlbetrag = (-)</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>15.278.202,12</b>	<b>-3.920.250,00</b>	<b>11.357.952,12</b>

Bezeichnung der Vermögensart	Stand 01.01.2005 €	Zugang €	Abgang €	Stand 31.12.2005 €
<b>VERMÖGEN NACH § 37 Abs. 1 GemHVO</b>				
<u>1. Forderungen des Anlagevermögens</u>				
<u>1.1 Beteiligungen</u>				
Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH	0,00	25.000,00	0,00	25.000,00
AEGV	47.601,27	0,00	0,00	47.601,27
	<b>47.601,27</b>	<b>25.000,00</b>	<b>0,00</b>	<b>72.601,27</b>
<u>1.2 Forderungen aus Darlehen</u>				
Forderung aus Darlehen an AEGV	0,00	646.937,82	0,00	646.937,82
AEGV	53.062,18	0,00	0,00	53.062,18
	<b>53.062,18</b>	<b>646.937,82</b>	<b>0,00</b>	<b>700.000,00</b>
<u>1. Forderungen des Anlagevermögens</u>				
1.1 Beteiligungen	47.601,27	25.000,00	0,00	72.601,27
1.2 Forderungen aus Darlehen	53.062,18	646.937,82	0,00	700.000,00
	<b>100.663,45</b>	<b>671.937,82</b>	<b>0,00</b>	<b>772.601,27</b>
<b>Übersicht über die Rücklagen</b>	<b>14.949.337,76</b>	<b>329.097,05</b>	<b>0,00</b>	<b>15.278.434,81</b>
<b>Versorgungsrücklage (freiwillig)</b>	291.822,63	8.296,30	0,00	300.118,93
<b>Versorgungsrücklage (gesetzlich)</b>	977,78	758,33	0,00	1.736,11

## **NEUE ARBEIT Vogelsberg eGmbH**

- Kirchlich-kommunale Gesellschaft  
für berufliche Integration -

Altenburger Str. 40, 36304 Alsfeld  
Tel.: 06631 / 9641-0 - Fax: 06631 / 9641-41  
E-Mail: info@neue-arbeit-vb.de  
www.neue-arbeit-vb.de



---

### **Unternehmenszweck**

Gegenstand des Unternehmens ist:

Die qualifizierte Beschäftigung sowie die berufliche und persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung ins Erwerbsleben von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und sonstigen schwer vermittelbaren Arbeitslosen, insbesondere Empfängern von Sozial- und Jugendhilfe im Vogelsbergkreis.

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Zweck der Gesellschaft ist die allgemeine und berufsbezogene Volksbildung sowie die Wohlfahrtspflege für die genannten Personen mit dem Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihnen die Sicherung ihrer Existenz aus eigener Kraft möglich wird. Die Gesellschaft wird damit in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der evangelischen Kirche tätig.

### **Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises**

*Beteiligung seit:* 1999

*Anteile in %:* 40 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

## Organe des Unternehmens

### *Aufsichtsrat:*

**Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender**

Otto Bäuscher - Geschäftsführer

Inge Herchenröder - Architektin

**Klaus Schönfeld - Kreisbeigeordneter**

Dr. Manfred Vogel

*Geschäftsführung:* Pfarrer Christoph Geist

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* gGmbH

*Gründungsdatum:* 26.01.1999

*Gesellschaftsvertrag:* 26.01.1999

*Handelsregister:* Gießen, HRB 5161

*Stammkapital:* 127.822,97 €

*Beteiligungen:* Neue Dienste Vogelsberg NDV GmbH, Alsfeld - 100 %

### *Gesellschafter:*

Vogelsbergkreis, Lauterbach

VAU Verbund für Ausbildung und Umwelt e.V., Alsfeld

Dekanat Alsfeld

Dekanat Vogelsberg

Dekanat Schotten

### *Stammeinlagen:*

	€	in %
Vogelsbergkreis, Lauterbach	51.129,18	40
VAU Verbund für Ausbildung und Umwelt e.V., Alsfeld	25.564,59	20
Dekanat Alsfeld	12.782,30	10
Dekanat Vogelsberg	12.782,30	10
Dekanat Schotten	12.782,30	10
	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

## Bilanz des Unternehmens

### AKTIVA

	2005 €	2004 €
<b>A. Anlagevermögen</b>		
<b>I. Immat. Vermögensgegenstände</b>	1.347,57	1.641,57
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	949.358,00	966.769,42
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	79.366,45	82.300,35
	<b>1.028.724,45</b>	<b>1.049.069,77</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>		
Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00	50.000,00
	<b>1.080.072,02</b>	<b>1.100.711,34</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	320.878,09	264.509,80
2. Forderungen gegen Gesellschafter	332.711,08	332.711,08
3. Sonstige Vermögensgegenstände	6.143,70	21.276,46
	<b>659.732,87</b>	<b>618.497,34</b>
<b>II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</b>	165.753,56	126.406,23
	<b>825.486,43</b>	<b>744.903,57</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	6.926,32	47.237,48
	<b>1.912.484,77</b>	<b>1.892.852,39</b>

### PASSIVA

	2005 €	2004 €
<b>A. Eigenkapital</b>		
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	127.822,97	127.822,97
<b>II. Gewinnrücklagen</b>	135.085,36	135.085,36
<b>III. Verlustvortrag</b>	63.204,90	0,00
<b>IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)</b>	13.162,51	-63.204,90
	<b>212.865,94</b>	<b>199.703,43</b>
<b>B. Rückstellungen</b>		
1. Sonstige Rückstellungen	<b>421.632,33</b>	<b>493.129,76</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Darlehensgebern	1.124.317,60	1.025.293,40
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13.219,93	57.674,86
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	68.206,95	40.310,15
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.763,31	2.763,31
5. Sonstige Verbindlichkeiten	69.478,71	73.977,48
	<b>1.912.484,77</b>	<b>1.892.852,39</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung

	2005 €	2004 €
1. Umsatzerlöse	806.076,00	1.102.426,46
2. Betriebskostenzuschüsse	1.141.048,62	1.763.087,06
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>561.685,85</u>	<u>560.382,82</u>
	<b>2.508.810,47</b>	<b>3.425.896,34</b>
4. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	287.548,33	456.762,62
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>14.426,79</u>	<u>16.498,98</u>
	<b>301.975,12</b>	<b>473.261,60</b>
	<b>2.206.835,35</b>	<b>2.952.634,74</b>
5. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	1.093.900,55	1.919.884,03
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	256.521,93	443.644,58
- davon für Altersversorgung € 17.143,65		<u>-19.200,74</u>
	<b>1.350.422,48</b>	<b>2.363.528,61</b>
6. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	53.636,80	51.691,57
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>786.807,46</u>	<u>534.974,63</u>
	<b>2.190.866,74</b>	<b>2.950.194,81</b>
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>15.968,61</b>	<b>2.439,93</b>
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.736,54	763,02
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>0,09</u>
	<b>1.736,54</b>	<b>763,11</b>
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>17.705,15</b>	<b>3.202,86</b>
11. Sonstige Steuern	<u>4.542,64</u>	<u>66.407,76</u>
<b>12. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>13.162,51</b>	<b>-63.204,90</b>

## **Ausgewählte Kennzahlen**

*Anzahl der Mitarbeiter:* 134 (Jahresdurchschnitt)

## **Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises**

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:* Siehe Lagebericht

*Ertragslage des Unternehmens:* Jahresüberschuss 13.162 €

*Kreditaufnahmen:* keine

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:* keine

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine*  
*Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die*  
*Haushaltswirtschaft*

## **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

### *Begründung:*

gemeinnützige GmbH auf dem Gebiet Bildungs- und Sozialwesen

## **Auszug aus dem Lagebericht**

### **1. Geschäftsentwicklung**

Trotz erheblicher Anlaufschwierigkeiten bei der Umsetzung des SGB II, was vor allen Dingen die Maßnahmen und die Teilnehmerzahlen erheblich reduzierte, gelang es dank sparsamer Haushaltsführung und enormen Einsatzes des Personals das Geschäftsjahr 2005 positiv abzuschließen. Obwohl die vorgesehenen notwendigen Aufstockungen des Personals wegen mit der Umstellung verbundener Verzögerungen der neuen Maßnahmen nach SGB II verschoben werden mussten und dabei besonders auch wesentlich weniger Teilnehmer in der Entgeltvariante zur Abwicklung von Aufträgen zur Verfügung standen, konnten die für die Refinanzierung notwendigen Erlöse fast in voller Planhöhe erreicht werden. Zurückstehen mussten dabei allerdings eigene für 2005 vorgesehene Bauprojekte (s.u.).

In 2005 wurden insgesamt 277 Teilnehmer in verschiedenen Fachbereichen der NEUEN ARBEIT Vogelsberg eingesetzt. Das waren gegenüber dem Vorjahr noch einmal 46 mehr Teilnehmer, die fast mit der gleichen Zahl an Stammpersonal qualifiziert wurden. 98 Teilnehmer beendeten 2005 ihre Maßnahme. 28 von ihnen fanden eine Perspektive in Arbeit oder Ausbildung.

Für die im Geschäftsjahr 2006 anstehenden Ausgaben ist derzeit genügend kurzfristiges Kapital vorhanden. Die Zahlungsfähigkeit der NEUEN ARBEIT Vogelsberg gGmbH steht auch für 2006 nicht in Frage.

Im Wesentlichen storniert werden mussten aufgrund der geringeren personellen Ressourcen die für 2005 ursprünglich vorgesehenen eigenen Baumaßnahmen. Fertig gestellt und ihrer Bestimmung übergeben werden konnten jedoch die Räume für die Kinderbetreuung. Mit dem regionalen Diakonischen Werk für den Vogelsbergkreis konnte außerdem ein weiterer Mieter gewonnen werden. Dafür wurde das Erdgeschoss des Wohnhauses Altenburger Straße 33 saniert und renoviert. Begonnen wurden die Arbeiten an den Räumen im ersten Obergeschoss dieses Hauses und am Dachausbau des Kantinengebäudes.

Zur flexibleren und ökonomischeren Nutzung der Arbeitszeit können Stamm-MitarbeiterInnen unterschiedliche Modelle von variablen Arbeitszeiten und auch Teilzeitarbeit nutzen.

Im Geschäftsjahr 2005 wurden keine Veränderungen der Rechtsform, der Gesellschaftsstruktur und auch keine anderen unternehmensrelevanten Änderungen vorgenommen.

Die jährliche Überprüfung der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb erbrachte keine Beanstandungen. Die Zertifizierung wurde 2005 bestätigt. Mit der Implementierung eines Qualitätsmanagement-Systems im Gesamtbetrieb wurde begonnen. Angesichts der Anlaufschwierigkeiten mit dem neuen SGB II musste aber auch hier der Großteil der Arbeiten und die Zertifizierung in das Jahr 2006 verschoben werden.

## 2. Darstellung der Lage

Die Zahlungsfähigkeit der NEUEN ARBEIT war im Geschäftsjahr aufgrund planvoller und ausgewogener Liquiditätsüberwachung jederzeit gegeben. Auch Dispositionskredite mussten nicht in Anspruch genommen werden.

## 3. Hinweise auf künftige Entwicklungen

Bei Fortführung der konstanten und konsequenten Liquiditätsüberwachung wird im nächsten Geschäftsjahr jederzeit ein für die Zahlungsfähigkeit ausreichender Bestand an Zahlungsmitteln gewährleistet sein.

Rechtliche Risiken, wie Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit sind in der weiteren Entwicklung nicht zu erwarten.

Nachdem die Neustrukturierung der Maßnahmen und der betrieblichen Prozesse entsprechend den neuen Bedingungen des SGB II und in Korrespondenz zu der ebenfalls neu aufgebauten kommunalen Vermittlungagentur weitgehend das Geschäftsjahr 2005

beherrschte, die notwendigen personellen Kapazitäten im Stamm-Personal aufgebaut und entsprechende Vereinbarungen über Umfang und Finanzierung der Maßnahmen mit dem Vogelsbergkreis abgeschlossen sind, besteht einerseits begründete Hoffnung, sich nun wieder stärker der inneren Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Maßnahmen zuwenden zu können. Zum anderen gibt es leider auch schon wieder Anzeichen dafür, dass die gerade erst mühsam entwickelten bundespolitischen Rahmenbedingungen erneut zur Disposition stehen, was mit neuen Revisionen und Anpassungsprozessen verbunden sein könnte.

### *Ausblick:*

#### Voraussichtliche Entwicklung

Eine auch nur einigermaßen sichere Prognose für 2006 ist aufgrund der unsicheren Rahmenbedingungen nicht möglich. Leider ist eher damit zu rechnen, dass die Situation schwieriger und enger wird als umgekehrt. Generell muss deshalb an der Zielsetzung festgehalten werden, die eigenen Kräfte zu stärken. Weil dazu allerdings weniger Zeit und Ressourcen und damit Personalkapazität zur Verfügung stehen, muss versucht werden, im Rahmen der Möglichkeiten die Refinanzierungsmöglichkeiten aus eigenen Produkten und Dienstleistungen zu halten und Phantasie und Kreativität zur Entwicklung neuer Angebote aufzuwenden.

## **Kreiskrankenhaus des Vogelsberg- kreises in Alsfeld GmbH**

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld  
Tel.: 06631 / 98-0- Fax: 06631 / 98-1118  
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de  
www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de



---

### **Unternehmenszweck**

Gegenstand des Unternehmens ist:

Betrieb des Kreiskrankenhauses des Vogelsbergkreises in Alsfeld einschließlich zugehöriger Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben als Krankenhausträger.

Ferner ist Gegenstand der Betrieb der Sozialstation Alsfeld/Romrod.

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Gesundheitswesen

### **Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises**

*Beteiligung seit:* 1999

*Anteile in %:* 100 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 52, 55 bis 57 der Abgabenordnung (AO).

## Organe des Unternehmens

### *Aufsichtsrat:*

Aufsichtsratsvorsitzender	<b>Landrat Rudolf Marx</b>
stellv. Vorsitzender	<b>Dr. Arno Wettlaufer</b>
Mitglieder des Kreistages	<b>Friedel Kopp</b> <b>Rudolf Geißler</b> <b>Winfried Adams</b> <b>Annerose Seipp</b> <b>Jürgen Ackermann</b> <b>Ingeborg Beckmann-Launer</b> <b>Dr. Bernd Stumpf</b>
Sachkundige Personen	<b>Karl-Erich Weber</b> <b>Matthias Gorsler</b> <b>Herbert Diestelmann</b>
Mitglieder des Betriebsrates	<b>Monika Raag</b> <b>Horst Wlodarczyk-Götz</b>

*Geschäftsführung:* Henner Häfner, Dipl. Krankenhaus-Betriebswirt (DKI)

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	16.08.1999
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	16.08.1999
<i>Handelsregister:</i>	Gießen, HRB 5326
<i>Stammkapital:</i>	6.000.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	1. Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH) mit 100 % - Stammkapital 25.000 € 2. AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS) mit 100 % - Stammkapital 25.000 €
<i>Gesellschafter:</i>	<b>Vogelsbergkreis</b>

## Bilanz des Unternehmens

<b>AKTIVA</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>	<b>PASSIVA</b>	<b>2005</b>	<b>2004</b>
	<b>€</b>	<b>Tsd. €</b>		<b>€</b>	<b>Tsd. €</b>
<b><u>A. Anlagevermögen</u></b>			<b><u>A. Eigenkapital</u></b>		
<b>I. Immat. Vermögensgegenstände</b>	<b>151.990,00</b>	<b>171,1</b>	1. Gezeichnetes Kapital	6.000.000,00	6.000,0
<b>II. Sachanlagen</b>			2. Gewinnrücklagen	4.381.424,54	4.381,4
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	17.012.054,88	17.672,5	3. Verlustvortrag	141.082,09	0,0
2. Technische Anlagen	189.777,00	247,9	4. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	237.582,04	-141,1
3. Einrichtungen und Ausstattungen	818.470,00	1.046,4		<b>10.477.924,49</b>	<b>10.240,3</b>
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.443.360,50	5.178,8	<b><u>B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens</u></b>		
	<b>23.463.662,38</b>	<b>24.145,6</b>	Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	<b>14.133.875,75</b>	<b>14.643,3</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>			<b><u>C. Rückstellungen</u></b>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	55.000,00	55,0	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	423.886,73	416,2
2. Beteiligungen	5.000,00	5,0	2. Steuerrückstellungen	0,00	13,9
	<b>60.000,00</b>	<b>60,0</b>	3. Sonstige Rückstellungen	754.266,39	537,7
<b><u>B. Umlaufvermögen</u></b>				<b>1.178.153,12</b>	<b>967,8</b>
<b>I. Vorräte</b>			<b><u>D. Verbindlichkeiten</u></b>		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	191.860,94	201,5	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	148.853,64	936,1
2. Unfertige Leistungen	234.291,27	204,5	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	539.403,75	924,6
3. Geleistete Anzahlungen	155.809,04	155,8	3. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	2.885.899,02	2.541,8
	<b>581.961,25</b>	<b>561,8</b>	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	25.036,29	32,2
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			5. Sonstige Verbindlichkeiten	620.613,88	708,2
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.964.295,79	4.188,1		<b>4.219.806,58</b>	<b>5.142,9</b>
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	1.549.677,00	57,5	<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>500,00</b>	<b>0,0</b>
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	134.468,53	126,1			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	384.975,49	274,0			
	<b>5.033.416,81</b>	<b>4.645,7</b>			
<b>III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</b>	<b>719.055,22</b>	<b>1.409,9</b>			
<b><u>C. Rechnungsabgrenzungsposten</u></b>	<b>174,28</b>	<b>0,2</b>			
	<b>30.010.259,94</b>	<b>30.994,3</b>		<b>30.010.259,94</b>	<b>30.994,3</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung

	<b>2005</b> €	2004 Tsd. €
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	18.766.429,60	17.819,8
2. Erlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen	1.466.973,22	1.411,6
3. Erlöse aus Wahlleistungen	68.586,22	56,3
4. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	0,00	10,0
5. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	464.941,61	631,7
6. Nutzungsentgelte der Ärzte	488.965,57	441,4
7. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	29.826,96	13,8
8. Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten und Zusatzleistungen gegenüber Pflegebedürftigen	0,00	6,7
9. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 13	51.859,59	54,4
10. Sonstige betriebliche Erträge	879.927,96	715,6
	<u>22.217.510,73</u>	<u>21.161,3</u>
11. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	11.651.046,46	11.438,6
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.239.733,45	3.218,4
- davon für Altersversorgung € 961.997,78 (Vj. Tsd.€ 897,0)		
	<u>14.890.779,91</u>	<u>14.657,0</u>
12. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.444.675,71	3.494,5
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.435.861,64	1.123,5
	<u>4.880.537,35</u>	<u>4.618,0</u>
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>2.446.193,47</b>	<b>1.886,3</b>
13. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	952.581,71	615,8
- davon Fördermittel nach dem KHG: € 952.581,71 (Vj. Tsd. € 615,8)		
14. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.212.950,19	1.233,9
15. Aufwendungen aus der Zuführung zu Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.047.661,03	683,2
	<u>1.117.870,87</u>	<u>1.166,5</u>
16. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.389.816,65	1.372,70
17. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.916.204,94	1.799,8
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre € 2.131,00 (Vj. Tsd. € 4,2)		
	<u>3.306.021,59</u>	<u>3.172,5</u>
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>258.042,75</b>	<b>-119,7</b>
18. Erträge aus Beteiligungen	3.567,93	0,0
19. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.812,51	33,5
20. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.440,09	17,5
- davon für Betriebskredite € 2.519,43 (Vj. Tsd. € 15,1)		
	<u>12.940,35</u>	<u>16,0</u>
<b>21. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>270.983,10</b>	<b>-103,7</b>
22. Steuern	33.401,06	37,4
- davon Steuern vom Ertrag: € 19.023,46 (Vj. Tsd. € 30,8)		
<b>23. Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>237.582,04</b>	<b>-141,1</b>

## **Ausgewählte Kennzahlen**

*Anzahl der Mitarbeiter:* 465,42 (Jahresdurchschnitt)

## **Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises**

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:* Siehe Lagebericht  
Stammeinlage 6.000.000 €

*Ertragslage des Unternehmens:* Jahresüberschuss 238.000 €

*Kreditaufnahmen:* keine

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:* keine\*)

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine  
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die  
Haushaltswirtschaft*

\*) Beschluss des Kreistages des Vogelsbergkreises vom 11.09.2006:  
Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises  
in Alsfeld GmbH für einen Kontokorrektkredit bis zu einer Höhe von 2.500.000,00 €  
(Schuldenurkunde vom 13.01.2007)

## **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

### *Begründung:*

Gesundheitsversorgung der Region

## **Auszug aus dem Lagebericht**

### *Geschäftsverlauf:*

Die Allgemeine Situation der Krankenhäuser in der Bundesrepublik ist seit Jahren durch große Unsicherheiten und Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Verantwortlich hierfür ist die Gesundheitspolitik, der es nicht gelingt, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Zum Zeitpunkt der Berichtsabfassung ist erneut eine umfassende Gesundheitsreform Gegenstand der politischen Diskussion. Es bleibt abzuwarten, ob hierbei ein Durchbruch gelingt oder ob die Ungewissheiten weiterhin jede verlässliche Prognose und Kalkulation zunichte machen.

Ungeachtet dieser Situation stellen sich die Krankenhäuser den Herausforderungen der Zeit. Das Kreiskrankenhaus hat bereits als Eigenbetrieb entsprechende Weichenstellungen vorgenommen. Der Grundsatz, ambulant vor stationär, wird in Alsfeld konsequent

umgesetzt. Die Zahl der ambulant durchgeführten Eingriffe erreicht mittlerweile ein Drittel der operativen Leistungen, wobei in einigen Belegabteilungen die ambulanten Operationen das stationäre Aufkommen bereits übertreffen. Daneben hat das Krankenhaus sein Spektrum in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Die eingegliederte Sozialstation, Pflegeüberleitung und Sozialdienst, Kurzzeitpflege, ambulante Physiotherapie, Zusammenarbeit mit einer Dialyseeinrichtung, Gründung von Tochtergesellschaften u.v.m. haben das Krankenhaus über seinen ursprünglichen Aufgabenbereich hinaus - für die stationäre Behandlung Kranker zu sorgen - in der Region als anerkannten Gesundheitsdienstleister positioniert.

Seit dem Geschäftsjahr 2004 ist an die Stelle von Erlösen, die durch tagesgleiche Pflegesätze sowie Fallpauschalen und Sonderentgelte entstehen, eine einheitliche Vergütung der Leistungen eines Krankenhauses in Form so genannter Diagnosis Related Groups (DRG's) getreten. Jedem Behandlungsfall wird eine DRG zugeordnet. Der Fall wird wertmäßig bestimmt und aus der Gesamtzahl der erbrachten Behandlungsfälle errechnet sich die Erlössumme, die dem Krankenhaus zufließt.

Ab 2005 gilt ein landesweiter Basisfallwert als Richtgröße für die individuellen Budgets der Kliniken. Weicht der Fallwert eines Krankenhauses davon ab, wird dieser bis zum Jahre 2009 dem Landesfallwert stufenweise angeglichen. Danach gilt in allen Krankenhäusern eines Bundeslandes der gleiche Fallwert (= "Preis").

Auf Initiative von acht innovativen kommunalen Krankenhäusern, darunter auch das Kreiskrankenhaus, ist 2004 die Dienstleistungsgesellschaft der Hessischen kommunalen Krankenhäuser GmbH gegründet worden. Mittlerweile haben sich elf Gesellschafter mit eher steigender Tendenz zusammengefunden und repräsentieren rund 5000 Planbetten. Ziel dieses Zusammenschlusses ist es, auch künftig eine wettbewerbsfähige Marktstellung und eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung unter Beibehaltung der kommunalen Trägerschaft sicherzustellen.

## Wirtschaftliche Lage des Krankenhauses und des Konzerns

### 1. Geschäftliche Entwicklung im Berichtsjahr

Die „Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH“ (Muttergesellschaft des Konzerns) ist durch Ausgliederung des ehemaligen Eigenbetriebes „Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld“ zum 01.01.1999 entstanden.

Wie das Vorgängerunternehmen in der Rechtsform des Eigenbetriebs verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Akutkrankenhaus ausgewiesen und nimmt an der bedarfsgerechten stationären Krankenhausversorgung der Bevölkerung teil.

Die Zahl der vorgehaltenen Planbetten (202) hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Am Ende des Berichtsjahres teilte das Hessische Sozialministerium dem Kreiskrankenhaus mit, dass es beabsichtige die beiden Belegabteilungen „Augen“ und „Urolo-

gie" mit Wirkung von 2006 zu schließen. Im sich anschließenden Anhörungsverfahren erreichte das Krankenhaus eine aufschiebende Regelung, wonach die Urologie zum 01.04.2007 und die Augenabteilung zum 01.07.2006 geschlossen werden. Die Urologie wird in Lauterbach konzentriert und die dort befindliche Hals-Nasen-Ohren-Abteilung zu Gunsten Alsfelds aufgegeben. Nach Abschluss dieser Maßnahmen verfügt das Kreis-krankenhaus dann noch über 188 Betten.

In 2005 wurden insgesamt 6.989 (Vorjahr 6.734) Patienten stationär aufgenommen. Etwa 85 % aller Patienten kommen aus der Stadt Alsfeld, dem Altkreis Alsfeld und dem benachbarten Schwalm-Eder-Kreis.

Der Auslastungsgrad des Krankenhauses lag bei 69,46 % (Vorjahr 68,32 %). Die durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 7,31 Tage (Vorjahr 7,42 Tage).

Durch den Fallzahlenanstieg aber gleichzeitigen weiteren Rückgang in der Verweildauer stieg der Auslastungsgrad des Krankenhauses gering an. Ein Rückgang der Fallzahlen in den Belegabteilungen wurde durch einen Fallzahlenanstieg in unseren Abteilungen aufgefangen.

## 2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2005 wurden von der Muttergesellschaft Investitionen in Höhe von € 709.306,60 vorgenommen. Dabei entfielen € 226.453,25 auf die Anschaffung von Gegenständen des medizinischen Bedarfs und weitere € 254.578,83 auf die Brand-schutzmaßnahme, die in 1998 begonnen und im Geschäftsjahr weiter geführt wurde. Weiterhin wurden für den EDV-Bereich Investitionen in Höhe von € 27.572,68 vorgenommen.

Konzernweit beliefen sich die Investitionen auf T€ 719. Förderzuschüsse sind mit insgesamt T€ 614 zugeflossen. In den Tochtergesellschaften wurden keine nennenswerten Investitionen getätigt.

## 3. Finanzierung

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch die pauschale Förderung des Landes (§ 9.3 KHG), Einzelförderung (Brandschutz) und durch Eigenmittel.

## 4. Personal- und Sozialbereich

Der Personalaufwand betrug beim Krankenhaus im Berichtsjahr T€ 14.089 (Vorjahr: T€ 13.695).

Im Betriebsteil Sozialstation bewegte sich der Aufwand für das Personal in Höhe von T€ 802 (Vorjahr: T€ 963).

Dem Kreis-krankenhaus ist eine Krankenpflegeschule mit bis zu 80 Ausbildungsplätzen angeschlossen.

Schulträger ist der Vogelsbergkreis; Ausbildungsträger sind zu gleichen Teilen die Krankenhäuser Eichhof in Lauterbach und das Kreiskrankenhaus in Alsfeld. Im Jahr 2005 wurden für Lauterbach 33 Schülerinnen und Schüler und für Alsfeld 24 Schülerinnen und Schüler ausgebildet, so dass im Jahresdurchschnitt 57 Ausbildungsplätze besetzt waren.

Die Personal- und Sachkosten für die Krankenpflegeschule werden von beiden Krankenhäusern entsprechend der jeweiligen Schülerzahl gemeinsam getragen.

Konzernweit sind Personalaufwendungen in Höhe von T€ 16.601 (Vorjahr: T€ 15.983) entstanden. In der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr 465 (Vorjahr: 457), in der KAD 95 (Vorjahr: 83) und bei AMANDUS 59 (Vorjahr: 35) Personen beschäftigt, so dass der Konzern insgesamt 619 (Vorjahr 575) Arbeitsplätze bietet.

## 5. Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

### 5.1. Medizinische Struktur

Die im Jahre 2000 infolge Chefarztwechsel durchgeführten strukturellen Veränderungen in der Chirurgie und in der Inneren Medizin haben sich bewährt. Die gewünschte Stabilisierung bei der Belegung der Klinik wurde erreicht - das teilweise erweiterte Behandlungsangebot ist von der Bevölkerung akzeptiert worden. Am 01.09.2005 erfolgte die Neubesetzung der Chefarztposition in der Anästhesie. In den Hauptabteilungen arbeiten jetzt Fachärzte bzw. Ärzte mit Zusatzbezeichnungen folgender Disziplinen: Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie, Geriatrie, Lungen- und Bronchialkrankheiten (Pneumologie), Magen- und Darmerkrankungen (Gastroenterologie) sowie Schmerztherapie.

### 5.2. Tochtergesellschaft KAD

Die im Dezember 2000 gegründete Tochtergesellschaft mit dem Namen „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH) arbeitet erfolgreich. Sie steht zu hundert Prozent im Eigentum des Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH und erbringt für diese Dienstleistungen. Die Bereiche Reinigung, Verpflegung, sonstige hauswirtschaftliche Dienste, Pforte, Empfang, Ärztlicher Schreibdienst sowie EDV werden durch die KAD-GmbH bereits abgedeckt. Sukzessive werden weitere Dienstleistungen, die nicht unmittelbar der ärztlichen, pflegerischen oder sonstigen medizinischen Versorgung zuzurechnen sind, der KAD überstellt.

Die in diesen Dienstleistungen vor Gründung der KAD Beschäftigten bleiben reguläres Personal des Kreiskrankenhauses und werden der Tochtergesellschaft beigestellt. Neueinstellungen erfolgen künftig grundsätzlich in der KAD. Die Entlohnung des dortigen Personals findet nach privatwirtschaftlichen Tarifstrukturen statt.

Durch die hundertprozentige Beherrschung der „Tochter“ durch die „Mutter“ ist eine umsatzsteuerliche Organschaft entstanden. So ist als erste Folge dieser Maßnahme die Einsparung der Mehrwertsteuer zu sehen, die ein fremder Dienstleister, z.B. ein Reinigungsunternehmen, dem Kreiskrankenhaus in Rechnung stellen müsste.

Ein weiterer wirtschaftlicher Vorteil wird in der Anwendung privater Tarifstrukturen gesehen. Dieser wird sich aber erst in den kommenden Jahren infolge der personellen Umschichtung nach und nach einstellen.

### 5.3. Tochtergesellschaft AMANDUS

Ende 2001 wurde eine weitere hundertprozentige Tochtergesellschaft, die „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ errichtet. AMANDUS bot zunächst ambulante Pflegeleistungen an. Aufgrund der wenigen Betreuungsfälle und des schwierigen Marktumfeldes wurde 2003 beschlossen, AMANDUS aus diesem Bereich herauszunehmen und der Gesellschaft eine neue Aufgabe zu übertragen. Der ambulante Dienst wurde im Frühjahr 2004 eingestellt und dafür ab Mai 2004 die Trägerschaft einer Kurzzeitpflegeeinrichtung mit 20 Betten in den Räumen des Krankenhauses übernommen. AMANDUS hat sich damit vollständig aus der ambulanten Pflege zurückgezogen.

Die Kurzzeitpflege wird gut angenommen, und im laufenden Geschäftsjahr konnte die Tochtergesellschaft erstmals seit ihrem Bestehen einen Gewinn erwirtschaften, durch den die Verlustvorträge der Vorjahre ausgeglichen werden konnten. Dies ist ein schöner Erfolg und gleichzeitig die Bestätigung für die Richtigkeit der Umstrukturierung.

### 5.4. Brandschutzmaßnahme

Die brandschutztechnische Sanierung des Krankenhauses wurde weiter geführt und wird wahrscheinlich 2006 zu Ende gebracht werden. Aufgrund eines Anschlussantrages für restliche Brandschutzmaßnahmen bewilligte das Land im Berichtsjahr weitere 340 T€; über rund 650 T€ steht ein Bescheid noch aus.

### 5.5. Weitere bauliche Maßnahmen

Im Geschäftsjahr fanden keine größeren baulichen Maßnahmen statt. Allerdings veräußerte die Klinik einen Grundstücksteil an die Patientenheimfürsorge, die dort mit dem Neubau einer Dialyse begonnen hat.

## 6. Beurteilung der Entwicklung durch die Geschäftsführung

Das Konzernbetriebsergebnis im Berichtsjahr ist positiv. Sogar im Betriebsteil „Krankenhaus“ konnte durch kostendämpfende Maßnahmen und eine Ertragssteigerung geringer Gewinn erzielt werden. Das Ergebnis darf nicht über die schwierige Situation, in der sich der Krankenhausbetrieb befindet, hinweg täuschen. Ohne geeignete Gegenmaßnahmen wird sich die finanzielle Belastung der Klinik in den kommenden Jahren noch erhöhen. Zunächst muss alles getan werden, um während der Konvergenzphase bis 2009 die Kostenstrukturen dem einheitlichen Basisfallwert anzupassen.

Eine verlässliche Vorhersage der Kosten- und Erlösentwicklung ist momentan nicht möglich. Zu groß sind die Unwägbarkeiten. Betriebsbedingte Kündigungen, auch wenn sie das letzte Mittel sind, können aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr ausgeschlossen werden.

## 7. Vermögens- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beläuft sich in der Muttergesellschaft auf 78 % (Vorjahr: 79 %). Für den Konzern beträgt die Quote 79 % (Vorjahr: 78 %)

Das im Eigentum der GmbH stehende Krankenhaus steht dabei zum 31.12.2005 mit einem Wert von T€ 17.012 (Vorjahr: T€ 17.672) zu Buche.

Die Eigenkapitalausstattung der Muttergesellschaft ist angemessen und beläuft sich zum 31.12.2005 auf 10,48 Mio. € (Vorjahr: 10,24 Mi. €) = 35 % (Vorjahr: 33 %) des Bilanzvolumens. Das Eigenkapital im Konzern beläuft sich auf T€ 10,53 (Vorjahr: T€ 10,28) = 35 % (Vorjahr: 33 %).

Das langfristig gebundene Vermögen (Anlagevermögen zuzüglich Mindestbestand an Vorräten und Leistungsforderungen) ist in vollem Umfang durch Eigenmittel unter Hinzuziehung des Sonderpostens nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz finanziert.

Liquidität und Zahlungsbereitschaft waren im Berichtszeitraum gegeben.

## 8. Ertragslage

Für das abgelaufene Geschäftsjahr stiegen im Vergleich mit dem Jahresabschluss 2004 die Leistungserlöse um T€ 1.070 (= 5,05 %). Weiterhin konnte die Gesellschaft die Sonstigen Erlöse um T€ 122 (= 6,38 %) steigern. Gleichzeitig stiegen die Personalaufwendungen um T€ 618 (= 3,87 %). Im Materialbereich und bei den bezogenen Leistungen stiegen die Aufwendungen um T € 161 (= 4,15 %). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren Ausgabensteigerungen von T€ 32 (= 0,97 %) zu verzeichnen, insgesamt führte dies mit einer Ergebnisverbesserung um rd. T€ 384 zu einem Gewinn von T€ 248.

### Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

#### 1. Chancen der künftigen Entwicklung

Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Standort für die Notfallversorgung enthalten. Damit und bedingt durch die Lage der Klinik in einem dünn besiedelten Raum dürfte eine Bestandssicherung dauerhaft gewährleistet sein.

Dem Versorgungsauftrag und -umfang entsprechend ist das Krankenhaus „aufgestellt“. Die medizinischen Abteilungen bieten ein breites Leistungsspektrum an, das von der Bevölkerung auch nachgefragt wird. Auf der ärztlichen Leitungsebene hat sowohl in den A- als auch in den B-Abteilungen eine Verjüngung eingesetzt. Wenn sich die Fluktuation in normalen Grenzen hält, wird auch in diesem wichtigen personellen Bereich Homogenität vorherrschen.

Darüber hinaus präsentiert sich das Kreiskrankenhaus als Anbieter umfassender Dienstleistungen. Die Gründung der beiden Tochtergesellschaften, die vorhandene

Sozialstation, der Zugriff auf eine internistische Praxis in Alsfeld und die damit verbundenen Möglichkeiten, einen Behandlungskreislauf anzubieten, haben sich bewährt und passen in die gegenwärtige Struktur unseres Gesundheitssystems. Diese Entwicklung ist noch ausbaufähig. Wenn die Räumlichkeiten in der Krankenpflegeschule nach Bezug des Neubaus durch die Dialyseeinrichtung frei werden, sollte die Chance genutzt werden, neben der genannten internistischen Praxis dort weitere Ärzte unterzubringen und ggf. ein Medizinisches Versorgungszentrum zu gründen.

So wächst um das Krankenhaus, zu verstehen als Einrichtung zur stationären Behandlung Kranker, ein immer dichter werdender Ring komplementärer und ambulanter Gesundheitsdienstleister. Diese Entwicklung, so sieht es jedenfalls im Augenblick aus, wird von der Politik in Zukunft noch stärker gefördert und ist im Kreiskrankenhaus vorausblickend und rechtzeitig erkannt worden.

## 2. Risiken der künftigen Entwicklung

Die Geschäftsleitung hat organisatorische Regelungen und Maßnahmen getroffen, damit den Fortbestand des Krankenhauses gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Nach den vorliegenden Informationen aus diesem System ist über folgende Risiken zu berichten:

### 2.1. Bestandsgefährdende Risiken

Akute bestandsgefährdende Risiken sind mit Sicht auf das Jahr 2005 und 2006 nicht zu erwarten; allerdings können sich die unter Ziffer 2.2. beschriebenen Gefahrenpotentiale zu einem bedrohlichen Szenario auswachsen.

### 2.2. Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die künftige Betrachtung steht in engem Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Gesundheitspolitik. Davon ist die Ertragslage des Krankenhauses entscheidend abhängig.

Auf der Kostenseite droht möglicherweise ein Schub bei den Personalaufwendungen. Ausgelöst könnte dies durch die Forderung der Ärzteschaft werden, wenn es zu einer Realisierung kommt. Dies zöge mit Sicherheit weitere Forderungen anderer Dienstarten nach sich. Wenn dieser Sprengsatz nicht entschärft wird, und sei es durch mehr Geld, das in das System einfließt, laufen die Finanzen aus dem Ruder - allerdings trifft dies nicht nur das Kreiskrankenhaus in Alsfeld. Bei unzureichender Finanzierung werden die Gegenmaßnahmen sehr hart sein müssen, um eine dann mögliche bedrohliche finanzielle Schieflage abzuwenden.

Die gesetzgeberischen Aktivitäten haben bereits zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung im Gesundheitswesen und insbesondere auch im Krankenhauswesen geführt.

Seit 2004 ist das Vergütungssystem für Krankenhausleistungen grundsätzlich geändert worden, indem die seither erhobenen Abteilungspflegesätze, Fallpauschalen und Sonderentgelte durch eine fallspezifische Vergütung (Diagnosis Related Groups - DRG's) ersetzt wurden.

Ein Risiko für das Krankenhaus entsteht, wenn die vom Krankenhaus nicht oder nicht ausreichend zu beeinflussenden maßgeblichen Parameter sich zu Ungunsten der Klinik entwickeln.

So unterliegt z.B. der landeseinheitliche Fallwert den jährlichen Verhandlungen zwischen der Hessischen Krankenhausgesellschaft und den Landesverbänden der Krankenkassen. Hier traten bereits zu Beginn des Jahres die ersten Irritationen auf. Es war allgemein erwartet worden, dass für Hessen ein Fallwert (Baserate) in Höhe von rd. 2.800 bis 2.850 € als Richtgröße ausgehandelt werden würde. Statt dessen entschied sich die Schiedsstelle, sie war einzuberufen, nachdem zwischen der Krankenhausgesellschaft und den Kassenverbänden keine Einigung erzielt werden konnte, mit den Stimmen der Krankenkassen und des Schiedsstellenvorsitzenden für eine Rate in Höhe von 2.694 €. Auch die durchschnittliche Fallschwere, der sogenannte Casemixindex (CMI) ist von der Klinik nur bedingt beeinflussbar und unterliegt ebenfalls jährlichen Schwankungen, z.Z. ist eine Tendenz zur Absenkung erkennbar, was sich negativ auf die Erlössituation der Krankenhäuser auswirkt.

Das sind nur zwei Gründe - die sonstigen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen mitgerechnet - die deutlich machen, dass verlässliche Aussagen nicht möglich sind und eine Beurteilung der Situation immer nur aufgrund der gerade herrschenden Verhältnisse erfolgen kann.

Nachdem sich aufgrund der bekannten Fakten für das Geschäftsjahr 2005 ein relativ hoher Verlust von knapp 500 T€ und für das Ende der Konvergenzphase 2009 ein möglicher Erlöseausfall von 1,7 Mio. € im Krankenhausbetrieb abzeichnete, war konkret an den Abschluss eines Notlagentarifvertrages gedacht worden. Glücklicherweise entwickelten sich die Fallzahlen im Krankenhaus besser als erwartet und es kam nicht ganz zu dem vorausberechneten Rückgang des CMI - auf den Abschluss eines Notlagentarifvertrages wurde daraufhin einstweilen verzichtet.

Nach wie vor sind die in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kliniken aufgrund ihrer ungünstigen Kostenstruktur am stärksten gefährdet. Wenn man sich zur öffentlich rechtlichen Trägerschaft wirklich bekennen will, muss man die Tarifstruktur an die Gegebenheiten privater aber auch frei gemeinnütziger Träger anpassen; das ist nach Auffassung des Unterzeichners auch mit dem TvöD noch nicht erfolgt. Der Wettbewerbsnachteil öffentlicher Kliniken gegenüber der Konkurrenz besteht immer noch und erschwert die Bemühungen um eine dauerhafte Überlebensfähigkeit dieser Krankenhäuser.

Die wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses auf die kommenden Jahre gesehen bleibt also problematisch. Ein großer Nachteil des Kreiskrankenhauses liegt in der

geringen Betriebsgröße. Die sich hieraus ergebenden tendenziell zu hohen Fixkosten stellen einen echten Wettbewerbsnachteil dar und können existenzgefährdend werden. Keine Klinik wird auf Dauer „noch alles selber machen“ können. Wenn es aber zu Spezialisierungen kommt, müssen diese der Bevölkerung in der gesamten Region dienlich sein; denn ein ausgewogenes Angebot gut ausgestatteter und medizinisch-/pflegerisch auf hohem Niveau arbeitender Krankenhäuser ist für die kommunale Infrastruktur unerlässlich. Die Zusammenarbeit mit einem oder mehreren anderen Krankenhäusern, ggf. auch in Form gemeinsam betriebener Gesellschaften, ist ein Weg, der beschritten werden muss. Von größerer Durchschlagskraft wären allerdings sinnvolle Zusammenschlüsse mehrerer Kliniken unterschiedlicher Größe und Versorgungsstruktur zu einem öffentlichen Klinikverbund. Ausgestattet mit einem konkurrenzfähigen Krankenhaustarifvertrag könnte ein echtes Gegengewicht zu privaten Trägerschaften gebildet werden.

Eine die Selbstständigkeit der Klinik gefährdende Lage wird in dem Bemühen privater Krankenhausträger gesehen, ihren Einfluss durch Übernahme vermehrt auch von Akutkrankenhäusern zu stärken und als Krankenhauskette zu wachsen. Ein solcher Klinikkonzern ist in hohem Maße in der Lage, Synergien zu erzeugen und damit die fixen Kosten auf ein Minimum zu senken (zentrale Administration, einheitliche Konzernstrategie mit Schwerpunktbildungen, Haustarifverträge usw.); allerdings begibt sich der seitherige Krankenhausträger weitestgehend seiner bestimmenden Rolle auf das Geschehen im übernommenen Krankenhaus.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit werden sich die staatlichen Institutionen nach und nach aus der Krankenhausplanung zurückziehen bzw. sich auf Rahmenvorgaben beschränken. Das Angebot an Krankenhausleistungen vor Ort wird stärker durch einzelvertragliche Beziehungen zwischen Klinik und Krankenkasse als durch staatliche Planung geregelt werden. Die Krankenkassen werden Versorgungsverträge o.ä. aber nur mit Kliniken abschließen wollen, die Gewähr für kostengünstige Leistungserbringung bei hoher Qualität bieten. Dies wird zu einer weiteren Spezialisierung des Angebotes bei den Krankenhäusern führen. Die einzelne Klinik wird nicht mehr alles machen, was sie eigentlich machen könnte.

Durch eine Zusammenarbeit bzw. Fusion benachbarter Krankenhäuser könnten die beteiligten Kliniken - durchaus unter Wahrung einer gewissen Selbstständigkeit - Vorteile für sich gewinnen, indem sie sinnvolle Strukturen aufbauen und damit die eingangs beschriebene nachteilige Situation verbessern. Für die Versorgung der Bevölkerung im Vogelsbergkreis und darüber hinaus kann dies zusätzliche positive Effekte bringen.

Ein zwar nicht bestandsgefährdendes aber doch nicht zu unterschätzendes Risiko ist in der Bestrebung zu sehen, bestimmte medizinische Leistungen nur noch dann zuzulassen, wenn diese in einer bestimmten Menge erbracht werden. Als Beispiel kann die Behandlung des Brustkrebses bei Frauen angeführt werden. Hier zeichnet sich eine starke Konzentration auf Großkliniken oder Zentren ab, die dann eine hohe Zahl solcher Fälle behandeln würden, während diese Leistungen in der Fläche nicht mehr angeboten werden dürfen. Dies kann zwar bei bestimmten Behandlungen insbesondere aus Qualitätssichtpunkten sinnvoll sein, führt aber vielfach auch zu einer Aushöhlung des Leistungs-

geschehens in kleineren und mittleren Krankenhäusern z.B. mit der Folge, dass dort kaum noch qualifizierte Ärztinnen und Ärzte arbeiten wollen.

Weitere wesentliche Risiken für die kommende Zeit können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sicher benannt werden. Hierzu müsste man die ganze Tragweite der Entwicklung (Bevölkerungsrückgang, höhere Lebenserwartung, sich ändernde medizinische Standards, Entscheidungen der Politik, usw.) und deren Auswirkungen auf das Gesundheitswesen und damit auch der Krankenhäuser übersehen können.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

#### 1. Disease Management Programme (DMP)

Im Rahmen dieser DMP will die Gesundheitspolitik strukturierte Behandlungsvorgänge für bestimmte (Volks-)Krankheiten einführen. Als erstes wurde der Diabetes Typ II hierunter erfasst. DMP's sind so aufgebaut, dass niedergelassene Haus- und Fachärzte, klinische und sonstige dazu passende Einrichtungen eine Behandlungseinheit bilden, die der Patient gezielt und nach seinem individuellen Bedarf durchläuft. Einrichtungen, die bei der Behandlung solcher Patienten mitwirken dürfen, müssen bestimmte personelle und sachliche Voraussetzungen erfüllen und mit der das DMP tragenden Krankenkasse einen Vertrag schließen.

Das Kreiskrankenhaus ist an den Programmen „Diabetes Typ II“ und „Koronare Herzkrankungen“ beteiligt.

Damit ist ein weiterer Schritt zur Stabilisierung des Hauses getan. Für die Patienten aus der Region um Alsfeld wird dies ebenfalls positive Wirkung entfalten. Mit einigen Krankenkassen steht die Klinik in Verhandlung zur Aufnahme in ähnliche Programme.

#### 2. Übernahme einer Arztpraxis

Das Krankenhaus hat zum 01.01.2005 eine Arztpraxis in Alsfeld übernommen. Es besteht die Absicht, in absehbarer Zeit ein so genanntes Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) zu gründen. Hintergrund ist wiederum die Gesundheitsreform. Sie ermöglicht neuerdings auch den Krankenhäusern die Gründung solcher Einrichtungen. Damit wird den Kliniken, und das ist neu, ein Weg zur ambulanten Patientenversorgung in wesentlich größerem Umfang als seither eröffnet.

Die Erwartungen, die an diese Maßnahme geknüpft waren, haben sich aus medizinischer Sicht voll und ganz erfüllt. Allerdings „leidet“ die Praxis zunehmend unter den völlig unzureichenden Finanzierungsbedingungen. Zum Zeitpunkt der Berichtsabfassung ist ein Anwaltsbüro mit der Durchsetzung und Wahrung der Interessen der Praxis beauftragt worden.

### 3. Neubau eines Dialysezentrums

Wie bereits erwähnt, hat das Kreiskrankenhaus einen Grundstücksteil an die Patientenheimefürsorge, Betreiber der Dialyseeinrichtung in der Krankenpflegeschule, verkauft. Dort entsteht z.Z. ein neues Dialysezentrum. Die frei werdenden Flächen sollen für die internistische Praxis (Ziffer 2), und andere Ärzte genutzt werden.

### 4. Krankenhausplanung

Die Belegabteilung „Augen“ wird mit Wirkung vom 01.07.2006 geschlossen. In den letzten Jahren waren hier nur noch sehr wenige stationäre Fälle behandelt worden, so dass die Abteilung nicht mehr zu halten war. Den Belegärzten wurden die Verträge gekündigt, dies geschah im Einvernehmen, die Ärzte operieren weiterhin ambulant im Kreiskrankenhaus.

Auch die urologische Belegabteilung steht vor der Schließung. Aufgrund der rückläufigen stationären Auslastung wird mit Eintritt des Altersruhestandes des Belegarztes zum 01.04.2007 kein Nachfolger mehr die Arbeit aufnehmen. Die Urologie wird am Standort Lauterbach konzentriert. Die dortigen Belegärzte werden mit großer Wahrscheinlichkeit in Alsfeld ambulant operieren.

Umgekehrt erfolgt zum 01.04.2007 die Schließung der HNO-Belegabteilung in Lauterbach, während diese in Alsfeld bestehen bleibt.

### 5. Organisation des Rechnungs- und Berichtswesens

Die personelle Besetzung des Rechnungswesens lag lange Zeit quantitativ an der unteren Grenze. Eine Beschäftigte erhielt zwischenzeitlich eine Ausbildung zur Controllerin. Erste Überlegungen, neben dem Finanzcontrolling auch ein Medizincontrolling zu etablieren, haben mittlerweile zu einer positiven Entscheidung geführt, so dass spätestens ab dem Geschäftsjahr 2006 mit einer Verbesserung der Situation gerechnet werden kann. Das komplizierte Abrechnungssystem, das spezielle Kenntnisse voraussetzt und strategische Entscheidungen mit einschließt, machte diese Maßnahme notwendig.

#### *Ausblick:*

#### Voraussichtliche Entwicklung

Für die nächsten zwei Jahre zeichnet sich voraussichtlich folgende Entwicklung ab:

#### 1. Allgemeines

Die Möglichkeit, ein positives Betriebsergebnis zu erwirtschaften, wird zunehmend schwerer werden. Auf die vorausgesehenen Ausführungen wird verwiesen.

Die Einführung des DRG-Systems könnte zu einer Konzentration im Krankenhausbereich führen, wenn Kliniken aufgrund des wirtschaftlichen Drucks ihren Betrieb einstellen

müssen. Nicht zuletzt deswegen muss versucht werden, mit anderen Krankenhäusern zu kooperieren ggf. auch zu fusionieren.

In der Gesundheitspolitik wird es zu weiteren Reformschritten kommen, wobei eine engere Verzahnung zwischen dem stationären und dem ambulanten Bereich möglich ist, dies würde den Krankenhäusern Chancen eröffnen.

Eine gewisse Entlastung auf der Kostenseite wird durch die gegründete Tochtergesellschaft KAD erwartet. Bei der Tochtergesellschaft AMANDUS ist abzuwarten, wie sich die Entwicklung in der Kurzzeitpflege vollzieht. Das hängt sehr eng mit der Pflegeversicherung zusammen, die über kurz oder lang auch wieder Änderungen unterworfen sein wird.

## 2. Krankenhausplanung

Das Land wird sich bei der Krankenhausplanung auf Rahmendaten und die Notfallversorgung beschränken. Der übrige Struktur- und Leistungskatalog wird in den Krankenhauskonferenzen zwischen den Krankenhausträgern und den Krankenkassen bestimmt, wobei das Land das Recht auf Letztentscheidung behalten wird.

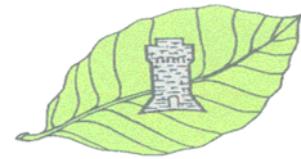
Dadurch wird es zur Konzentration bestimmter Krankenhausleistungen kommen. Innerhalb der Planungsregionen werden die Kliniken ihr medizinisches Angebot untereinander abstimmen und koordinieren müssen. Insbesondere kleine Belegabteilungen sind kurzfristig in ihrem Bestand gefährdet. Allerdings ist das Kreiskrankenhaus beim Land als Notfallstandort ausgewiesen, was bedeutet, dass die Disziplinen „Chirurgie“, „Innere Medizin“ und „Frauenheilkunde“ mindestens vorgehalten und damit auch anerkannt und erhalten werden müssen.

Auch diese Tendenz spricht für eine enge Verzahnung regionaler Krankenhäuser weil die Kliniken dann mit einer Stimme sprechen und gestärkt die Verhandlungen mit den Krankenkassen und den umliegenden Krankenhäusern führen können.

Die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften weiterhin alles daran setzen, eine wohnortnahe Patientenversorgung auf gewohnt hohem Niveau aufrecht zu erhalten und nicht zuletzt auch die rd. 619 Arbeitsplätze in der Region Alsfeld dauerhaft zu sichern.

## Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg

Am Hohenwiesenweg 1, 63679 Schotten  
Tel.: 06044 / 2631 - Fax: 06044 / 987465  
E-Mail: naturparkvogelsberg@freenet.de  
www.naturpark-hoher-vogelsberg.de



---

### Unternehmenszweck

Aufgabe:

- Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes im „Naturpark Hoher Vogelsberg“
- Erschließung dieses Erholungsgebietes
- Förderung des Fremdenverkehrs, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Erholung, Naturschutz, Tourismus

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 1957

*Anteile in %:* 42,1 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Erholung, Naturschutz, Tourismus

### Organe des Unternehmens

*Verbandsvorstand:*

**Rudolf Marx** - Vorsitzender

Hans-Otto Zimmermann- stellv. Vorsitzender

Norbert Södler

Edda Weber

Werner Döring

*Verbandsversammlung:*

<b>Manfred Hofmann</b>	Otfried Würtz
<b>Jürgen Fornhof - stellv. Vorsitzender</b>	Manfred Dickert
Angelika Hönsch	Erwin Horst
<b>Sylke Emmermann - Vorsitzende</b>	Stefan Betz
<b>Gerhard Ruhl</b>	Claus Spandau
<b>Kurt Wiegel</b>	Monika Schermuly
Hiltrud Kalbfleisch	Walter Pöllmann
Hans-Joachim Pöhl	Erwin Roth
Hans-Jürgen Becker	Bernhard Ziegler
Ingrid Albert	Rudolf Schlintz
Heinrich Orth	Wolfgang Gottlieb
Heinz Eckert	

*Geschäftsführer:* Rolf Heuchert-Frischmuth

**Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

*Rechtsform:* Körperschaft des öffentlichen Rechts  
*Gründungsdatum:* 1957  
*Verbandssatzung :* Neufassung vom 16.12.2003  
*Beteiligungen:* keine

*Mitglieder und Beiträge:*

Mitglied	%	Umlage €	Bismarck- turm	Licht- loipe
Vogelsbergkreis	42,1	45.514	615	475
Landkreis Gießen	11,1	11.991		60
Wetteraukreis	10,4	11.195		60
Stadt Schotten	13,3	14.392	615	340
Gemeinde Grebenhain	5,1	3.398		60
Stadt Ulrichstein	4,4	4.746		120
Stadt Laubach	4,0	4.287		
Stadt Gedern	3,0	3.252		
Stadt Herbstein	2,1	2.260		60
Gemeinde Lautertal	2,0	2.182		
Gemeinde Freiensteinau	0,6	690		
Stadt Nidda	0,6	613		
Gemeinde Hirzenhain	0,4	460		
Gemeinde Birstein	0,9	1.011		
<b>Gesamt</b>	<b>100</b>	<b>107.991</b>	<b>1.230</b>	<b>1.175</b>

*Hauswirtschaftliche Eckdaten:*

Feststellung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung 2005

	Verwaltungs- haushalt €	Vermögens- haushalt €	Gesamt-haushalt €
<b>Einnahmen</b>			
Solleinnahmen (= Anordnungssoll)	202.949,96	82.642,76	285.592,72
+ neue Haushaltseinnahmereste		0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste		0,00	0,00
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	0,00	0,00	0,00
<b>Summe bereinigter Solleinnahmen</b>	<b>202.949,96</b>	<b>82.642,76</b>	<b>285.592,72</b>
<b>Ausgaben</b>			
Sollausgaben (= Anordnungssoll)	202.949,96	82.642,76	285.592,72
+ neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
<b>Summe bereinigter Sollausgaben</b>	<b>202.949,96</b>	<b>82.642,76</b>	<b>285.592,72</b>
<b>Unterschied</b>			
Etwaiger Unterschied bereinigter Solleinnahmen			
<b>Fehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Kassenmäßiger Abschluss zur Haushaltsrechnung für 2005

Bezeichnung		Gesamt- rechnungssoll €	Ist- beträge €	Kassen- reste €
<b>Verwaltungs- und Vermögenshaushalt</b>				
VWH	Einnahmen	202.949,96	202.949,96	0,00
	Ausgaben	202.949,96	202.949,96	0,00
	<b>Ist-Überschuss/-Fehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	
VMH	Einnahmen	82.642,76	82.642,76	0,00
	Ausgaben	82.642,76	82.642,76	0,00
	<b>Ist-Überschuss/-Fehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	
Gesamt	Einnahmen	285.592,72	285.592,72	0,00
	Ausgaben	285.592,72	285.592,72	0,00
	<b>Ist-Überschuss/-Fehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	
VERWAHR	Einnahmen	194.885,43	194.885,43	0,00
	Ausgaben	93.342,58	93.342,58	0,00
	<b>Ist-Überschuss</b>	<b>101.542,85</b>	<b>101.542,85</b>	
VORSCHUSS	Einnahmen	5.544,00	5.544,00	0,00
	Ausgaben	5.544,00	5.544,00	0,00
	<b>Ist-Überschuss</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	

### Ermittlung des buchmäßigen Kassenbestandes für 2005

Bezeichnung	Ist-Einnahmen €	Ist-Ausgaben €	Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben €
Verwaltungshaushalt	202.949,96	202.949,96	0,00
Vermögenshaushalt	82.642,76	82.642,76	0,00
Verwahrgelder	194.885,43	93.342,58	101.542,85
Vorschüsse	5.544,00	5.544,00	0,00
<b>BUCHMÄSSIGER KASSEN- BESTAND</b>	<b>486.022,15</b>	<b>384.479,30</b>	<b>101.542,85</b>

### Gegenprobe zur Haushaltsrechnung für 2005

Gegenprobe 1	VWH €	VMH €	Gesamt €
<b>Abschlussverbesserungen</b>			
Mehr Soll-Einnahmen	14.623,30	37.336,34	51.959,64
Weniger Soll-Ausgaben	40.116,06	8.221,24	48.337,30
Abgänge bei KAR a.Vj.	0,00	0,00	0,00
Abgänge bei HAR a.Vj.	0,00	0,00	0,00
neue HER		0,00	0,00
<b>Summe 1</b>	<b>54.739,36</b>	<b>45.557,58</b>	<b>100.296,94</b>
<b>Abschlussverschlechterungen</b>			
Mehr Soll-Ausgaben	45.016,02	2.500,00	47.516,02
Weniger Soll-Einnahmen	9.723,34	43.057,58	52.780,92
Abgänge bei KER a.Vj.	0,00	0,00	0,00
Abgänge bei HER a.Vj.		0,00	0,00
neue HAR	0,00	0,00	0,00
Sollbestand	0,00	0,00	0,00
Haushaltsfehlbedarf	0,00	0,00	0,00
<b>Summe 2</b>	<b>54.738,36</b>	<b>45.557,58</b>	<b>100.296,94</b>
<b>SOLLERGEBNIS (Summe 1 ./ Summe 2)</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

Gegenprobe 2	VWH €	VMH €	Gesamt €
Sollbestand	0,00	0,00	0,00
Istbestand	0,00	0,00	0,00
KER zum Vortrag	0,00	0,00	0,00
HER zum Vortrag	0,00	0,00	0,00
<b>Summe 1</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
KAR zum Vortrag	0,00	0,00	0,00
HAR zum Vortrag	0,00	0,00	0,00
<b>Summe 2</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>SOLLERGEBNIS (Summe 1 ./ Summe 2)</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

## **Ausgewählte Kennzahlen**

*Anzahl der Mitarbeiter:* 2,5 Vollzeit (1/2 GF, 2 Arbeiter Pflegetrupps)

## **Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises**

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:* Siehe Lagebericht  
*Ertragslage des Unternehmens:* ausgeglichener Haushalt  
*Kreditaufnahmen:* keine  
*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:* keine  
*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:* keine

## **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

### *Begründung:*

Erholung, Naturschutz, Tourismus

## **Auszug aus dem Lagebericht**

### *Lage der Gesellschaft:*

### **Naturschutz- und Landschaftspflege**

Der Geschäftsführer des Zweckverbandes Naturpark Hoher Vogelsberg ist Forstbeamter im Dienst von HESSEN-FORST und mit 50 % der Arbeitszeit kostenfrei für die Geschäftsführung des Naturparks abgeordnet.

Weiterhin betreut er als Funktionsbeamter für Naturschutz beim Forstamt Schotten gleichzeitig die Naturschutzgebiete innerhalb des Verbandsgebietes.

Es sind zur Zeit 16 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von 781 ha ausgewiesen, das entspricht 2,0 % der Naturparkfläche.

Der Pflegetrupps des Naturparks wurde in 2005 wie üblich bei der Pflege dieser Naturschutzgebiete eingesetzt. Weil die Kosten für den Einsatz von Personal und Maschinen des Naturparks von der Naturschutzverwaltung erstattet wurden, haben diese Arbeiten eine nicht unerhebliche Refinanzierung unseres Haushaltes erbracht.

Eine große Fläche ökologisch und landwirtschaftlich wertvoller Waldwiesen wird seit einigen Jahren mit sogenannten HELP-Verträgen an Landwirte zur Pflege verpachtet, sodass hier für den Naturpark keine Ausgaben mehr anfallen.

Den zuständigen Mitarbeitern bei der Hauptabteilung Landwirtschaft, Forsten und

Naturschutz muss an dieser Stelle gedankt werden für die kompetente Beratung und die konstruktive Zusammenarbeit.

### **Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Forstämtern**

Der Naturpark-Pflegetrupp hat in 2005 schwerpunktmäßig an der qualitativen Verbesserung der Wanderwege in seiner Zuständigkeit gearbeitet. Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:

- Um - und Ausbau am Naturschutz - Infozentrum Hoherodskopf
- Überarbeitung der Loipenbeschilderung im Bereich des Oberwaldes
- Reparatur von schadhafte Dächern an den Schutzhütten im Naturparkgebiet
- Pflegearbeiten im Bereich des Vogelsberggartens in Ulrichstein

Nur Dank der tatkräftigen Unterstützung durch die Bauhöfe und Verwaltungen einiger Kommunen war die Fülle der Aufgaben zu erledigen. Gleicher Dank gilt auch der Forstverwaltung, insbesondere dem Heimatforstamt Schotten für die zahlreichen Hilfestellungen. Das Forstamt Schotten ist Sitz der Geschäftsstelle und der Naturparkwerkstatt.

### **Personalstand**

Neben den beiden Stammarbeitern im Pflegetrupp des Naturparks werden seit vielen Jahren noch zahlreiche andere Mitarbeiter auf der Basis sog. „Mini-Jobs“ eingesetzt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Rentner die im gesamten Verbandsgebiet hauptsächlich für die Müllentsorgung und die Pflege kleinerer Anlagen eingesetzt werden. Die gesetzliche Neuregelung dieser Niedriglohnverhältnisse brachte leider eine deutliche Zunahme an Verwaltungsaufwand mit sich. Auch die Antragsstellung und Abwicklung von Landes- und EU-Zuschüssen ist bürokratisch deutlich aufwändiger geworden.

Wir danken an dieser Stelle der Stadt Schotten und ihren Mitarbeitern für Übernahme von Verwaltungstätigkeiten bei der Bearbeitung der Löhne.

Ein weiterer Dank muss auch dem Leiter der Kreiskasse des Vogelsbergkreises, Herrn Braun, ausgesprochen werden. Bei der haushaltstechnischen Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Naturparks sowie bei der Erstellung des jährlichen Haushaltsplanes hat er wichtige Hilfestellungen gegeben.

### **Wanderwege im Naturpark**

Um das Wandern und damit den „sanften Tourismus“ im Naturpark Hoher Vogelsberg wieder zu einem vermarktungsfähigen Angebot zu machen, hat der Naturpark in 2005 besondere Anstrengungen unternommen.

Mit dem Projekt „Vulkanring Vogelsberg“ wurde ein überregionaler Wanderweg mit besonderer Ausstattung und Qualität geschaffen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Diese Entwicklung wurde erfreulicherweise von der Region Vogelsberg Touristik GmbH

(RVT) sehr rasch aufgegriffen und mit entsprechenden Angeboten für Gäste verbunden. Die RVT hat weiterhin den Ausbau der Wanderwege im Vogelsberg im Visier. Derzeit laufen Planungen das Angebot an qualitativ hochwertigen Wanderwegen weiter zu ergänzen.

Die Erfahrungen der ersten Wandersaison auf dem Vogelsberg Vulkanring haben gezeigt, dass die angestrebte Qualität der neuen Wanderwege im Vogelsberg eine nachhaltige Pflege bedingen.

Hier zeichnet sich ein zukünftiger Arbeitsschwerpunkt für den Pfllegetrupp des Naturparks ab.

### **Naturparkführer**

Die vom Naturpark Hoher Vogelsberg ausgebildeten Naturparkführer/innen haben ein weiteres erfolgreiches Jahr vorzuweisen. Die Nachfrage nach geführten Wanderungen, Radwanderungen und anderen Ausflügen ist zu einem festen Bestandteil im touristischen Spektrum unserer Region geworden.

Der größte Teil der Naturparkführer/innen wurde durch die Geschäftsstelle vermittelt. Wir beabsichtigen die Angebotspalette auszubauen und bewerben diese durch attraktive Faltblätter.

### **Weitere Arbeiten der Geschäftsstelle im Jahr 2005**

- Organisation der Naturschutz - Wacht im Oberwald
- Betrieb des Naturschutz-Informationszentrums Hoherodskopf
- Exkursion der Regionalkonferenz Wetteraukreis in die Eifel
- Unterstützung der touristischen Veranstaltungen rund um den 1. Mai am Hoherodskopf
- Mitarbeit im Naturschutzbeirat des Vogelsbergkreises
- Organisation zahlreicher Pressewanderungen auf dem neuen Vogelsberg Vulkanring
- Betreuung einer Diplomarbeit der FH Forstwirtschaft Göttingen
- Umfangreiche Pressearbeit
- Mitarbeit an der Vogelsberggrundreise des Vereines „Pro Vogelsberg“
- Inspektion der Naturschutzgebiete die durch die Forstreform neu in die Zuständigkeit des Forstamtes Schotten kamen

## **Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.**

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach  
Tel.: 06641 / 977-331 - Fax: 06641 / 977-5317  
E-Mail: vfb@vogelsbergkreis.de



### **Unternehmenszweck**

Aufgaben sind:

- Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes
- Aus- und Fortbildung von AltenpflegerInnen

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Öffentliche Aufgabe ist es, aus Gründen der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik für angemessene Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen zu sorgen. Partiiell erfüllt der Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. dieser Zielsetzung.

### **Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises**

Der Vogelsbergkreis ist Mitglied des Vereins für Berufsausbildung ohne besondere Stellung hinsichtlich Willensbildung (Vertretung in den Organen) und Finanzen. Für den Fall der Auflösung des Vereins für Berufsausbildung regelt § 13 der Satzung: Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des Vereinszweck fällt das gesamte Vereinsvermögen nach Begleichung etwaig bestehender Schulden dem Vogelsbergkreis zu, der es ausschließlich und unmittelbar für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden hat.

*Beteiligung seit:* 1984

#### *§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Wirtschaftliche Betätigung ist nur defizitär möglich, wenn eine qualifizierte Ausbildung angeboten wird (Personal- und Sachaufwand sind grenzwertig errechnet). Siehe auch u. a. Ausführungen zu Landesbeteiligung.



Der Übertrag aus Vorjahren resultiert aus positiven Abschlüssen seit der Vereinsgründung. Die Mittel sind als Rücklagen geführt und werden für die Deckung von Defiziten der wirtschaftlichen Betätigung (Lehranstalt für Altenpflege) eingesetzt.

Die Finanzierung der Lehranstalt für Altenpflege erfordert im Durchschnitt eine Zuschussung, da die Einnahmen den Aufwand nicht voll abdecken.

Die jährlichen Abschlüsse zeigen unterschiedliche Ergebnisse, da der Landesanteil (Schulgeld) überlappend, d.h. über den Jahreswechsel hinaus abgerechnet werden.

Die Einnahmesituation ist nicht stabil, da die Landesbeteiligung abhängig ist von den Schülerzahlen. Diese sind abhängig von den Ausbildungsplätzen, die die Altenpflegeeinrichtungen anbieten und besetzen. Stabilität könnte dadurch erreicht werden, dass die Landesbeteiligung unabhängig von den tatsächlichen Schülerzahlen bemessen wird.

### **Ausgewählte Kennzahlen**

*Anzahl der Mitarbeiter:* 3 Vollzeitkräfte  
3 Teilzeitkräfte  
ca. 12 Honorarkräfte (Lehrauftrag)

### **Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises**

Entgegen früheren finanziellen Beteiligungen durch den Vogelsbergkreis gewährt der Vogelsbergkreis in den letzten Jahren keine Zuschüsse mehr für den Betrieb Verein für Berufsausbildung. Wie vorstehend erwähnt, werden z. Zt. die Defizite aus Überschüssen der Vorjahre gedeckt. Soweit Überschüsse in der Zukunft verbraucht sind, erfordert der Betrieb Verein für Berufsausbildung - Lehranstalt für Altenpflege eine Kreisbeteiligung.

Der Vogelsbergkreis verrechnet keine Kostenanteile für Geschäftsführung, Kreiskasse Rechnungsprüfungsamt, so dass hierüber eine Kreisbeteiligung festzustellen ist.

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:* Siehe Lagebericht

*Kreditaufnahmen:* keine

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:* keine

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:* keine

In früheren Jahren konnte bei Beendigung von Ausbildungsbereichen vorhandene Investitionsgüter (Einrichtungen, Möbel) dem Vogelsbergkreis kostenfrei zur Nutzung überlassen werden. Diese Investitionsgüter verblieben in den jeweiligen Schulen (Kreisberufsschule Alsfeld und Lauterbach).

## **Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

### *Begründung:*

Der Verein für Berufsausbildung bietet jährlich durchschnittlich 20 Schulplätze für die qualifizierte Ausbildung in der Altenpflegeschule an. Fast jährlich kann auch für die AltenpflegehelferInnen Ausbildung angeboten werden. Damit wird sichergestellt, dass Ausbildungsplätze in den Einrichtungen angeboten werden können. Hinzu kommt, dass Nachfrage nach qualifiziertem Personal durch die Altenpflegeeinrichtung gedeckt werden kann. Zusätzlich bietet die Altenpflegeschule Weiterbildung an, so dass vorhandenes Personal der Einrichtungen nachqualifiziert wird. Qualität in der Altenpflege wird damit sichergestellt.

## **Auszug aus dem Lagebericht**

### *Lage der Gesellschaft:*

Aufgrund geringer Fördermöglichkeiten vom Land Hessen können Ausbildungen in gewerblichen Bereichen nicht mehr stattfinden. Der Verein für Berufsausbildung führt somit nur noch die Lehranstalt für Altenpflege zur Ausbildung von AltenpflegehelferInnen (1-jährig) und AltenpflegerInnen (3-jährig). Zusätzlich werden Fortbildungskurse angeboten.

Der durchschnittliche Finanzbedarf des Vereins für Berufsausbildung (jährliche Ausgaben) liegt bei rund 350.000,00 €. Die Finanzierung erfolgt im wesentlichen aus Schuldzahlungen des Landes. Der Verein ist zur Zeit noch in der Lage, die jährliche Restfinanzierung aus Rücklagen sicher zu stellen.

Die Lehranstalt für Altenpflege hatte zu Beginn des Jahres 2005 noch 73 TeilnehmerInnen in Ausbildung bzw. Umschulung. Davon befindet sich 1 Auszubildende/Umschülerin in Mutterschutz bzw. Erziehungsurlaub.

Inzwischen sind 4 Auszubildende/UmschülerInnen aus dem Ausbildungs- bzw. Umschulungsverhältnis ausgeschieden.

12 TeilnehmerInnen haben Ende September 2005 die einjährige Ausbildung zur Altenpflegehilfe erfolgreich beendet.

Ebenfalls Ende September 2005 beendeten 16 AltenpflegerInnen die dreijährige Ausbildung erfolgreich.

Im Oktober 2005 wurden in den laufenden Kurs 6 AltenpflegehelferInnen aufgenommen, die die Ausbildung zur/m AltenpflegerIn fortsetzen.

Anfang Oktober 2005 startete ein neuer Kurs bei der Lehranstalt für Altenpflege.

19 TeilnehmerInnen begannen die 3-jährige Ausbildung zur/m AltenpflegerIn und 18 TeilnehmerInnen starten die 1-jährige Ausbildung zur/m AltenpflegehelferIn.

### *Ausblick:*

Obwohl die Schülerzahlen jährlich variieren, ist ein Bedarf an Schulplätzen deutlich erkennbar. Ebenfalls ist die Nachfrage nach Weiterbildung uneingeschränkt vorhanden.

## **Vogelsberg Consult**

Gesellschaft für Regionalentwicklung  
und Wirtschaftsförderung mbH

Fulder Tor 30, 36304 Alsfeld  
Tel.: 06631 / 9616-0 - Fax: 06631 / 9616-16  
E-Mail: info@vogelsberg-consult.de  
www.vogelsberg-consult.de

*Vogelsberg Consult* [ Gesellschaft für  
Regionalentwicklung und  
Wirtschaftsförderung mbH

---

### **Unternehmenszweck**

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Initiierung und Durchführung von Projekten, die durch die Europäische Union gemäß dem LEADER-Programm sowie das Land Hessen durch ergänzende Mittel unterstützt werden, in eigener Regie oder durch Beauftragung von fachkundigen Institutionen und Personen,
- die Initiierung und Begleitung von Innovationsprozessen,
- die Förderung von Existenzgründungen,
- die Förderung und Sicherung des Bestandes an Unternehmen,
- die Förderung von Wachstumsbranchen,
- die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze,
- die Steigerung der kommunalen Wirtschaftskraft,
- die Mitwirkung am effizienten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente,
- die Erstellung regionaler Analysen und Gutachten.

### **Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen**

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

### **Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises**

*Beteiligung seit:* 01/1999 (Verschmelzung DIVO/LEADER)

*Anteile in %:* 33,0 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

## Organe des Unternehmens

### *Aufsichtsrat:*

Gerold Beckmann - Vorsitzender	<b>Dr. Bernd Stumpf</b>
Landrat Rudolf Marx - stellv. Vorsitzender	Vorstandsmitglied VR Bank eG Alsfeld Kirch- hain Schwalmstadt Werner Braun
Heinz Geißel	Manfred Lang
Karl-Heinz Krug	Volker Orth
Hans-Jürgen Schäfer	

### *Beirat:*

Landrat Rudolf Marx (Vors.)	R.-H. Vollmöller/J. Ackermann	<b>Gudrun Huber</b>
Klaus Schönfeld	Dieter Bonn/Ulrich Schuchardt	E. Fauß (stellv. Vors.)
Michael Riese	Hildegard Maaß	Hildegard Pollak
Dieter Boß	Erwin Mönning	<b>Kurt Wiegel</b>
Friedel Kopp/Gerda Krömmelbein	Ulrich Roth	Markus Gilbert
Margret Jöckel	Dr. Wolfgang Denhöfer	
J. Averdung/Volker Orth	Eberhard Ritzel	

*Geschäftsführung:* Dipl.-Ing. Thomas Schaumberg

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

*Rechtsform:* GmbH  
*Gründungsdatum:* 18.06.1999  
*Gesellschaftsvertrag:* 22.06.2004  
*Handelsregister:* Gießen, HRB 5341  
*Stammkapital:* 250.650 €  
*Beteiligungen:* keine

*Gesellschafter:*

Sparkasse Vogelsbergkreis	VR-Bank eG Alsfeld Kirchhain Schwalmstadt
Volksbank Lauterbach-Schlitz eG	Volksbank eG Ulrichstein
Volksbank eG Grebenhain-Crainfeld	Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG
<b>Vogelsbergkreis</b>	Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.
Stadt Alsfeld	Gemeinde Antrifttal
Gemeinde Feldatal	Gemeinde Freiensteinau
Gemeinde Gemünden (Felda)	Stadt Grebenau
Gemeinde Grebenhain	Stadt Herbstein
Stadt Homburg (Ohm)	Stadt Kirtorf
Stadt Lauterbach	Gemeinde Lautertal
Gemeinde Mücke	Stadt Romrod
Stadt Schlitz	Stadt Schotten
Gemeinde Schwalmthal	Stadt Ulrichstein
Gemeinde Wartenberg	

*Stammeinlagen*

	€	in %
Sparkasse Vogelsbergkreis	62.250,00	24,8
VR-Bank eG Alsfeld	36.500,00	14,6
Volksbank Lauterbach Schlitz eG	19.750,00	7,9
Volksbank eG Ulrichstein	2.500,00	1,0
Volksbank eG Grebenhain-Crainfeld	2.500,00	1,0
Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG	1.000,00	0,4
Vogelsbergkreis	82.700,00	33,0
Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.	37.500,00	15,0
Stadt Alsfeld	900,00	0,4
Gemeinde Antrifttal	100,00	0,0
Gemeinde Feldatal	150,00	0,1
Gemeinde Freiensteinau	200,00	0,1
Gemeinde Gemünden (Felda)	150,00	0,1
Stadt Grebenau	150,00	0,1
Gemeinde Grebenhain	250,00	0,1
Stadt Herbstein	250,00	0,1
Stadt Homburg/Ohm	400,00	0,2
Stadt Kirtorf	200,00	0,1
Kreisstadt Lauterbach	750,00	0,3
Gemeinde Lautertal	150,00	0,1
Gemeinde Mücke	500,00	0,2
Stadt Romrod	150,00	0,1
Stadt Schlitz	500,00	0,2
Stadt Schotten	550,00	0,2
Gemeinde Schwalmthal	200,00	0,1
Stadt Ulrichstein	200,00	0,1
Gemeinde Wartenberg	200,00	0,1
	<u>250.650,00</u>	<u>100,0</u>

## Bilanz des Unternehmens

### AKTIVA

	2005 €	2004 €
<b><u>A. Anlagevermögen</u></b>		
<b>I. Immat. Vermögensgegenstände</b>		
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	4.587,00	9.523,00
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	49.010,00	47.786,00
	<b>53.597,00</b>	<b>57.309,00</b>
<b><u>B. Umlaufvermögen</u></b>		
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	215.673,90	81.085,56
2. Sonstige Vermögensgegenstände	31.748,49	7.181,92
	247.422,39	88.267,48
<b>II. Kassenbestand, Bundesbank-, guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</b>	247.002,63	323.613,21
	<b>494.425,02</b>	<b>411.880,69</b>
<b><u>C. Rechnungsabgrenzungsposten</u></b>	1.489,92	2.773,34
	<b>549.511,94</b>	<b>471.963,03</b>

### PASSIVA

	2005 €	2004 €
<b><u>A. Eigenkapital</u></b>		
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	250.650,00	250.650,00
<b>II. Kapitalrückstände</b>	256.163,41	256.163,41
<b>III. Verlustvortrag</b>	-74.709,04	-35.248,48
<b>IV. Jahresfehlbetrag</b>	-18.645,21	-39.460,56
	<b>413.459,16</b>	<b>432.104,37</b>
<b><u>B. Sonderposten für Investitionszu- schüsse zum Anlagevermögen</u></b>	<b>2.980,87</b>	<b>3.565,64</b>
<b><u>C. Rückstellungen</u></b>		
1. Sonstige Rückstellungen	<b>17.012,00</b>	<b>12.973,39</b>
<b><u>D. Verbindlichkeiten</u></b>		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	100.858,88	2.914,79
2. Sonstige Verbindlichkeiten	15.201,03	20.313,84
	<b>116.059,91</b>	<b>23.228,63</b>
	<b>549.511,94</b>	<b>471.963,03</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung

	<b>2005</b>	2004
	<b>€</b>	€
1. Umsatzerlöse	463.417,38	335.668,88
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.304,72	330,21
- davon Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen: € 675,77 (i.V.€ 243,36)		
	<b>465.722,10</b>	<b>335.999,09</b>
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	172,41	899,20
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	148.284,20	177.657,84
	<b>148.456,61</b>	<b>178.557,04</b>
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	366.894,64	334.157,78
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	82.466,73	69.892,33
- davon für Altersversorgung € 13.439,48		
	<b>449.361,37</b>	<b>404.050,11</b>
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	24.071,57	19.751,49
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	198.425,23	108.787,81
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.997,12	3.869,78
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	549,65	522,70
	<b>816.867,31</b>	<b>707.799,37</b>
<b>9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-351.145,21</b>	<b>-371.800,28</b>
10. Außerordentliche Erträge	332.500,00	332.339,72
11. Außerordentliches Ergebnis	<b>332.500,00</b>	<b>332.339,72</b>
<b>12. Jahresfehlbetrag</b>	<b>-18.645,21</b>	<b>-39.460,56</b>

## Ausgewählte Kennzahlen

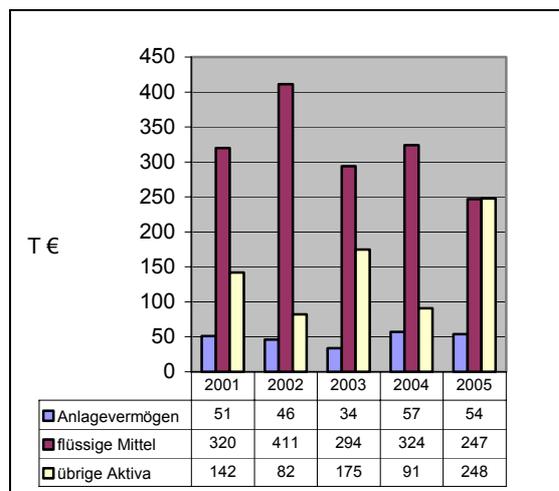
Anzahl der Mitarbeiter:

9,53 (Jahresdurchschnitt)

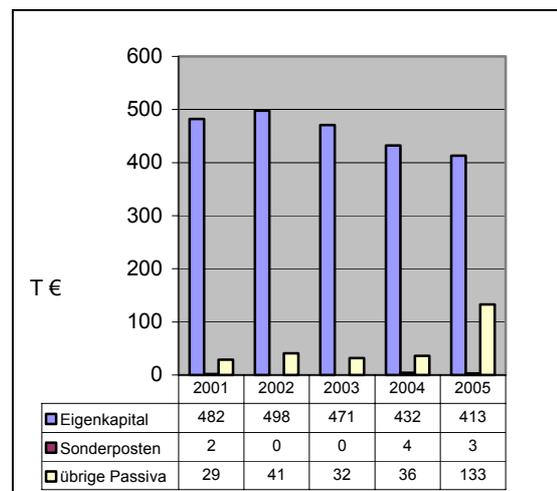
Jahresergebnis und Budget 2005:

	<u>2005</u>	<u>2004</u>
Budget	820.864 €	711.669 €
darin enthalten:		
- Leistungen des Vogelsbergkreises	332.500 €	332.339 €
- selbst erbrachte Leistungen	469.719 €	339.868 €

Vermögensstruktur 2001 - 2005



Kapitalstruktur 2001 - 2005



## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag März 2000: jährlicher Zuschuss 332.400 €

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens:

siehe Tabelle Seite 143

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:

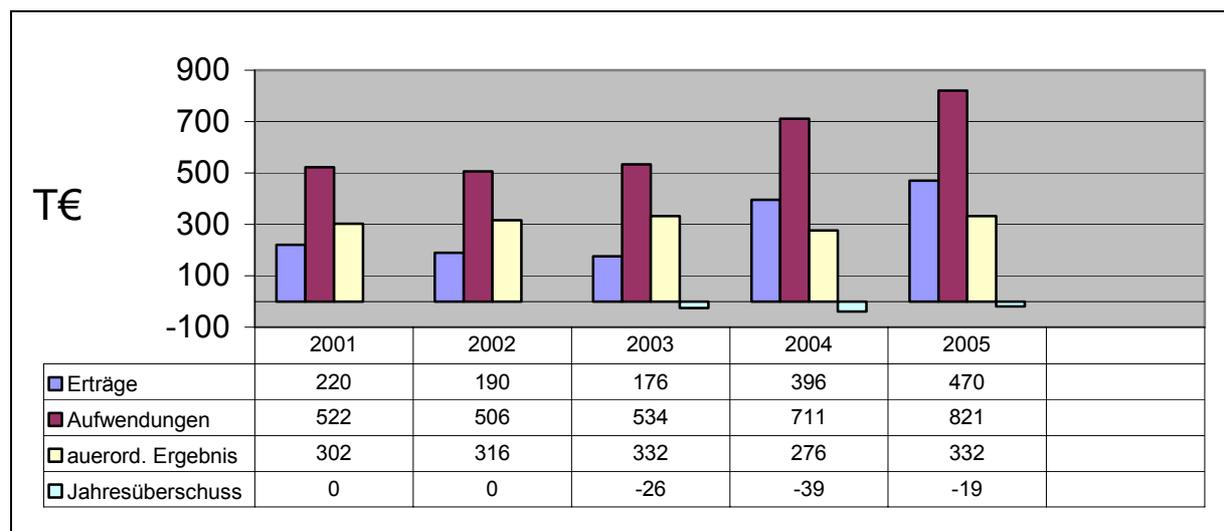
Stammeinlage VBK 33 % =  
82.700 €

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Vogelsberg Consult ist in den im Unternehmensgegenstand genannten Bereichen erfolgreich tätig.

### Ertragslage des Unternehmens:



### Auszug aus dem Lagebericht

#### Lage der Gesellschaft:

Folgende Aspekte der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:

- weiterhin hängt die Entwicklung der Gesellschaft im Wesentlichen von der Leistung des Gesellschafters Vogelsbergkreis, von der Entwicklung der Umsatzerlöse, der Verfügbarkeit europäischer und Landesmittel ab
- die finanzielle Sicherung ist über den Vertrag mit dem Gesellschafter Vogelsbergkreis vom November 2004 für den Zeitraum 2005-2008 gewährleistet
- die Aufgaben und das Teilprojekt im Rahmen der EU Gemeinschaftsinitiative EQUAL werden erhebliche Ressourcen binden, die in dem regionalen Aufgabengebiet eingesetzt werden können
- die Qualifizierungsoffensive IV wurde geplant und beantragt (Laufzeit 2005-2007)
- über den Zuschlag für STARegio II konnte für den Arbeitsbereich „Ausbildungsförderung“ bis Frühjahr 2007 eine stabile Finanzierung erreicht werden
- ab 2008 wird es aller Voraussicht nach einen erheblichen Rückgang der Umsatzerlöse in Bezug auf Mittel aus EU-, Bundes- und Landesprogrammen geben
- eine Zusammenlegung der beiden Betriebsstätten ist hinsichtlich des zusätzlichen Kostenfaktors aus Sicht des Geschäftsführers der notwendige nächste Schritt, um den künftigen Herausforderungen begegnen zu können

#### Ausblick:

Die Auftragslage für die Jahre 2006 und 2007 ist aufgrund der laufenden Programme EQUAL, STARegio, Qualifizierungsoffensive IV gut. Umsatzerwartungen sind auch an die von uns entwickelte Software Input+ geknüpft, die in 2006 fertig gestellt und in Banken zum Einsatz kommen wird.

Noch in 2007 enden die Laufzeiten einiger Programme.

Ab 2008 wird es aller Voraussicht nach eine Durststrecke in Bezug auf die Erlöse aus EU-, Bundes- und Landesprogrammen geben.

In diesem Zusammenhang ist der Betrieb von zwei Geschäftsstellen in Alsfeld und Lauterbach ein zusätzlicher Kostenfaktor, der sich mit dem Argument der Kundennähe nur unzureichend rechtfertigen lässt. Eine Zusammenlegung der Betriebsstätten birgt ein Einsparpotential von über 20.000 € p.a. ohne Einschränkung des Dienstleistungsspektrums der Vogelsberg Consult GmbH.

Die Gesellschafterversammlung konnte sich im Frühjahr 2005 nicht auf einen Standort einigen.

Die Bündelung der Ressourcen der Vogelsberg Consult GmbH an einem Standort ist aus der Sicht der Geschäftsführung aber der notwendige nächste Schritt, um den künftigen Herausforderungen begegnen zu können.

## Region Vogelsberg Touristik GmbH

Vogelsbergstr. 137a, 63679 Schotten  
Tel.: 06044 / 96 48 48 - Fax: 06044 / 96 48 49  
E-Mail: info@vogelsberg-touristik.de  
www.vogelsberg-touristik.de



### Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Aufbau eines Servicecenters für Touristen,
- die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote,
- die Errichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter,
- die Förderung der regionalen Kooperation,
- die Moderation regionaler Interessengruppen,
- die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination,
- die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg,
- das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Touristische Vermarktung der Region  
Steigerung Brutto-Inlands-Produkt

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* Gründung 2001

*Anteile in %:* 26,20 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Das Unternehmen hat keine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung.

## Organe des Unternehmens

### *Aufsichtsrat:*

Vogelsbergkreis	<b>Landrat Rudolf Marx</b> - Vorsitzender
Wetteraukreis	Landrat Rolf Gnadl
Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis	Bgm. Manfred Dickert
Städte/Gemeinden Wetteraukreis	Bgm. Elfriede Pfannkuche - stell. Vorsitzende
Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	Bgm. Claus Spandau
IHK Gießen-Friedberg	Markus Gilbert
HOGA Vogelsbergkreis	Ulrich Roth
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	Hubert Straub
Vogelsberger Verkehrsgesellschaft mbH	Armin Klein
Wetterauer Verkehrsgesellschaft mbH	Volker Hofmann

*Geschäftsführung:* Frau Uta Nebe

## Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	19.12.2001
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	19.12.2001
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg, HRB 5746
<i>Stammkapital:</i>	129.750 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

### *Gesellschafter:*

<b>Vogelsbergkreis - Vorsitzender</b>	Stadt Laubach
Wetteraukreis - stellv. Vorsitzender	Stadt Gedern
Gemeinde Antrifttal	Gemeinde Hirzenhain
Gemeinde Feldatal	Gemeinde Echzell
Gemeinde Freiensteinau	Stadt Birstein
Gemeinde Gemünden (Felda)	IHK Gießen-Friedberg
Gemeinde Grebenhain	HOGA Vogelsberg
Stadt Herbstein	Pro Vogelsberg Touristik e.V.
Stadt Homberg/Ohm	Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH
Stadt Kirtorf	Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH
Kreisstadt Lauterbach	Wirtschaftsförderung und Tourismus GmbH
	Main-Kinzig-Kreis
Gemeinde Lautertal	Tourist Center Alsfeld GmbH
Stadt Romrod	Gemeinde Glauburg
Stadt Ulrichstein	Stadt Nidda
Stadt Schlitz	Stadt Ranstadt
Stadt Schotten	Bauernhof- und Landurlaub im Vogelsberg, Wetterau + Spessart e.V.
Gemeinde Schwalmthal	Stadt Hungen
Gemeinde Wartenberg	Stadt Grünberg

### *Stammeinlagen*

	€	in %
Vogelsbergkreis	34.000,00	26,20
Wetteraukreis	21.250,00	16,38
Gemeinde Antrifftal	250,00	0,19
Gemeinde Feldatal	500,00	0,39
Gemeinde Freiensteinau	1.000,00	0,77
Gemeinde Gemünden (Felda)	250,00	0,19
Gemeinde Grebenhain	5.500,00	4,24
Stadt Herbstein	4.000,00	3,08
Stadt Homberg/Ohm	2.000,00	1,54
Stadt Kirtorf	250,00	0,19
Kreisstadt Lauterbach	4.000,00	3,08
Gemeinde Lautertal	250,00	0,19
Stadt Romrod	250,00	0,19
Stadt Ulrichstein	3.250,00	2,50
Stadt Schlitz	1.500,00	1,16
Stadt Schotten	3.000,00	2,31
Gemeinde Schwalmtal	250,00	0,19
Gemeinde Wartenberg	250,00	0,19
Stadt Laubach	4.500,00	3,47
Stadt Gedern	2.750,00	2,12
Gemeinde Hirzenhain	250,00	0,19
Gemeinde Echzell	250,00	0,19
Stadt Birstein	500,00	0,39
IHK Gießen-Friedberg	2.500,00	1,93
HOGA Vogelsberg	2.500,00	1,93
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1.500,00	1,16
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (ehemals Vogelsberger VG)	1.500,00	1,16
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (ehemals Wetterauer VG)	1.500,00	1,16
Wirtschaftsförderung und Tourismus GmbH Main-Kinzig-Kreis	5.000,00	3,85
Tourist Center Alsfeld GmbH	5.000,00	3,85
Gemeinde Glauburg	250,00	0,19
Stadt Nidda	12.750,00	9,83
Stadt Ranstadt	250,00	0,19
Bauernhof- und Landurlaub im Vogelsberg, Wetterau + Spessart e.V.	1.500,00	1,16
Stadt Hungen	1.000,00	0,77
Stadt Grünberg	4.500,00	3,47
	<b><u>129.750,00</u></b>	<b><u>100,00</u></b>

## Bilanz des Unternehmens

### AKTIVA

	2005 €	2004 €
<b>A. Anlagevermögen</b>		
<b>I. Immat. Vermögensgegenstände</b>		
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	385,00	651,00
<b>II. Sachanlagen</b>		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	32.799,00	40.485,00
	<b>33.184,00</b>	<b>41.136,00</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
<b>I. Vorräte</b>		
1. Fertige Erzeugnisse und Waren	4.198,90	5.476,92
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.451,90	1.215,78
2. Sonstige Vermögensgegenstände	6.685,45	14.263,85
	<b>15.137,35</b>	<b>15.479,63</b>
<b>III. Kassenbestand, Bundesbank-, guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks</b>	<b>97.816,99</b>	<b>99.769,49</b>
	<b>117.153,24</b>	<b>120.726,04</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1.883,13</b>	<b>230,00</b>
	<b>152.220,37</b>	<b>162.092,04</b>

### PASSIVA

	2005 €	2004 €
<b>A. Eigenkapital</b>		
<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	129.750,00	125.250,00
<b>II. Gewinnvortrag</b>	10.316,89	18.719,09
<b>III. Jahresfehlbetrag</b>	-17.527,13	-8.402,20
	<b>122.539,76</b>	<b>135.566,89</b>
<b>B. Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung erhaltene geleistete Einlagen</b>	<b>0,00</b>	<b>4.500,00</b>
<b>C. Sonderposten für Investitions- zuschüsse zum Anlagevermögen</b>	<b>5.608,70</b>	<b>0,00</b>
<b>D. Rückstellungen</b>		
1. Sonstige Rückstellungen	<b>9.567,04</b>	<b>9.758,48</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.037,13	4.305,38
2. Sonstige Verbindlichkeiten	12.467,74	7.961,29
	<b>14.504,87</b>	<b>12.266,67</b>
	<b>152.220,37</b>	<b>162.092,04</b>

## Gewinn- und Verlustrechnung

	<b>2005</b> €	2004 €
1. Umsatzerlöse	85.851,71	39.719,86
2. Sonstige betriebliche Erträge - davon aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen: € 391,30 (i.V. € 0,00)	6.554,07	6.921,14
	<b>92.405,78</b>	<b>46.641,00</b>
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für bezogene Waren	2.981,67	4.072,69
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	85.561,75	77.717,61
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung € 2.880,00 (i.V. € 1.320,00)	21.822,85	18.440,56
	107.384,60	96.158,17
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	12.169,46	10.402,17
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	211.768,16	172.475,40
	<b>334.303,89</b>	<b>283.108,43</b>
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<b>2.074,98</b>	<b>2.981,00</b>
<b>8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	-239.823,13	-233.486,43
9. Außerordentliche Erträge	222.663,00	225.163,00
10. Außerordentliches Ergebnis	222.663,00	225.163,00
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	4,77
12. Sonstige Steuern	367,00	74,00
	367,00	78,77
<b>13. Jahresfehlbetrag</b>	<b>-17.527,13</b>	<b>-8.402,20</b>

## Ausgewählte Kennzahlen

*Anzahl der Mitarbeiter:* 4 (Jahresdurchschnitt)

## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag Januar 2002: Zuschuss 67.431 €

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:* Siehe Lagebericht

*Kreditaufnahmen:* keine

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:* keine

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Stammeinlage 26,2 % =  
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die 34.000 € (2001)  
Haushaltswirtschaft*

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

### *Begründung:*

Verbesserung der touristischen Infrastruktur.  
Touristische Vermarktung der Region.

## Auszug aus dem Lagebericht

### *Lage der Gesellschaft:*

Das Unternehmen hat keine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung. Um den Auftrag, die „Förderung des Tourismus der Region“ zu erfüllen, sind übergreifende, strategische Aufgaben ebenso wichtig, wie die direkte Betreuung der Kunden und das Generieren eigener Umsätze und Margen. Ziel ist betriebswirtschaftlicher Erfolg für uns aber auch für die direkt am Tourismus beteiligten Unternehmen. Im Falle eines Zielkonfliktes ist abzuwägen, ob eigene wirtschaftliche Ziele oder die Umwegrentabilität für andere Unternehmen Priorität haben. Die Tätigkeiten im Unternehmen orientieren sich am Nutzen für den Kunden und dem Oberziel eines nachhaltigen Tourismus.

Insofern ist ein Jahresüberschuss nicht Ziel des Unternehmens, sondern die wirtschaftliche Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen um eine möglichst hohe Wirkung zu erzielen.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2005 mit einem Jahresfehlbetrag von 17.527,13 € (Vorjahr: 8.402,20 €) ab. Zusätzlich zu den geplanten Aktivitäten wurden rund 13.000 € für die Präsentation auf der Grünen Woche in Berlin aufgewendet. Durch den Rechtsstreit mit der Firma innovative Ltd. sind nicht geplante Anwaltskosten in Höhe

von rund 4.000,00 € entstanden, die zwar geltend gemacht werden könnten, jedoch ohne jede Aussicht auf Erfolg, da die Firma Insolvenz angemeldet hat und der Geschäftsführer, Herr Guido R. Schneider, die eidesstattliche Versicherung über seine Einkommens- und Vermögenslosigkeit abgegeben hat. Somit ist der Jahresüberschuss aus 2003 aufgebraucht. Erfreulich ist dagegen, dass erstmals bei der Neuauflage des Urlaubskataloges ein Deckungsbeitrag zu den Allgeminkosten erwirtschaftet werden konnte.

Die Umsatzerlöse betragen im Berichtsjahr 85.852 € (Vorjahr: 39.720 €). Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 3.648 € (Vorjahr: 5.877,28 €) Erlöse aus Prospekt-service und Anschließbeiträgen für Messen, 45.471 € (Vorjahr: 19.273,28 €) Erlöse aus Anzeigen und Einträgen in Broschüren, 15.394 € (Vorjahr 3.281,18 €) Zuschüsse der Zweckverbände Vulkanradweg und der AG-Mitglieder Vulkanradweg, 16.053 € (Vorjahr: 10.094,50 €) freiwillige Portokostenzuschüsse der Kunden und Umsätze der Warenabgabe, 5.285 € (Vorjahr: 1.193,62 €) sonstige Erlöse für Dienstleistungen wie Klassifizierungen und Eigenveranstaltungen wie die Führungen auf dem Vulkanring.

Die außerordentlichen Erträge beliefen sich auf 222.663 € (Vorjahr: 225.163) Mittel aus den Dienstleistungsverträgen mit den Kommunen und Kreisen und 2.075 € (Vorjahr: 2.981 €) für Zinsen und ähnliche Erträge.

Aus den zur Verfügung stehenden Mitteln wurden die Kosten des Geschäftsbetriebes gedeckt sowie ein Beitrag an den Hessischen Tourismusverband in Höhe von 3.071 € geleistet. Die aktive Vermarktung der Themenkataloge schlug sich in den Kosten für die Warenabgabe nieder (Portokosten, Frachten, Vertriebskosten). Sie betragen in 2005 14.869 € und lagen damit um gut 5.000 € höher als budgetiert. Schriftlich wurden alleine 5.341 Prospektanfragen beantwortet, was eine leichte Steigerung gegenüber 2004 bedeutet.

Zu Beginn des Jahres wurde zusammen mit dem Verein Bauernhof- und Landurlaub in Hessen der Hessenstand und vier Stunden Bühnenprogramm in der „Landschau-Halle“ auf der Grünen Woche in Berlin ausgerichtet. Im März erschien die Themenbroschüre zum Wandern unter dem Titel „WanderExtra Vogelsberg“ als Beilage zur Zeitschrift Wandermagazin und als Beilage zur Zeitschrift Wandermagazin und als Fortdruck. Im Herbst wurde der Urlaubskatalog in Design und Inhalt überarbeitet neu aufgelegt. Die Region präsentierte sich mit ihren Themen auf verschiedenen Messen und Märkten und beteiligte sich auch am hessischen Gemeinschaftsstand auf dem Hessentag in Weilburg. Im Mai eröffnete der Ministerpräsident Roland Koch den Vulkanring Vogelsberg, einen 125 km langen Wanderweg im Naturpark Hoher Vogelsberg. Koch machte auch auf seiner Sommerreise Station im Vogelsberg.

Zusammen mit der RheinMainPresse wurde erstmals eine in der Presse umfangreich angekündigte Promotion Aktion in Mainz und Wiesbaden durchgeführt, die sehr erfolgreich verlief und das Interesse an der Destination Vogelsberg im Rhein-Main-Gebiet eindrucksvoll dokumentierte. Insgesamt wurde mit allen Aktivitäten eine höhere Wahrnehmung der Freizeitregion im regionalen Bereich und hessenweit sowie bei der Landesregierung erreicht. Die Themen Radfahren, Wandern, Reiten wurden stärker mit der

Region verknüpft. Der Vulkanismus wird als Alleinstellungsmerkmal wahrgenommen und immer mehr in Produkte und Infrastrukturelemente aufgenommen. Betriebe investieren wieder und ein Generationswechsel beginnt. Der Trend der sinkenden Übernachtungszahlen wurde gestoppt. 2005 sind erstmals wieder steigende Übernachtungszahlen zu verzeichnen (im Vogelsbergkreis für 2005: 12,9 %). Betriebe beginnen vernetzt zu arbeiten und bilden Kooperationen entlang der Leistungsketten. Überregionale Medien werden auf die Region aufmerksam und bringen redaktionelle Berichte.

#### Kennzahlen der Vermögenslage:

	TEUR / %	Vorjahr
Eigenkapital (Stammkapital)	123	135
Anlagevermögen	33	41
Umlaufvermögen	117	121
Bilanzsumme	152	162
Umsatzerlöse	86	40
Außerordentliche Erträge	223	225
Eigenkapitalquote	80,5 %	86,4 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	- 17,5	-8,4
Finanzergebnis	2	3
Personalintensität	125,6 %	240

Die „Flüssigen Mittel“ zum 31.12.2005 lagen bei 97,8 TEUR (Vorjahr: 99,8 TEUR). Es bestanden am Stichtag 8,5 TEUR Forderungen. Nennenswerte Forderungsausfälle sind nicht zu verzeichnen.

Die Liquiditätslage im Geschäftsjahr kann als gut bezeichnet werden.

#### Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres:

Allen Gesellschaftern wurde ein neuer Dienstleistungsvertrag angeboten. Grund ist die Sicherung der Gesellschaft und eine Beitragsgerechtigkeit für die Kurorte mit größtenteils medizinisch initiierten Übernachtungen. Bis zur Erstellung dieses Berichtes haben alle Kommunen und Kreise bis auf drei die neuen Verträge unterschrieben. Die Stadt Ortenberg hat die nötigen Beschlüsse gefasst, um Gesellschafter zu werden und den Dienstleistungsvertrag für 2006 unterschrieben. Die Firma Hassia Mineralquellen GmbH & Co KG konnte als Sponsor für den Vulkanradweg gewonnen werden.

#### Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft:

Die Entwicklung der Gesellschaft steht vor dem Hintergrund einer generellen Bereitschaft der Gesellschafter, Mittel für ein Kompetenz- und Dienstleistungszentrum zu bündeln und ein zentrales Marketing für die Region zu finanzieren. Mit dem Abschluss der neuen Dienstleistungsverträge bzw. der Fortführung der alten Verträge ist die Gesellschaft für weitere drei Jahre gesichert und gestärkt. Gestärkt wird Sie zusätzlich durch neue Gesellschafter, auch wenn sich die Kommunen der Region, die noch nicht Gesellschafter sind, sehr schwer tun und der Prozess sehr langsam fortschreitet. Vor dem Hintergrund einer neu geschaffenen und geplanten touristischen Infrastruktur

nimmt die Bedeutung der regionalen Vermarktungsorganisation zu. Die Professionalität, Schlagkraft und Fähigkeit auf den Markt zu reagieren wird zum bestimmten Faktor. Entscheidend wird sein, dass Strukturen aufgebaut werden können, die den wachsenden Erfordernissen Rechnung tragen.

Ein Risiko stellen immer noch die knappen Ressourcen und damit einhergehend die dünne Personaldecke dar, die es kaum erlaubt, Mitarbeiter zu qualifizieren oder qualifiziertes Personal einzustellen. Im Schnitt waren im Berichtsjahr 2,5 Stellen besetzt.

Eine sich stabilisierende Konjunktur kommt auch unserer Region zugute, zusätzlich der Trend zu Kurzurlauben, und der Megatrend Radfahren und Wandern. Im Inlandstourismus waren die großen Städte die Gewinner. Ländliche Regionen konnten kaum höhere Zahlen vermelden. Die positiven Zahlen in der Region Vogelsberg zeigen, dass hier bisher die Potentiale nicht ausgenutzt wurden, der Gast zu wenige Aktivitäten und Angebote vorfand. Positiv entwickelte sich auch die durchschnittliche Verweildauer. Sie stieg gegen den Trend von 2,4 Tage auf 2,6 Tage (bereinigt um die medizinisch initiierten Übernachtungen). Eine Professionalisierung ist sowohl bei den öffentlichen Informationsstellen, wie auch bei den Betrieben festzustellen. Großprojekte wie das Keltenmuseum am Glauberg und die Aussicht auf ein Naturschutzgroßprojekt werden die Entwicklung von der reinen Naherholungsregion hin zu einer Urlaubsregion fördern. So langsam der Prozess auch fortschreitet, er scheint nicht mehr aufzuhalten zu sein und das ist gut so, denn es gibt wenig Perspektiven in anderen Wirtschaftsbereichen, die die sinkenden Bevölkerungszahlen stoppen und Arbeitsplätze schaffen könnte.

### *Ausblick:*

#### Generelle Ziele zur touristischen Entwicklung (Auszug Destinationskonzept, S. 145)

##### Oberziele:

- Imageaufbau: Der Tourismus trägt auch zur ideellen Aufwertung und Imageverbesserung einer Region bei. Ein Imagetransfer soll den Vogelsberg für weitere Investitionen attraktiv machen.
- Transfer eines positiven Tourismusimages auf andere Wirtschaftszweige
- Erhöhung der Wertschöpfung durch den Tourismus: Beim Vogelsberg handelt es sich um eine strukturschwache und ländlich geprägte Region, für den die touristische Wertschöpfung ein wichtiger Faktor ist. Vorhandene Potentiale sollen in Zukunft noch stärker ausgeschöpft werden.
- Transformation zur Destination Vogelsberg: Die derzeitige regionale/lokale „Zeitsplitterung“ der geographischen Region soll überwunden werden. Für den Markt gibt es nur einen Vogelsberg, der als ein zusammenhängendes, kooperierendes Ferien- und Erholungsgebiet betrachtet wird.

Weitere Ziele:

- Image profilieren als naturbewusste Region
- Bekanntheit steigern
- Natur- und Landschaftsraum erhalten und pflegen
- Regionales Tourismusbewusstsein stärken
- Kundenbindung intensivieren
- Naherholungsfunktion und Kurzurlaube stärken
- Übernachtungstourismus ausbauen
- Qualität und Kundenzufriedenheit ausbauen
- Effizienz der Tourismusorganisation steigern
- Förderung und Qualifizierung des Wintersportangebotes für Tagesbesucher

## Sparkasse Vogelsbergkreis

Alicestr. 20, 36304 Alsfeld  
Tel.: 06631 / 187-0 - Fax: 06631 / 187-290

Bahnhofstr. 47, 36341 Lauterbach  
Tel.: 06641 / 187-0 - Fax: 06641 / 187-111  
E-Mail: info@sparkasse-vogelsbergkreis.de  
www.sparkasse-vogelsbergkreis.de



### Unternehmenszweck

Erbringung von geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen.

Die Sparkasse Vogelsbergkreis ist keine Beteiligung gem. der Definition in 1.2. Sie ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Vogelsbergkreis als Gewährträger.

### Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Anstalt des öffentlichen Rechts.

### Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

*Beteiligung seit:* 1991 (Fusion KSK Alsfeld mit KSK Lauterbach)

*Anteile in %:* 100 %

*§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:*

Anstalt des öffentlichen Rechts.

### Organe des Unternehmens

*Verwaltungsrat:*

**Rudolf Marx - Vorsitzender**

Rainer-Hans Vollmöller - stellv. Vorsitzender

Jürgen Adam

**Ingeborg Beckmann-Launer**

Ute Berg-Steuernagel

Herbert Diestelmann

Wolfgang Dorfinger

Angela Georg-Feick

Bernd Höhl

**Friedel Kopp**

Manfred Lang (bis 19.05.2005)

Michael Möller

Ulrike Steller-Zinn

**Dr. Bernd Stumpf**

Prof. Dr. Hans-Otto Wahl

*Vorstand:*

Gerold Beckmann - Vorsitzender

Hans- Dieter Bonn - stellv. Vorsitzender

Thomas Falk - stellv. Vorstandsmitglied

**Rechtliche und wirtschaftliche Daten**

<i>Rechtsform:</i>	Anstalt des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	Alsfeld 1835, Lauterbach 1838 (Fusion 01.07.1991)
<i>Gewährträger:</i>	Vogelsbergkreis
<i>Satzung:</i>	Neufassung vom 01.01.2006
<i>Handelsregister:</i>	Gießen, HRA 3264, Fulda, HRA 4256
<i>Stammkapital:</i>	900.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	Vogelsberg Consult - 24,84 %

## Bilanz des Unternehmens

AKTIVA	2005	2004	PASSIVA	2005	2004
	€	TEUR		€	TEUR
<b>1. Barreserve</b>			<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
a) Kassenbestand	5.023.112,57	4.611	a) täglich fällig	27.246,79	85
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	14.990.498,99	14.900	b) mit vereinbarter Laufzeit oder oder Kündigungsfrist	228.296.178,03	154.633
	<b>20.013.611,56</b>	19.511		<b>228.323.424,82</b>	154.718
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind</b>			<b>2. Verbindlichkeiten geg. Kunden</b>		
a) Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen sowie ähnl. Schuldtitel öffentlicher Stellen	0,00	0	a) Spareinlagen		
b) Wechsel	642.459,04	526	aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	142.486.180,47	167.446
	<b>642.459,04</b>	526	ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	143.577.959,91	101.187
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>				<b>286.064.140,38</b>	268.633
a) täglich fällig	48.124.292,27	23.343	b) andere Verbindlichkeiten		
b) andere Forderungen	163.185.791,13	111.024	ba) täglich fällig	373.620.064,04	358.222
	<b>211.310.083,40</b>	134.367	bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	214.035.211,51	265.892
<b>4. Forderungen an Kunden</b>	<b>581.160.598,39</b>	623.186		<b>587.655.275,55</b>	624.114
<b>5. Schuldverschreibungen u. andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				<b>873.719.415,93</b>	892.747
a) Geldmarktpapiere			<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>		
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00	0	a) begebene Schuldverschreibungen	2.408.707,06	4.524
ab) von anderen Emittenten	0,00	0	b) andere verbriefte Verbindlichkeiten	0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				<b>2.408.707,06</b>	4.524
ba) von öffentlichen Emittenten	0,00	0	<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>	<b>182.570,81</b>	194
bb) von anderen Emittenten	281.450.414,68	264.399	<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>2.668.007,51</b>	3.478
c) eigene Schuldverschreibungen	462.133,76	521	<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1.439.811,40</b>	1.631
	<b>281.912.548,44</b>	264.920	<b>7. Rückstellungen</b>		
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>68.177.534,47</b>	67.454	a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.782.274,00	5.916
<b>7. Beteiligungen</b>	<b>8.810.109,79</b>	8.810	b) Steuerrückstellungen	3.388,00	934
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	<b>0,00</b>	0,00	c) andere Rückstellungen	7.851.401,31	4.634
<b>9. Treuhandvermögen</b>	<b>182.570,81</b>	194		14.637.063,31	11.484
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>	<b>0,00</b>	0	<b>8. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>	<b>0,00</b>	0
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>	<b>20.280,00</b>	43	<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	<b>16.024.186,90</b>	16.429
<b>12. Sachanlagen</b>	<b>21.224.270,99</b>	22.557	<b>10. Genussrechtskapital</b>	<b>8.046.711,63</b>	13.763
<b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b>842.919,76</b>	3.015	<b>11. Eigenkapital</b>		
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>1.153.936,96</b>	1.255	a) gezeichnetes Kapital	900.000,00	900
			b) Kapitalrücklage	0,00	0
			c) Gewinnrücklage		
			ca) Sicherheitsrücklage	45.970.165,22	45.056
			cb) andere Rücklagen	0,00	0
				45.970.165,22	45.056
			d) Bilanzgewinn	1.130.859,02	914
				48.001.024,24	46.870
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>1.195.450.923,61</b>	1.145.838	<b>Summe der Passiva</b>	<b>1.195.450.923,61</b>	1.145.838

**Bilanz des Unternehmens**

**AKTIVA**

**2005**  
**€**

2004  
TEUR

**PASSIVA**

**2005**  
**€**

2004  
TEUR

**1. Eventualverbindlichkeiten**

- a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln
- b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen
- c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten

0,00

0

19.247.254,46

19.961

0,00

0

**19.247.254,46**

**19.961**

**2. Andere Verpflichtungen**

- a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften
- b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen
- c) Unwiderrufliche Kreditzusagen

0,00

0

0,00

0

8.637.863,55

9.018

**8.637.863,55**

**9.018**

## Gewinn- und Verlustrechnung

	<b>2005</b>	2004
	€	TEUR
<b>1. Zinserträge</b>		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	41.240.328,96	45.958
b) festverzinsl. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	9.033.525,51	7.219
	<u>50.273.854,47</u>	<u>53.177</u>
<b>2. Zinsaufwendungen</b>	29.241.319,37	29.290
	<u>21.032.535,10</u>	<u>23.887</u>
<b>3. Laufende Erträge aus</b>		
a) Aktien und anderen nicht festverzinsl. Wertpapieren	1.787.386,62	2.026
b) Beteiligungen	425.548,34	438
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,00	0
	<u>2.212.934,96</u>	<u>2.464</u>
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>	0,00	0
<b>5. Provisionserträge</b>	5.843.081,60	6.272
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>	334.234,57	293
	<u>5.508.847,03</u>	<u>5.979</u>
<b>7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften</b>	43.457,20	4
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>	798.849,48	614
<b>9. Erträge a. d. Auflösung v. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>	0,00	0
	<u>29.596.623,77</u>	<u>32.948</u>
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufgaben</b>		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	12.178.645,03	12.259
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.119.955,34	4.136
	<u>17.298.600,37</u>	<u>16.395</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen	5.878.586,66	5.757
	<u>23.177.187,03</u>	<u>22.152</u>
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>	1.485.972,81	1.330
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	1.578.059,30	0
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	0,00	6.069
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	425.866,67	0
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>	0,00	0
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>	123.333,57	448
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>	0,00	0
<b>18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil</b>	0,00	0
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>	3.904.604,87	2.271
<b>20. Außerordentliche Erträge</b>	0,00	0
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>	0,00	0
<b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>	0,00	0
<b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	2.728.140,89	1.213
<b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>	45.604,96	44
	<u>2.773.745,85</u>	<u>1.257</u>
<b>25. Jahresüberschuss</b>	1.130.859,02	914
<b>26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>	0,00	0
	<u>1.130.859,02</u>	<u>914</u>
<b>27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen</b>		
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00	0
b) aus anderen Rücklagen	0,00	0
	<u>0,00</u>	<u>0</u>
<b>28. Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>		
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00	0
b) in andere Rücklagen	0,00	0
	<u>0,00</u>	<u>0</u>
<b>29. Bilanzgewinn</b>	1.130.859,02	914

## Ausgewählte Kennzahlen

*Anzahl der Mitarbeiter:* 346 (Jahresdurchschnitt)

## Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs:* Siehe Lagebericht

*Ertragslage des Unternehmens:* Jahresüberschuss 1,1 Mio. €

*Kreditaufnahmen:* keine

*Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:* Gewährträgerhaftung (nur für Verbindlichkeiten bis zum 18. Juli 2005)

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:* keine

## Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

### *Begründung:*

Kredit- und geldwirtschaftliche Versorgung im Satzungsgebiet (Vogelsbergkreis), öffentlicher Auftrag.

## Auszug aus dem Lagebericht

### *Lage der Gesellschaft:*

#### Vermögenslage

Die wesentlichen Vermögenspositionen der Sparkasse sind die Forderungen an Kunden in Höhe von 581 Mio EUR (Anteil an der Bilanzsumme: 49 %) sowie der Wertpapierbestand in Höhe von 350 Mio EUR (= 29 % der Bilanzsumme). Diese Positionen wurden überwiegend finanziert durch Kundeneinlagen (874 Mio EUR = 73 % der Bilanzsumme) sowie durch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 228 Mio EUR; dies sind 19 % der Bilanzsumme.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen haben wir sämtlichen erkennbaren Risiken in unserem Kreditgeschäft Rechnung getragen.

Die eigenen Wertpapiere wurden zu den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Kurswerten am Bilanzstichtag bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Dies gilt auch für die Wertpapiere des Anlagevermögens.

Nach der bei der Feststellung des Jahresabschlusses noch zu beschließenden Zuführung des Bilanzgewinnes 2005 erhöht sich die Sicherheitsrücklage auf 48,0 Mio EUR. Zum Kernkapital zählen weiterhin in Vorjahren aufgenommene stille Vermögenseinlagen in Höhe von 900.000,00 EUR. Neben der Sicherheitsrücklage und dem stillen Beteiligungskapital verfügt die Sparkasse über ergänzende Eigenkapitalbestandteile in Form von Vorsorgereserven gem. § 340 f HGB, Neubewertungsreserven in Wertpapieren, nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital. Die Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht an die Eigenkapitalausstattung (Grundsatz I) wurden stets eingehalten. Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals gem. § 10 KWG überschreitet - bezogen auf die Summe der gewichteten Risikoaktiva per 31.12.2005 - mit 12,6 % den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 8 % deutlich.

#### Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im vergangenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gem. § 11 des Kreditwesengesetzes aufgestellte Liquiditätsgrundsatz wurde stets eingehalten. Die errechnete Liquiditätskennzahl im bedeutenden Laufzeitband I, die mindestens 1 betragen muss, belief sich zum 31. Dezember 2005 auf 3,66. Die Zahlungsbereitschaft kann im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln sowie die vorhandenen Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten der Sparkasse als gewährleistet angesehen werden.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden ausreichende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

#### Ertragslage

Schwierige Marktbedingungen prägten auch das Geschäftsjahr 2005. Der noch intensivere Wettbewerb in der Finanzdienstleistungsbranche ließ den bereits seit einigen Jahren bestehenden Druck auf den Zinsüberschuss durch die damit verbundenen Margenverengung weiter anhalten. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen lieferten trotz punktueller Entschärfung keinen entscheidenden Beitrag, die oftmals schwierige wirtschaftliche Lage von Unternehmen zu verbessern und insbesondere die hohe Anzahl von Unternehmens- und Privatinsolvenzen zu reduzieren. Aufgrund des von den Kunden entgegengebrachten Vertrauens und der Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnte trotz der unzureichenden Marktbedingungen ein zufrieden stellendes operatives Ergebnis erzielt werden.

Der Zinsüberschuss als Differenz aus den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen und den

Zinsaufwendungen verminderte sich im Berichtsjahr um 2,9 Mio EUR = 12 % auf 21,0 Mio EUR. Ursächlich für diese Entwicklung waren insbesondere Bilanzstrukturveränderungen aufgrund der Kreditrisikostategie. Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie aus Beteiligungen verminderten sich um 0,3 Mio EUR = 10,2 % auf 2,2 Mio EUR.

Das Provisionsergebnis verminderte sich um 0,5 Mio EUR = - 7,9 %.

Innerhalb der Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich die Personalaufwendungen leicht trotz eines jahresdurchschnittlichen geringeren Mitarbeiterbestands hauptsächlich aufgrund von Veränderungen bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen. Der Sachaufwand nahm insbesondere infolge gestiegener Pflichtbeiträge zu.

Das Kosten-Ertrags-Verhältnis ist nach wie vor vergleichsweise ungünstig.

Niedrigere Risikovorsorgeaufwendungen im Kreditgeschäft wirkten sich in besonderem Maße positiv auf das Betriebsergebnis nach Bewertung aus, das sich um 1,7 Mio EUR auf 3,9 Mio EUR erhöhte.

Der Jahresüberschuss der Sparkasse Vogelsbergkreis im Jahr 2005 betrug 1,1 Mio EUR (Vorjahr: 0,9 Mio EUR).

#### Vorgänge von besonderer Bedeutung

Mit Beschlüssen vom 13. beziehungsweise 21. Juli 2005 haben die Kreistage des Vogelsbergkreises und des Wetteraukreises die Vereinigung der Sparkassen im Wege der Aufnahme der Sparkasse Vogelsbergkreis mit Wirkung vom 1. Januar 2006 zur Sparkasse Oberhessen beschlossen. Die Gremien sind zu dem Ergebnis gelangt, dass die Vereinigung der beiden Sparkassen in betriebswirtschaftlicher Hinsicht zusätzliche Potenziale für eine Ergebnisverbesserung und Substanzverstärkung eröffnen. Abgesehen von der vorgenannten Fusion haben sich nach Ablauf des Geschäftsjahres 2005 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

#### *Ausblick:*

##### Ausblick 2006 und Prognosebericht

Nach der Fusion im Wege der Aufnahme der Sparkasse Vogelsbergkreis zur Sparkasse Oberhessen ist das laufende Geschäftsjahr geprägt von der Zusammenführung der beiden Vorgängerinstitute. Dies betrifft insbesondere die sogenannte Technische Fusion, die im Mai 2006 mit der vollständigen dv-technischen Integration der beiden Althäuser ihren Abschluss finden wird. Parallel hierzu wird die Vereinheitlichung der Prozesse und Abläufe in der fusionierten Sparkasse einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, auch weiterhin erfolgreich zu sein.

Als größtes und vertriebsstarkes Kreditinstitut unserer Region bieten wir unseren Kunden stets ein bedarfsorientiertes Produktangebot, kompetente Beratungsleistungen und maßgeschneiderte Lösungen in allen Finanzfragen. Ferner ist es unser Ziel, zusätzliche Markt- und Ertragspotenziale noch gezielter auszuschöpfen. Neben der fusionsbedingten Integration sind insbesondere die Steigerung unseres Vertriebs Erfolges sowie die Reduzierung von Aufwand und Risiken zentrale Aufgaben im Jahr 2006.

Dabei orientiert sich auch die Sparkasse Oberhessen weiterhin an den Grundsatzzielen der Sparkassen-Finanzgruppe und wird ihre strategische Ausrichtung an die hinsichtlich der neuen Größe veränderten Anforderungen überarbeiten und fortschreiben. Hierbei streben wir strategisch eine Eigenkapitalrentabilität von mehr als 15 % sowie eine Aufwands-Ertrags-Relation von unter 60 % an.

Insgesamt erwarten wir eine positive Geschäfts- und Ertragsentwicklung. Unsere Planungen orientieren sich an den Prognosen der Wirtschaftsexperten und den zu erwartenden Markt- und Wettbewerbsbedingungen.

Für das Jahr 2006 rechnen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute damit, dass die Konjunktur an Fahrt gewinnt. Verantwortlich dafür ist einerseits die insgesamt positive Grundstimmung der Wirtschaft. Andererseits werden Vorzieheffekte durch die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 2007 erwartet. Entscheidend werden dabei die Investitionsneigung in Anlagegüter sowie die private Konsumhaltung sein.

Unter diesen Rahmenbedingungen werden wir für unser Haus eine risikoorientierte, sowohl an klaren Ertrags- als auch Kostenzielen ausgerichtete Geschäftspolitik fortsetzen. Mit der Umsetzung wesentlicher Projekte und Maßnahmen sowie der laufenden Erweiterung und Verbesserung einer service- und qualitätsorientierten Kundenbetreuung werden wir unsere starke Marktposition als modernes, regionales Finanzdienstleistungsunternehmen im vergrößerten Geschäftsgebiet, dem Wetterau- und dem Vogelsbergkreis, auch bei weiterhin hohem Wettbewerbsdruck und einer insbesondere durch die Zinsentwicklung ausgelösten Belastung der Margen behaupten können.

Die folgenden Analysen beruhen auf Erwartungen der Sparkasse. Die tatsächlichen Verhältnisse können von der voraussichtlichen Entwicklung abweichen. Wie dargestellt, verfügt die Sparkasse über Instrumente und Prozesse, um die Abweichungen von den Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd zu handeln.

Im Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Situation wollen wir im gewerblichen Kreditgeschäft eine qualifizierte Auswertung vornehmen sowie Risiken begrenzen. Bei den Finanzierungen im Privatkundenbereich, hier insbesondere im Wohnungsbau, und im kommunalen Bereich sowie im Passivgeschäft mit Kunden rechnen wir mit einem moderaten Wachstum. Im Dienstleistungsgeschäft erwarten wir stärkere Impulse. Im Verbund mit der Landesbank Hessen-Thüringen können wir unseren Kunden maßgeschneiderte Lösungen anbieten. Darüber hinaus bietet auch das Verbundgeschäft weitere Potenziale. Bei den Eigenanlagen planen wir die Fälligkeiten wieder anzulegen. Die Verwaltungsaufwendungen werden sich insgesamt auf Vorjahresniveau bewegen. Die investiven Maßnahmen und Projekte der Sparkasse beschränken sich - neben fusionsbedingten techni-

schen Anpassungen – weitgehend auf bauliche Erneuerungen an mehreren Vertriebsstandorten. Die stete Modernisierung von KompetenzCentren und Filialen ist ein Zeichen dafür dass auch zukünftig der stationäre Vertriebsweg für unser Haus von erheblicher Bedeutung sein wird. Auf Basis des prognostizierten Zinsniveaus rechnen wir mit einem spürbaren Rückgang des Zinsüberschusses, der nicht durch die höheren Provisionserlöse wird kompensiert werden können.

Risiken für die Geschäftsentwicklung können sich aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit den möglichen Auswirkungen insbesondere auf die Unternehmensergebnisse und den Arbeitsmarkt ergeben.

Ein weiteres Risiko sehen wir bei einem über unsere Erwartung liegenden Anstieg der kurzfristigen Zinsen und einer entsprechenden Abflachung der Zinsstrukturkurve. Andererseits ergeben sich bei einer steilen Zinsstruktur Chancen weitere Erträge aus der Fristentransformation zu generieren. Auch der Wettbewerb auf dem Bankenmarkt und der damit verbundene Druck auf Margen und Provisionserlöse zur Deckung der Zahlungsverkehrskosten sind ein Risikofaktor für die Ertragslage. Eine negative Börsenentwicklung stellt wegen der davon abhängigen Wertpapiererträge ein Risiko für die Ertragsentwicklung dar. Ebenso besteht in einem positiven Börsenumfeld die Chance, Wertpapiergeschäfte weiter zu forcieren. Im Aufwandsbereich sind als Risikoindikatoren die steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen mit einem entsprechendem Personalbedarf, sowie steigende Kosten für Gebäude und Energie zu nennen.

Nicht zuletzt durch die Fusion zur neuen Sparkasse Oberhessen begegnet die Sparkasse aktiv diesen belastenden Tendenzen. Im Wege eines straffen Fusionsmanagements sollen wesentliche Fusionssynergien erzielt werden. Diese liegen in der Realisierung von Einsparungspotenzialen bei den Verwaltungsaufwendungen durch Abbau von Redundanzen und Nutzung von Degressionseffekten sowie in der Ausschöpfung zusätzlicher Ertragspotenziale im Kundengeschäft durch Vertriebsaktivierung und Spezialisierung im Betrieb begründet. Den Fortschritt im Fusionsprojekt beurteilen wir als positiv. Von daher rechnen wir auf Grundlage des fusionsbegleitenden Businessplans bereits für das Geschäftsjahr 2007 mit einem spürbaren Einfluss auf die Ertragsrechnung der Sparkasse durch die Erzielung zusätzlicher Ertragssteigerungen und Kostenreduktionen aus dem Fusionsprojekt und einer nachhaltigen Stabilisierung der Ertragslage für die Folgejahre.

Die Informationen basieren auf Angaben der jeweiligen Gesellschaften, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine und betreffen das Haushaltsjahr 2005.  
Änderungen wurden von uns nur im Rahmen der redaktionellen Anpassung bzw. nach Rücksprache vorgenommen.

© Kreisausschuss des Vogelsbergkreises 2006

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Kreisausschuss des Vogelsbergkreises  
Goldhelg 20  
36341 Lauterbach  
Telefon: 06641 / 977-0  
Telefax: 06641 / 977-336  
Homepage: [www.vogelsbergkreis.de](http://www.vogelsbergkreis.de)